06/2017

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

ENERGIEEFFIZIENZ

Das Rad nicht neu erfinden

Seite 44

REPORTAGE

Wir haben ein Gefängnis im Ort

Seite 74

Kein Grund, die **Arbeit einzustellen**

Für den Gemeindebund gibt es keinen Grund, Sachthemen, über die weitestgehend Einigkeit besteht, nicht noch vor der Wahl zu beschließen und umzusetzen.

Seite 20

Einzelverkaufspreis: EUR 4,90 | Österr. Kommunalverlag, 1010 Wien, Löwelstraße 6

Österreichische Post AG MZ 02Z032902 M
ISSN: 1605-1440 DVR: 0390 432

Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

SIEMENS
Ingenuity for life
Energiekosten senken? Mit uns können Gemeinden rechnen.
Intelligente Gebäudetechnologie bringt Ihre Gebäude zum Sparen. Basis für eine nachhaltige Lösung ist Transparenz: Systeme wie die cloud-basierte Plattform „Siemens Navigator“ können übergreifend Daten aufnehmen, diese analysieren und aus den Ergebnissen konkrete Maßnahmen zur Energieeinsparung ableiten: von der Planung, der Installation und Inbetriebnahme bis hin zur kontinuierlichen Optimierung.
Besuchen Sie uns:
Kommunalmesse
29. - 30. Juni 2017
Salzburg
Stand 259
siemens.at/energieeffizienz
DFFA-A10160-00

KOMMENTAR

DIE SCHLAGZAHL **ERHÖHT SICH**

Nun steht fest, dass wir im Herbst einen neuen Nationalrat wählen werden. Ich will das politisch gar nicht näher kommentieren oder einschätzen, das können Sie in der Kommunalpolitik schon selbst. Klar ist für mich nur: Wir erwarten uns, dass die politischen Parteien bis dahin nicht im Dauerwahlkampf versinken und auf Bundesebene nichts mehr weitergeht. Wir in den Gemeinden sind es gewohnt, bis zum letzten Tag einer Amtsperiode zu arbeiten und die Dinge umzusetzen, die auf dem Tisch liegen. Die gleiche Erwartung haben wir auch an alle anderen Ebenen, egal ob im Bund oder den Ländern. Die Menschen erwarten mit Recht, dass jene Dinge, über die es – zum Teil ja in mühsamen Verhandlungen – in den letzten Monaten Einigkeit gab, noch vor der Wahl beschlossen werden.

Die Gemeinden betrifft das in mehrfacher Hinsicht. Sowohl das Arbeitsmarktpaket „Aktion 20.000“ als auch das kommunale Investitionspaket sind für uns wichtige Themenfelder. Ich gehe davon aus, dass es hier noch zu parlamentarischen Beschlüssen vor dem Sommer kommen wird. Auch die Wahlrechtsreform sollte man noch vor dem Herbst beschließen, selbst wenn sie für den bundes-weiten Wahlgang noch nicht in Kraft tritt.

Für die Zeit nach der Wahl arbeiten wir jetzt schon sehr intensiv daran, einen umfassenden Katalog an Themen zu erstellen, der für die kommunale Ebene in den nächsten Jahren von Bedeutung ist. Wir haben in den letzten Wochen auch mit nahezu allen Minister/innen, deren Agenden uns berühren, sehr ernste Gespräche geführt, um Vertrauen zu bilden, aber auch um klar zu machen: Die kommunale Ebene ist die mit Abstand bürgernächste Ebene und muss noch stärker in die bundespolitische Agenda eingebunden werden. Wir sind sowohl die Umsetzer als auch die Ausfallshafter für nahezu alles, was man auf der Bundesebene beschließt.

Ein wichtiger Tag, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, ist der Österreichische Gemeindetag am 29. und 30. Juni in Salzburg. Von dort aus wird die Stimme der Gemeinden am lautesten gehört. Hier haben wir die Möglichkeit, der Bundespolitik Botschaften von mehr als 2.000 Kommunalvertretern mitzugeben.

Ich freue mich darauf, wenn wir einander dort treffen und gemeinsam beraten und diskutieren, welche Anliegen die Kommunen an die nächste Bundesregierung haben. Ihre Gedanken, Anregungen und Ideen können Sie mir natürlich vorher und jederzeit schreiben. Unter **alfred.riedl@gemeindebund.gv.at** stehe ich Ihnen mit meinem Team im Gemeindebund gerne zur Verfügung.

MAG. ALFRED RIEDL
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.
alfred.riedl@gemeindebund.gv.at

„DIE KOMMUNALE EBENE IST DIE MIT ABSTAND BÜRGERNÄCHSTE EBENE UND **MUSS NOCH STÄRKER IN DIE BUNDESPOLITISCHE AGENDA EINGEBUNDEN WERDEN.**“

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

die politische Landschaft in Österreich steht vor einem massiven Umbruch. Es hat den Anschein, als ob die „große Koalition“, die seit Jahrzehnten die Politik bestimmt, der Vergangenheit angehören könnte. Die Wahl am 15. Oktober wird zeigen, welchen Kurs die Bundespolitik unseres Heimatlandes künftig nimmt. Bei Licht betrachtet sind solche Umbrüche immer riskant, es sei denn, man hat eine Basis, auf die man sich zu hundert Prozent verlassen kann. Österreich hat so eine Basis – die Gemeinden. Die Arbeit in den Gemeinden ist zielgerichtet, nachhaltig, innovativ und bürgernah.

Diese kontinuierliche Arbeit der Gemeinden erlaubt es der hohen Politik, ihren Weg zu finden, ohne das System zum Kollabieren zu bringen. Dass die Bundespolitiker diese Arbeit zu schätzen wissen und den Wert der Gemeinden kennen, sieht man an der Beteiligung am Gemeindetag 2017 und der Kommunalmesse Ende Juni in Salzburg. Bundespräsident, Bundeskanzler und nicht weniger als fünf Minister haben ihr Kommen trotz des anlaufenden Wahlkampfs zugesagt. Immer öfter betonen sie den hohen Stellenwert der Funktionäre und der Bürgermeister im Land. Wir sind froh über diese erhöhte Aufmerksamkeit und hoffen gleichzeitig, dass diese nicht nur mit dem Wahltermin im Herbst begründet ist. Die besten Absichten unterstellend freuen wir uns auf einen tollen Gemeindetag und interessante Diskussionen.

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunalverlag

/20

Kein Grund, die Arbeit einzustellen

Klarstellung für die Regierung: Die Gemeinden sind gewohnt, bis zum letzten Tag vor einer Wahl zu arbeiten.

/28

Hält die Zusage der Länder?

Fünf Jahre nach dem Stabilitätspakt stellen die Länder einen fixen landesweisen Anteil der Gemeinden in Frage.

INHALT

/44

Das Rad nicht neu erfinden

Wie die Gemeinden von alternativen Technologien profitieren können

/72

Mit ganzer Kraft gegen Abwanderung

Michael Wurmitzberger über sein großes Ziel

FOTOS: BKA, Wenzl; shutterstock, Keller, shutterstock, whyframe; Wurmitzberger / TITELBILD: Phototalker, shutterstock.com

KOMMUNAL 06/2017

MEINUNG

„Wer zahlt, schafft an“ 6
Gemeindebund-General Walter Leiss über kolportierte Wünsche, auf Kosten der Gemeinden Standards zu erhöhen

„Wechselndes politisches Wetter im Mai“ 10
Das jüngst beschlossene Integrationsgesetz bringt dewn Gemeinden Sicherheit, meint Nicolaus Drimmel

„Wann kommt der Aufschwung“ 30
fragt Konrad Gschwandtner aufgrund der jüngsten Budgetzahlen

POLITIK & RECHT

Kost‘s Nix – Schad‘s Nix 31
Der Zugang zu Verwaltungsgerichten zwischen Recht &Administration

„Wir sind das Gewissen der Verwaltungen“ 32
Volksanwälting Gertrude Brinek im KOMMUNAL-Interview

Zwischen Johannitern und Playmobil 36
Reportage von der Gemeindebund-Bildungsreise nach Malta

GESTALTEN & ARBEITEN

Energieeffizienz 52
Was Gemeinden bei der Umsetzung leisten und was sie behindert

Tagung: Aufzüge müssen sicher bleiben 64
Am „Aufzugstag 2017“ diskutierten Experten über Normen und Sicherheit

LAND & LEUTE

Wir haben ein Gefängnis in der Gemeinde 74
Wie sich Strafanstalten auf das Gemeindeleben auswirken

3. Österreichische Mountainbikemeisterschaft 77
Die Salzkammergut-Trophy findet wieder rund um Bad Goisern statt

Kurven. Sicher 78
Dank spezieller Bodenmarkierungen fahren Biker sicherer

Aus den Bundesländern 82

Personalia, Termine und Impressum 86

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

Bundesministerium für Inneres	39
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft	40
Forschungsges. Straße-Schiene-Verkehr	55
Gemeinsam.Sicher.Österreich	42
Gesundheit Österreich GmbH	
IKARUS Security Software GmbH	60
Murexin GmbH	56
Österreichische Post AG	54
K5 Kommunalmanagement	58
SeneCura - Kliniken- und Heimebetriebsgmbh	51
Siemens AG	57
Swarco Traffic Austria GmbH	70
VELUX Österreich GmbH	51
Verbund Solutions GmbH	69
wert.bau Errichtungs GmbH	66

PFLEGEDEBATTE

WER ZAHLT, **SCHAFFT AN**

Jeder von uns kennt den Grundsatz „Wer zahlt, schafft an“. Sowohl im privaten und im betrieblichen Bereich ist jeder damit in irgendeiner Form konfrontiert. Immer öfter ist den Medien zu entnehmen, dass dieser Grundsatz auch im öffentlichen Bereich gelten müsste. Vielleicht da oder dort etwas vornehmer formuliert, etwa unter dem Schlagwort „Zusammenführen von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung“ und dem Schlagwort „Mehr Abgabenautonomie“.

Aktuell wird der Vorwurf gerade im Zusammenhang mit der Pflegedebatte erhoben. Der Bund fördere doch im Pflegebereich über den Pflegefonds und dem Pflegegeld die Pflege – und die Länder und Gemeinden seien nicht imstande, in ihren Pflegeeinrichtungen die entsprechenden Standards aufrecht zu erhalten und Kontrollen durchzuführen. Übersehen wird dabei gerne, dass die Pflege überwiegend durch Länder und Gemeinden finanziert wird. Obwohl Tendenzen wie die demografische Entwicklung oder die Zunahme von Demenzerkrankungen oder die Entlastung der Spitäler durch Umschichtungen in den Pflegebereich erkennen lassen, dass mit Mehrkosten gerade im Pflegebereich zu rechnen ist, wurde hier im aktuellen Finanzausgleich ein Kostendämpfungspfad vereinbart. Gleichzeitig liegen schon Berechnungsmodelle vom Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO vor, die von Kostensteigerungsraten von bis zu 160 Prozent bis zum Jahr 2030 ausgehen. Jetzt will man die Standards bundesweit vereinheitlichen und erhöhen. Das ist aber ein Widerspruch in sich.

Konsequenz des Grundsatzes „Wer zahlt schafft an“ ist: „Wer anschafft, muss zahlen“.

„Leider mussten die Gemeinden in den vergangenen Jahren feststellen, dass **das Prinzip ‚Wer anschafft, der soll auch zahlen‘ immer mehr vernachlässigt wird.“**

Das sollte eigentlich selbstverständlich sein. Dieser Grundsatz findet sich auch im Staatsrecht unter dem Titel des sogenannten „Konnexitätsprinzips“*. Danach tragen Bund und Länder grundsätzlich gesondert die Ausgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben. Kurz, die Ausgabenlast folgt der Aufgabenlast. Im Verhältnis Bund zu den Ländern und zu den Gemeinden bedeutet dies, wenn bestimmte Aufgaben übertragen werden und dies zu wesentlichen Mehrbelastungen führt, müssen die übertragenden Gebietskörperschaften für einen entsprechenden Ausgleich zur Bedeckung dieser Ausgabe Vorsorge treffen. Abgesichert ist dies für Österreich durch den Konsultationsmechanismus.

Leider mussten die Gemeinden in den vergangenen Jahren feststellen, dass das Prinzip „Wer anschafft, der soll auch zahlen“ immer mehr vernachlässigt wird. Ständig werden neue Aufgaben an die Gemeinden übertragen, ohne dass die finanzielle Bedeckung sichergestellt wird. Ein paar Beispiele zeigen dies deutlich. Der Bund vermeint, dass Eisenbahnkreuzungen technisch gesichert werden müssen. In der Folge wird die Eisenbahnkreuzungsverordnung erlassen, genaue Kostenberechnungen fehlen aber. Die grundsätzliche Kostenregelung sieht dennoch vor, dass 50 Prozent der dadurch erwachsenden Kosten von den Gemeinden zu tragen sind.

*Nach dem Gabler Wirtschaftslexikon meint „Konnexitätsprinzip“ die verfassungsrechtliche und finanzwissenschaftliche Regel, nach der die Kosten für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe (Finanzierungshoheit) von demjenigen Aufgabenträger zu tragen sind, der über Art und Intensität der Aufgabenerfüllung entscheidet („wer bestellt, bezahlt”).

Im Gesundheitsbereich wurden durch das Ärztearbeitszeitgesetz wesentliche Mehrkosten verursacht. Die zusätzlichen Kosten sind durch Länder und Gemeinden aufzubringen.

Im vergangenen Jahr wurden das kostenlose Kindergartenjahr und der weitere Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen beschlossen. Die Gemeinden als Erhalter bekommen aber nur teilweise Ersatz für die wegfallenden Elternbeiträge. Das zweite kostenlose Kindergartenjahr ist derzeit ebenso in Diskussion wie die Anhebung von Standards zur Qualitätsverbesserung. Die Kosten müssen die Gemeinden tragen.

Im Schulbereich wird die ganztägige Schulform forciert. Dafür ist zusätzliches Personal erforderlich. Vom Küchenpersonal angefangen bis zu Freizeitpädagogen und weiterem Betreuungspersonal. Jetzt sollen auch die Schulleiter in Schulclustern Assistenzpersonal zur Entlastung administrativer Arbeit erhalten. Für das gesamte nichtpädagogische Personal sollen die Schulerhalter zuständig werden. Eine Kostenlawine kommt auf die Gemeinden zu. Zwar gibt es Unterstützung für die Gemeinden im Wege von 15a-Vereinbarungen, wonach sogenannte „Anschubfinanzierungen“ geleistet werden, jedoch ist jetzt schon absehbar, dass jeder Anschub auch ein Ende hat. Wenn die Anschubfinanzierungen auslaufen, bleiben die Gemeinden auf den Kosten sitzen.

Für diese genannten Beispiele und noch unzählige andere sollte auch der Grundsatz gelten, „Wer anschafft, soll auch zahlen“. Den Vorgaben in Form von gesetzlichen Aufträgen müssen auch die finanziellen Mittel folgen.

HOFRAT DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeinebundes
walter.leiss@gemeindebund.gv.at

Für unbeschwerte und sichere Urlaubstage.

reiseregistrierung.at

Damit wir Sie auch im Ernstfall erreichen können.

Gratis App-Download zur Reiseregistrierung

Informationen zu Ihrem Urlaubsziel finden Sie unter:
www.reiseinformation.at

Ein Service des Außenministeriums

Bitte beachten Sie: Die Reiseregistrierung ersetzt nicht die Eigenverantwortung!
Bei Notfällen im Ausland sind wir jederzeit unter +43-1-90115-4411 für Sie erreichbar.

EUROPA INTEGRATION ÄUSSERES
BUNDESMINISTERIUM REPUBLIK ÖSTERREICH

ANGESAGT

DAS WORT HAT ...

„In einem Haus gab es dann vier Kinder, in einem anderen drei. **Da ist das wieder ein bisschen explodiert.**“

Johannes Schweighofer,
Bürgermeister von Ebenau in Salzburg, laut ORF-Online zum Bericht der Geburtenstatistik, wonach seine Gemeinde die kinderreichste in Salzburg ist.

„Die Blockadehaltung der Grünen **zeigt lediglich deren innere Zerrissenheit.**“

Harald Köhlmeier,
Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes, zu den an der Blockadehaltung der Grünen gescheiterten Verhandlungen für die Reform des Vorarlberger Gemeindegesetzes.

„Wir bekommen wieder **einen Bankomaten.**“

Erich Polz,
Bürgermeister von Rossatz-Arnsdorf in der Wachau, laut der „Kronen-Zeitung“ zur Debatte um den vor zwei Jahren entfernten Bankomaten. Sein wichtigster Vorsatz: Gemeindegelder werden dafür nicht verwendet.

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

Großbritannien: Mit Gartendörfern gegen Wohnungsnot

Auf der Suche nach neuem Wohnraum setzt die britische Regierung auf den Bau gänzlich neuer Ortschaften. Wie der britische Wohnbauminister Gavin Barwell bekanntgab, seien nun erstmals 14 über ganz England verteilte Gartendörfer geplant. Dazu kommen drei neue und sieben bereits zu einem früheren Zeitpunkt angekündigte Stadtprojekte und damit in Summe 200.000 neu zu bauende Wohnungen.
Die Siedlungen sollen sich am Vorbild der Gartenstädte des späten 19. Jahrhunderts (Bild) orientieren. Diese waren damals eine Antwort auf die Wohnungsknappheit und die schlechten Lebensverhältnisse in den Städten um 1900. Um den Bau der nun angekündigten neuen Ortschaften auch umsetzen zu können, will die britische Regierung in einem ersten Schritt die Ausweisung von Bauland erleichtern. Wohl nicht zuletzt aus diesem Grund, so eine Interpretation des „Independent“, setze man nun neben dem Bau neuer Städte auch auf kleinere Projekte.
Nach Angaben des Wohnbauministeriums umfasse die jetzt bekanntgegebene Erweiterung des bestehenden Gartenstädteprogramms zum Großteil Siedlungsprojekte im Umfang von jeweils 1500 bis 10.000 neuen Wohnungen. Eine Gartenstadt umfasse den Ministeriumsangaben zufolge dann über 10.000 Wohneinheiten.

www.theguardian.com/society/2017/jan/02/fourteen-garden-villages-to-be-built-england-48000-homes-green-belt

FRANKREICH: BÜRGERMEISTER IST NEUER REGIERUNGSCHEF
Der 46-jährige Bürgermeister der Hafenstadt Le Havre wird als Regierungschef unter anderem für die Steuerung der von Macron versprochenen Reformen zuständig sein, die die Arbeitslosigkeit abbauen und die Konjunktur in der fünftgrößten Volkswirtschaft der Welt ankurbeln sollen. Es ist in Frankreich höchst ungewöhnlich, dass ein Präsident aus freien Stücken einen Politiker aus einer anderen Partei zum Regierungschef macht.

spiegel.de

FOTOS/ shutterstock, Maheras; Mairie Le Havre

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNALFORSCHER

„Energische“ Gemeinden

Diese Ausgabe von KOMMUNAL setzt sich mit dem Thema „Energie“ auseinander. In den Gemeinden Österreichs spiegelt sich dieser Schwerpunkt in vielseitigen Aktionen wider. Saubere wie auch erneuerbare Energien und das e5-Programm stehen hierbei im Vordergrund. Die thermische Sanierung von Gebäuden, Fahren mit Strom und die Adaption zu energiesparenden LED-Straßenbeleuchtungen sind wichtige Faktoren, die sich nicht nur auf die aktuelle Lage in den Gemeinden auswirken, sondern auch einen wesentlichen Einfluss auf die Lebensqualität der nächsten Generationen haben werden. Das e5-Programm für energieeffiziente Gemeinden wurde 1998 erstmals angeboten und wird mittlerweile in sieben Bundesländern konsequent genutzt. Jene Kommunen, welche sich an dem Programm beteiligen, werden in Belangen zum Klimaschutz, der Steigerung des Anteils an erneuerbarer Energie wie auch der Energieeffizienz unterstützt. Wichtige Themen in diesem Bereich umfassen die Etablierung von sauberer Energie im Sinne von Photovoltaikanlagen, die Unterstützung der umweltbewussten Mitmenschen durch die Förderung von E-Tankstellen ebenso wie die finanzielle Unterstützung von thermischer Sanierung alter Gebäude.

Im Fokus der Gemeinden sollten Qualitätssicherung, Vernetzung, Verbreitung und Weiterentwicklung von Maßnahmen zur alternativen Nutzung von Energie stehen. Der aktuelle Pitters® KOMMUNALTrend zeigt, dass zahlreiche Gemeinden die Warnsignale der Umwelt wahrgenommen und längst energische Gegenmaßnahmen eingeleitet haben. In den vergangenen Jahren wurden beispielsweise Sharingmodelle immer gefragter. Dies zeigt, dass die Gemeinden einen großen Beitrag zum Energiewandel Österreichs leisten und eine konsequente Schwerpunktsetzung in diese Richtung im Sinne unserer Bevölkerung und Umwelt ist.

office@pitters.at
www.pitters.at

Eine Information der HYPO NOE Gruppe Bank AG

www.hyponoe.at

WER VERSTEHT UNSERE KOMMUNALEN PROJEKTE? UND NICHT NUR BAHNHOF.
EINE BANK.

Feuerwehrhäuser. Amtshäuser. Festspielhäuser.
Als Bank des Landes Niederösterreich sind wir der Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand. Weil wir wissen, was hinter Ihren Projekten steckt, sind Lösungen nach Maß für uns selbstverständlich. Unsere ganzheitliche Begleitung reicht von der Bedarfsanalyse bis zur professionellen Abwicklung und Umsetzung Ihres Projektes. Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand informiert Sie gerne der **Leiter Public Finance, Martin Kweta, MBA, martin.kweta@hyponoe.at.**

HYPO NOE

LESER STIMMEN

„Neue Verteilung allein reicht nicht aus“ (KOMMUNAL 5/2017)

„Schade, dass ein solch wichtiger Artikel so schlecht recherchiert (bzw. ausgelegt) wird. Zitat: ‚Bei den Krippen als Betreuungsform der Null- bis Dreijährigen zeigt sich ebenfalls ein sehr heterogenes Bild: in den meisten Ländern liegt der Anteil der Krippen gemessen an den Gesamtbetreuungseinrichtungen zwischen 20 und 30 Prozent. In Niederösterreich liegt dieser Anteil bei sechs Prozent, in Vorarlberg besteht diese Betreuungsform laut Kindertagesheimstatistik nicht einmal.‘
Ich frage mich ernsthaft, warum ich mir diese stundenlange, unbezahlte (!!) Arbeit antue, um jährlich die Statistik auszufüllen und zu schicken, wenn ich dann lesen muss, dass ‚in Vorarlberg diese Betreuungsform (Kinderkrippe) laut Kindertagesheimstatistik nicht einmal besteht‘.
Dann sollten entweder die Artikel-Schreiber besser recherchieren oder aber die Statistik-Ersteller eine entsprechend qualitativere Auswahlmöglichkeit im Formular anbieten. Derzeit können im Statistik-Formular folgende Formen der Betreuung ausgewählt werden: Allgemeiner Hort, Integrationshort, Sonder- oder heilpädagogischer Hort, Übungshort, Kleinkindbetreuung (KiBe), Spielgruppe.
Fazit: Der Begriff „Krippe“ kann im Betriebsblatt der Kindertagesheimstatistik (in Vlbg.) gar nicht ausgewählt werden.
Auch folgende Aussage muss ich kritisch hinterfragen: ‚Diese Statistik umfasst Krippen, Kindergärten, Horte und altersgemischte Kinderbetreuungseinrichtungen. Ausgenommen sind Tageseltern, Spielgruppen, Internate, Ganztagsschulen und Schülerheime.‘ Wenn Spielgruppen wirklich ausgenommen wären, frage ich mich, warum die Auswahlmöglichkeit (wie oben beschrieben) für Spielgruppen jedoch besteht?!
Entweder wurde hier nicht umfassend recherchiert oder aber die Auswertung der Statistik ist kritisch zu hinterfragen.
Vielleicht braucht es eine bundesweit einheitliche Definition der verschiedenen Begriffe (Kinderkrippe, altersgemischte Einrichtung, …)!?
Das wäre dann möglicherweise ein Anfang, dass hier wirklich vom Gleichen gesprochen wird.“
Anonym, via kommunal.at

Replik:

Danke für Ihren Kommentar zum Artikel „Neue Verteilung allein reicht nicht aus“. Ziel war es, auf jene Problematik aufmerksam zu machen, die Sie hier schildern. Wie im Artikel angeführt, beziehe ich mich für diesen Zweck auf die Kindertagesheimstatistik der Statistik Austria. Die Kindertagesheimstatistik beruht auf einer vertraglichen Basis zwischen den Ländern und der Statistik Austria, das Kindertagesheimwesen in Gesetzgebung und -vollziehung ist jedoch Landessache. Die Bundesländer (Landesstatistikstellen bzw. Fachabteilungen für Kinderbetreuung) erheben somit gemäß eigener landesgesetzlicher Regelungen die statistischen Daten selbst. Der Datenbedarf der Länder und Erhebungsaufwand der Kindertagesheime kann sich daher von Bundesland zu Bundesland unterscheiden. Die Daten werden dann der Statistik Austria für bundeseinheitliche Auswertungen zur Verfügung gestellt.
Für ein neues Verteilungssystem, das auf statistischen Indikatoren der Kinderbetreuung basieren soll, ist eine Vereinheitlichung der Datenerhebung daher unbedingt notwendig. Dies umfasst – wie Sie bereits anmerken – auch eine einheitliche Begriffsdefinition.“
Univ.-Prof. Kurt Promberger

KOMMENTAR

WECHSELNDES P
WETTER IM MAI

Nachdem die Regierungsparteien nunmehr erkannt haben, für klare Verhältnisse zu sorgen, um die künftige Richtung unseres Staatsschiffes je nach deren Vorstellungen bestimmen zu können, müssen die Gemeinden ein paar Dinge klarstellen.

Bevor nämlich überhaupt über eine Richtung gestritten werden kann, und das muss in einer Demokratie zulässig sein, müssen die Rahmenbedingungen klargestellt werden. Und um das schöne Bild des Staatsschiffs erneut zu verwenden, ohne vorher die Takelung und den Zustand des Schiffsbodens in Ordnung gebracht zu haben, nützt es nicht, über Routen und Windrichtungen zu diskutieren. Das Schiff muss vor allem einmal seetüchtig sein.

Die ersten Schritte für ein „Klarschiffmachen“ des Unterbodens und der Takelung wurden am 16. Mai in der Plenartagung des Nationalrates getroffen. Ich meine hier aber nicht den Bericht des Bundeskanzlers über den Zustand der Bundesregierung, der aus aktuellem Anlass ganz oben auf der Tagesordnung stand und emotional diskutiert wurde. Vielmehr hatte dieses Maiplenum so wichtige Punkte abzuarbeiten wie das Kommunalinvestitionsgesetz, das Österreichische Stabilitätsprogramm bis 2021 oder das Integrationspaket, das aus dem Arbeitsmarkt-Integrationsgesetz des Sozialressorts mit der Regelung des sogenannten Integrationsjahres besteht und dem Integrationsgesetz aus dem Außen- und Integrationsressort mit dem Prinzip des Forderns und Förderns für Personen, die sich dauerhaft in Österreich niederlassen wollen.

Es hat also neben dem Richtungsstreit ein Plenum mit sinnvollen Ergebnissen gegeben, die aus Gemeindesicht durchaus begrüßt werden können. Die Verantwortlichen in den Gemeinden sind auf politischer Ebene durchaus erfahren, sodass sie Verständnis aufbringen, wenn es sich um wichtige politische Richtungsentscheidungen handelt. Aber es müssen auch die Grundlagen für solche Entscheidungen getroffen

OLITISCHES

werden, wenn es um die wesentlichen Fragen geht. Diese wesentlichen Fragen sind die Lebens- und Handlungsfähigkeit unseres Staates und unseres Gemeinwesens. Die Lebensfähigkeit ist soviel wie die unbestrittene Verfassungswirklichkeit, die demokratische Grundordnung, also der Unterboden des Staatsschiffes, wenn man bei der Metapher bleibt.

Und die Lebensfähigkeit ist der Antrieb, also wenn es um die Finanzierung der staatlichen Funktionen geht, die eine solche Grundordnung erhalten helfen. Es ist erfreulich, dass der Nationalrat nach einem Geplänkel zu Regierungsfragen wieder zur Tagesordnung und seiner ureigensten Kompetenz der Gesetzgebung übergegangen ist.

Was die enorme Herausforderung der Migrationsfolgen betrifft, wurde damit ein wesentlicher Mosaikstein gesetzt, den die Gemeinden schon seit längerer Zeit fordern. Nun muss sich aber auch in der Praxis zeigen, dass die Integrationsbemühungen durch verbesserte Rahmenbedingungen effektiver und langfristig greifen können, etwa dass Massenquartiere vermieden werden, dass Bildungs- und Ausbildungsangebote und Wertekurse durch gezielte Förderungen und möglichst in Kooperation mit der angestammten Bevölkerung verbessert werden können. Fördern und Fordern muss also auch in der Praxis erkennbar werden.

Die Gemeinden erwarten sich jedenfalls eine gezielte Information über Fördermöglichkeiten der Integrationsarbeit. An den Notwendigkeiten der Basis unter dem wechselhaften politischen Wetter im Mai wird deutlich, dass die Bundespolitik bei allem Diskussionsbedarf die Hände in so wichtigen Fragen nicht in den Schoß legen darf.

HOFRAT MAG. NICOLAUS DRIMMEL
ist Leiter der Abteilung Recht & Internationales des Österreichischen Gemeindebundes
nicolaus.drimmel@gemeindebund.gv.at

LESER STIMMEN

„Biogasanlagen vor dem Aus“ (KOMMUNAL 5/2017)

Man sollte meinen, dass Politiker, die das ganze Jahr von einem energieautarken Land Österreich sprechen, dementsprechende Gesetze verabschieden. Wie man aber aus dem Bericht der Zeitschrift „Kommunal“ (Ausgabe 05/2017) entnehmen kann ist das offensichtlich nicht so.
Das im Artikel beschriebene Problem, welches die Betreiber von Biogasanlagen in ganz Österreich betrifft, ist sehr bedauerlich. Denn deren Einspeisungsverträge mit dem Stromnetzbetreiber laufen noch in diesem Jahr aus. Nicht nur dass der Staat Österreich wieder einen Schritt zurück macht in Sachen Energieautarkie, sondern auch, dass die österreichweit 300 produzierenden Biogasanlagen auch Abfälle und Rückstände der Lebens- und Futtermittelindustrie verarbeitet und aus diesen Strom erzeugen, die ansonsten aufwändig verbrannt werden müssten.
Natürlich ist es ein großes Problem, bei der wachsenden Bevölkerung und der damit verbundenen mehr werdenden Nachfrage nach Lebensmitten, so viel Ackerland beziehungsweise Weidegrund damit zu „verschwenden“, Strom zu erzeugen. Wobei man hierbei bedenken muss dass alleine in Wien am Tag so viele Lebensmittel in den Müll landen, dass mit den weggeworfenen Lebensmitteln die ganze Stadt Graz satt werden würde. Heißt, man müsse nur etwas sorgsamer mit den Ressourcen umgehen als in der Gegenwart. Um wieder zurück zu kommen zum Thema Biogasanlagen. Die Biogasanlagen betreiben sich ja nicht von alleine. Sondern wenn sich der Staat Österreich entscheidet, in diesem Thema nichts zu unternehmen hat er am Ende unzählige Arbeitslose mehr zu versorgen. Die Frage die sich hierbei stellt, ob das dem Staatshaushalt nicht mehr schadet als die Weiterführung der für die Betreiber günstigeren Einspeisungsverträge.
Ich bin davon überzeugt, dass Österreich diese Betriebe braucht und auch weiter fördern sollte, denn nur so kommen wir und die verantwortlichen Politiker dazu, ein wirklich energieautarkes Land zu werden, wie zum Beispiel Island. Auch weil, wie ich finde, dass Strom aus Atomenergie sehr verwerflich ist. Natürlich hat ein Atomkraftwerk keinen CO_2-Ausstoß, und liefert somit eigentlich „grünen“ Strom. Aber die Gefahren, die so ein Atomkraftwerk mit sich bringt, sind enorm. Angefangen mit der generellen nuklearen Gefahr und natürlich das unlösbare Problem, dass man bis heute nicht weiß, was man mit dem anfallenden Atommüll machen soll.
Es ist meiner Meinung eine Frechheit, dass man diesen Leute Hoffnung und Halt gibt mit Förderungen und billigen Einspeisungstarifen, um ihnen diese zehn Jahre später wieder zu entziehen und sie damit praktisch in den Ruin treibt. Man sollte bedenken das nicht nur die Betreiber Schaden daraus ziehen, sondern letztlich auch deren Familien.
Ich glaube, der Staat Österreich kann sich leisten, diese Förderungen weiter zu zahlen, denn ganz offensichtlich brauchen die Betreiber den Staat Österreich und der Staat Österreich die Biogasanlagen mit deren Betreibern.

Patrick Geier,
Vizebürgermeister der Gemeinde Pfaffing

KOMMUNALMESSE 2017

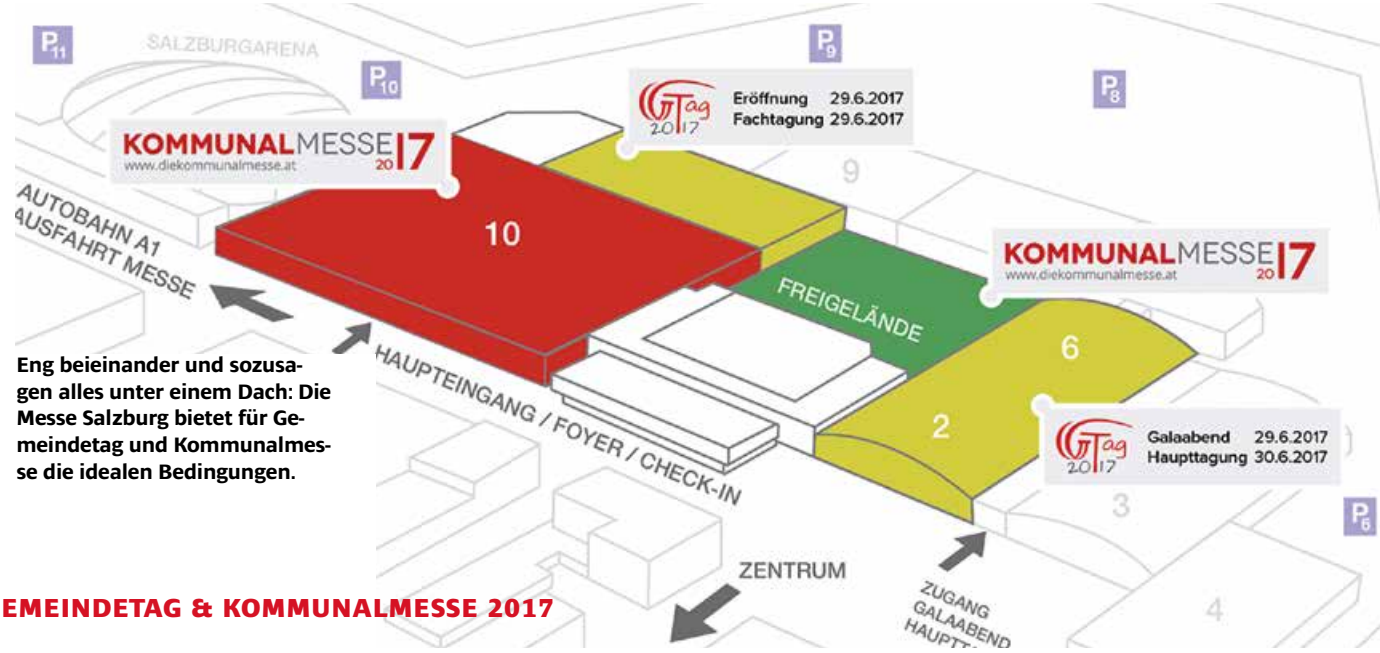
www.diekommunalmesse.at

Österreichs **größte Fachmesse** für Kommunen

29.–30. JUNI 2017 MESSEZENTRUM SALZBURG

IM RAHMEN DES 64. ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDETAGES

ÖSTERREICHISCHER KOMMUNALVERLAG



Eng beieinander und sozusagen alles unter einem Dach: Die Messe Salzburg bietet für Gemeindetag und Kommunalmesse die idealen Bedingungen.

GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE 2017

DIE HAUPTSPEISE 2017 **IST ANGERICHTET**

Ende des Monats ist es soweit: Der 64. Österreichische Gemeindetag und die Kommunalmesse 2017 gehen im Messezentrum Salzburg über die Bühne. Die aktuellen politischen Entwicklungen versprechen einen emotionsgeladenen Event, die Angebote der Aussteller einen Quell der Inspiration für die Delegierten aus den Gemeinden.

TEXT / Hans Braun

Während die Kommunalmessen immer schon Treffpunkte der Praktiker waren, sind die Gemeindetage seit 70 Jahren die Treffpunkte der Bürgermeister Österreichs. An diesen beiden Tagen im Jahr ist es ihre Gelegenheit, ihre Einigkeit und Geschlossenheit zu demonstrieren, ihren Willen, die Gesellschaft in ihren Kommunen, deren Zusammenleben – und damit unser aller Leben – zu gestalten, unter Beweis zu stellen. Wer immer die politischen Entwicklungen der vergangenen Wochen mitverfolgt hat – und wer aus dem Kreis der Kommunalpolitiker Österreichs hätte das nicht? –, wird heuer alles daran setzen, am Gemeindetag teilzunehmen und am 29. und 30. Juni in Salzburg zu sein. Die Anmeldungen sind bereits so zahlreich, dass an beiden Tagen rund 6000 Besucher zum Gemeindetag und zur Kommunalmesse erwartet werden.

Das Programm von Gemeindetag und Kommunalmesse kann sich sehen lassen: Schon am Vormittag startet der Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten im Messebereich mit einem Fachreferat zum Thema „Kontern mit Pfiff – nie mehr sprachlos sein“. Um die Mittagszeit stellt ORF-Anchorman Tarek Leitner die Entwicklungen der örtlichen Raumplanung auf den Prüfstand. Sein Vortrag mit dem Titel „Versiegelt, verbaut, verschandelt“, verspricht ein Highlight zu werden.

Der Nachmittag beginnt mit einer Fachtagung, die mit dem Gemeindebund-Präsidenten, zwei Ministern und den Vorstandsvorsitzenden zweier österreichischen Top-Konzernen besetzt ist. Das Thema: „Das Leben im digitalen Dorf.“ Das alles spielt sich in der Halle 10 ab, dieselbe Halle, die auch die Kommunalmesse 2017 beherbergt.

Die Messefläche in dieser Halle 10 beträgt (ohne den Platz für die Vorträge) mehr als 10.000 m². Das Freigelände mit seinen rund

FACTS ZU GEMEINDETAG UND KOMMUNALMESSE 2017

6000

Delegierte aus allen Gemeinden Österreichs werden an beiden Tagen in Salzburg erwartet

14.000

m² umfasst die Ausstellungsfläche der Kommunalmesse – damit ist sie die **größte Fachmesse für Kommunalpolitik** in Österreich

196

Aussteller präsentieren ihre Produkte und Innovationen dem Fachpublikum aus den Gemeinden Österreichs und dem angrenzenden Ausland.

STAND 15. Mai 2017

3500 m² dazugerechnet, kommt die Messe in Summe also auf rund 14.000 m². Zu rechnen ist damit, dass nicht nur aus Österreich Gemeindevertreter kommen werden. Die Nähe zu Bayern und die gute gelebte Nachbarschaft (die EU-Region Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein ist eine der ältesten und aktivsten grenzüberschreitenden Projekte Europas) wird vermutlich auch Kommunalmandatare und Praktiker aus den Gemeinden unseres Nachbarlandes zur Leistungsschau der Kommunalwirtschaft anlocken.

Zwei Gemeindepreise werden verliehen. Getreu dem Motto „Tue Gutes und sprich darüber" werden im Rahmen des Gemeindetags und der Kommunalmesse heuer gleich zwei Gemeindepreise verliehen: Zum einen die bereits zweite Auflage des „Österreichischen Gemeindepreises", ausgeschrieben und organisiert vom Bundesmininsterium für Inneres, mit dem hervorstechende Gemeinden sowie deren Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vor den Vorhang geholt werden sollen. Mehr als 7000 Menschen haben 2016 die Gelegenheit zum Voten genutzt.
Zum zweiten vergibt das Bundesministerium für Familien und Jugend erstmals den Österreichpreis „Gemeinden für Familien". Ausgezeichnet werden dabei besondere Maßnahmen, die der Förderung eines familienfreundlichen Umfelds in der Gemeinde dienen.

Organisatorische Infos: Rasch anmelden ist die Devise, dann hat man noch eine Auswahl – die Situation nähert sich dem Status „Ausgebucht!".

Nach erfolgter Anmeldung bekommen die Teilnehmer eine Bestätigung per E-Mail, mit der sie einmalig gratis innerhalb der Kernzone Salzburg ab Mi, 28. 6., 13 Uhr zum Messezentrum Salzburg gelangen, um sich das Teilnahmeticket und die Unterlagen zu holen. Wichtig: Das Teilnahmeticket ist von 28. Juni 2017, 13.00 Uhr bis 30. Juni 2017, 15.00 Uhr als Verbundfahrkarte in der Kernzone Salzburg gültig.

64 ÖSTERREICHISCHER GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE 2017

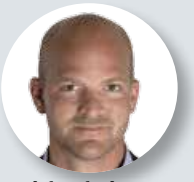
Das Programm

DONNERSTAG, 29.6.2017		
Ab 08.00 Uhr	**CHECK-IN**	Foyer 10 vor der Halle 10
Ab 09.00 Uhr	Beginn der **KOMMUNALMESSE 2017**	Halle 10 & Freigelände
09.30 bis 11.15 Uhr	**FACHTAGUNG** des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten Östereichs (FLGÖ) – „Nie mehr sprachlos – kontern mit Pfiff", Vortrag von Harry **Kwisda**	Halle 10 C
11.30 Uhr	**ERÖFFNUNG** des 64. Österreichischen Gemeindetages und der Kommunalmesse 2017 mit Fassanstich und Brotzeit. Begrüßung durch Alfred **Riedl**, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, und Günther **Mitterer**, Präsident des Salzburger Gemeindeverbandes, sowie Michael **Zimper**, Geschäftsführer des Österreichischen Kommunalverlags. Grußworte: Bundeskanzler Christian **Kern**	Halle 10 F
anschließend	**MESSERUNDGANG**	Halle 10 & Freigelände
12.15 Uhr	Vorstellung der Landespolizeidirektion Salzburg	Freigelände
12.30 bis 13.30 Uhr	**VORTRAG** „Versiegelt, verbaut, verschandelt? Ein Blick auf die Entwicklung der örtlichen Raumplanung in Österreich" mit Tarek **Leitner**, Initiative „Pro Steildach"	Halle 10 C
14.00 bis 15.45 Uhr	**FACHTAGUNG** „Leben im digitalen Dorf" mit den Teilnehmern Sonja **Hammerschmid**, Bildungsministerin, Andrä **Rupprechter**, Umweltminister, Wolfgang **Anzengruber**, Verbund-CEO, Marcus **Wild**, SPRA-CEO und Alfred Riedl.	Halle 10 C
19.30 Uhr	**GALAABEND** des Österreichischen Gemeindebundes	Hallen 2 & 6

Alfred Riedl

Günther Mitterer

Christian Kern


Michael Zimper

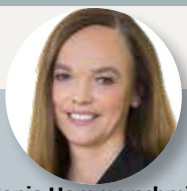
Tarek Leitner

Alexander Van der Bellen

Brigitta Pallauf

Heinz Schaden

Sebastian Kurz


Sonja Hammerschmid

Andrä Rupprechter

Marcus Wild

Wolfgang Anzengruber

FREITAG, 30. 6. 2017		
ab 09.00 Uhr	**KOMMUNALMESSE**	Halle 10 & Freigelände
09.30 Uhr	**HAUPTTAGUNG** des 64. Österreichischen Gemeindetages Begrüßung: Alfred Riedl, Präsident des Östereichischen Gemeindebundes Grußworte: Heinz **Schaden**, Bürgermeister der Stadt Salzburg Brigitta **Pallauf**, Präsidentin des Salzburger Landtages in Vertretung des Landeshauptmannes Alexander **Van der Bellen**, Bundespräsident der Republik Österreich Festrede: Sebastian **Kurz**, Außen- und Integrationsminister Schlussworte: Alfred Riedl	Hallen 2 & 6
anschließend	**MESSERUNDGANG** & kulinarischer Ausklang	
13.00 Uhr	Ende der Kommunalmesse 2017	

ÄNDERUNGEN vorbehalten. Stand der Informationen zu Redaktionsschluss 15. Mai 2017

LINKS ZU GEMEINDETAG UND KOMMUNALMESSE

gemeindebund.at/gemeindetag
und
diekommunalmesse.at

DIE LINKS ZU DEN GEMEINDE-PREISEN

gemeindepreis.at/
und
www.familieundberuf.at/oesterreichpreis

NIE MEHR SPRACHLOS – **KONTERN MIT PFIFF**

Viel vor hat der Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten (FLGÖ) im Jahr 2017. Heuer wird es nicht nur die Bundesfachtagung (diese findet am 23. und 24. November in Hof bei Salzburg statt)geben, sondern auch eine eigene Fachtagung im Rahmen des Gemeindetages.
Das FLGÖ-Programm am Donnerstag, 29. Juni 2017, kann sich sehen lassen. Nach der Eröffnung und Begrüßung um 9.00 Uhr hält um 9.15 Uhr der international tätige Trainer und Motivationslegende Harry E. **Kwisda** sein Referat zum Thema „Nie mehr sprachlos – kontern mit Pfiff: Schlagfertig sein in jeder Situation“.

Harry Kwisda

Unfaire Fragen und Aussagen kommen oft unerwartet und überraschend. Viele Menschen leiden darunter, dass ihnen die passenden Worte erst hinterher einfallen. Schlagfertigkeit ist weder Hexerei noch Glückssache, sondern schlagfertige Antworten folgen bestimmten Regeln. Regeln, die erlernbar und trainierbar sind – und zwar ganz einfach.
Sie erfahren und trainieren konkrete Methoden, wie Sie Ihre Schlagfertigkeit in verschiedenen Situation verbessern: witzig, diplomatisch oder ganz direkt.

- Theorie und Praxis im Wechsel
- Provokation – Mut zum Frechsei.
- Killerphrasen kunstvoll kontern
- So werden Sie witzig, kreativ und geistigwendig
- Bio-logisch und psycho-logisch argumentieren
- Fünf Standardantworten, die in (fast) jeder Situation passen
- Das Schlagfertigkeitsbuffet – Techniken zur Auswahl
- Ruhig bleiben – in der eigenen Mitte sein
- Reizende Mitmenschen – was reizt mich am anderen?

KOMMUNALMESSE 2017
www.diekommunalmesse.at

TOP-ANGEBOTE AUF DE
DER KOMMUNALMESSE

TEIL 2

Ausprobieren, anfassen, testen: Die neuesten Entwicklungen für den kommunalen Maschinenpark direkt miteinander vergleichen – das gibt es nur auf der KOMMUNALMESSE. Hier ist der zweite Teil unserer Vorschau auf das Freigelände.

GREEN MACHINES // STAND 23

UNSERE E-MISSION: ZERO EMISSION.

Die neuen Green-Machines-Modelle 500ze und GM1ze bewähren sich bestens im Arbeitsalltag. Wir freuen uns darauf, Ihnen die Welt des Zero Emission Cleaning von Green Machines persönlich vorstellen zu dürfen.

EPOSA // STAND F12

LIVE-PRÄSENTATION EINER INTEGRIERTEN GPS-VERMESSUNG

Mit GeoMedia Smart Client wird die Verbindung zu professionellen GPS-Vermessungsgeräten hergestellt und die damit erfassten Infrastrukturobjekte werden „live" und hochpräzise (in Zentimetergenauigkeit) für alle Benutzer sofort sichtbar gespeichert – ein wesentliches Werkzeug für die kommunale Infrastrukturdokumentation.

SCHACHNER // STAND F19

ERSTER ELEKTRISCHER KLEIN-LKW

Die Fa. Schachner GmbH, Vorreiter der Elektromobilität seit 1990, präsentiert nun nach langjähriger Entwicklung den ersten elektrischen Klein-Lkw für Stadt, Gemeinden, Bauhöfe, Stadtgärtnereien, Straßenmeistereien usw.

STANGL // STAND F11

STANGL KOMMUNAL-KOMPETENZ BEIM NAMEN

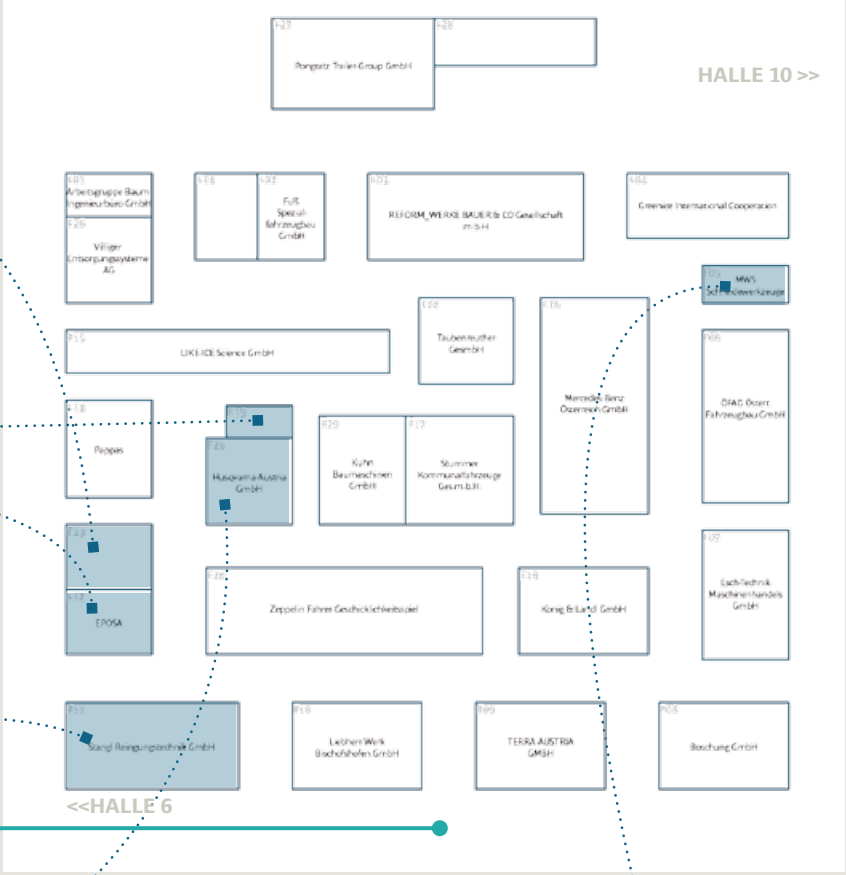
Das TEAM STANGL KOMMUNAL präsentiert auf der Kommunalmesse die neueste Generation der Hako-Kompaktkehrmaschine Citymaster 2200 und den neuen, starken Multicar-Geräteträger M29. Außerdem auf dem Stangl-Stand: die kompakte, multifunktionelle Hako Citymaster 600 und der „Bestseller" Hako Citymaster 1600 mit Live-Schnellumrüstung auf der Messe.

HUSQVARNA // STAND F21

HUSQVARNA VON PROFIS, FÜR PROFIS

Mit über 325 Jahren Erfahrung und Leidenschaft stattet Husqvarna Profis und Freizeitanwender mit Produkten für den Einsatz im Forst sowie für die Landschafts- und Gartenpflege aus. Wir vereinen hohe Leistung mit Benutzerfreundlichkeit und Sicherheit. Überzeugen Sie sich auf der Kommunalmesse vom innovativen Husqvarna Profi Akku-Sortiment, kommunalen Frontmähern und vielem mehr.

M FREIGELÄNDE
2017



MWS // STAND F05

MULCHMASTER EXTREME HANGLAGE – KEIN PROBLEM!

MWS Schneidwerkzeuge GmbH & Co. KG wird auf der Messe insbesondere Profimodelle mit Subaru-Motor vorstellen. Diese sind hervorragend auch für extreme Hanglagen bis 30° geeignet.

KOMMUNALMESSE 2017
www.diekommunalmesse.at

Das sagen die Aussteller

Digitalisierung für Gemeinden

Als Dienstleister und zentrale Anlaufstelle im Ort spielt Telekommunikation für Gemeinden eine entscheidende Rolle. T-Mobile bietet dazu passende digitale Lösungen an, mit denen eine flexible, sichere und qualitativ hochwertige Kommunikation zwischen den Mitarbeitern einer Gemeinde, allen nachgeordneten Betrieben und mit den Bewohnern gewährleistet wird. Das ist einer der Gründe, weshalb die Kommunalmesse einen wichtigen Beitrag zur Digitalisierung für Gemeinden leistet, denn sie schafft eine Plattform für Innovation und Dialog. Für T-Mobile ist es deshalb auch im Jahr 2017 wieder ein wichtiges Anliegen mit einem Stand bei der Kommunalmesse vertreten zu sein.

Eines der zentralen Themen ist „Smart City", die „intelligente Stadt" und innovative Lösungen, speziell in den miteinander verknüpften Bereichen Energie, Gebäude, Mobilität und Infrastruktur inklusive Informationstechnologien. Smarte Technologien und Systeme bieten neue Möglichkeiten nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Städte und Gemeinden.

Auf der Kommunalmesse wird T-Mobile vorstellen, was sie heute bereits für die Digitalisierung tut und wie sie Gemeinden helfen kann, die Chancen der Digitalisierung wahrzunehmen.

Dipl.Ing. Werner Kraus, Bereichsleiter Business & Wholesale T-Mobile

Wir bekämpfen ein „brennendes Problem"

Die Kommunalmesse gibt der Firma BAKOM die Möglichkeit, ihre Produkte einer breiten Masse zu präsentieren. Nicht nur die freundliche und kompetente Hilfe bei der Buchung der Messe, sondern auch die gute Organisierung begeistert uns jedes Jahr wieder.

KOMMUNALMESSE 2017
www.diekommunalmesse.at

Das sagen die Aussteller

Ein brennendes Problem ist die giftfreie Wildkrautbeseitigung, das wir mit unserem ZACHO UKB 650 sehr innovativ und einfach bekämpfen können.
Ein weiteres wichtiges Anliegen ist es uns, die Akzeptanz der Elektromobilität voranzubringen. Dies gelingt uns mit unseren Elektro-dreirädern und Schmalspurfahrzeugen. Außerdem bieten wir seit Jahrzehnten zur Erleichterung der Grabarbeiten auf dem Friedhof spezielle Geräte an.
Wir erwarten uns möglichst viele Interessenten, die unsere Geräte vor Ort in der Praxis testen möchten. Dafür bieten wir aber auch nach der Messe die Möglichkeit einer individuellen Vorführung in der Gemeinde.

Karl Kernstock,
BAKOM Bau- und Kommunalmaschinen

Wir vermieten Bau-Equipment und modulare Raumsysteme

CRAMO ist einer von Europas größten Vermietern im Bereich Baumaschinen, Arbeitsbühnen, Werkzeugen und Containern. Im kommunalen Bereich gibt es ein sehr weites Betätigungsfeld für unsere Geräte. Spielplatzsanierungen, Baumschnitt, Wartung von Beleuchtung, Montage von Weihnachtsdekoration oder Schneeräumung sind nur einige Beispiele dafür.
Die Geräte müssen nicht wartungs- und kostenintensiv am Bauhof vorgehalten werden, um bei Bedarf schnell verfügbar zu sein. Mit bedarfsgerechter Anmietung können die Arbeiten mit hochwertigen Produkten sicher ausgeführt werden. Auf der Kommunalmesse wollen wir die Entscheidungsträger im kommunalen Bereich kennenlernen. Wir möchten mit Menschen aus der Praxis diskutieren, um unsere Dienstleistung an die Bedürfnisse anzupassen. Nur wenn wir die Herausforderungen unserer Kunden verstehen, können wir gute Miet-Lösungen bieten.

Christian Heigl,
CRAMO Österreich

Symbolbild: Die Salzburger Polizei trainiert den Ernstfall

FOTO: ET | LPD Sbg | Langer, Insp. 2014

Auf frischer Tat: Polizei schnappt Bankräuber

Spektakulärer Einsatz während der Kommunalmesse: Salzburger Polizei fasst Bankomat-Sprenger unmittelbar nach der Tat.

SALZBURG // Der amtsbekannte und bereits mehrfach polizeilich gesuchte Bankräuber Kevin T. hat einen großen Coup in Salzburg geplant. Mit besonderer Dreistigkeit und Raffinesse hat er am Donnerstag, dem 26. Juni, den Bankomaten im Messezentrum wirkungsvoll mit Sprengstoff geknackt.

Dem Vernehmen nach wollte er durch seine Tat neue Maßstäbe setzen, um so in die Geschichte der legendärsten Bankräuber einzugehen. Die Örtlichkeit wurde von ihm vorab eingehend ausgekundschaftet und die Fluchtmöglichkeiten abgewogen. Zeugen gab es kaum, alles lief nach Plan. Nach der kurzen, aber heftigen Explosion hatte Kevin T. vor, sich mitsamt seiner Beute über die A1 in Richtung Süden abzusetzen. Allerdings hat er einen Kardinalfehler begangen und die Reaktionsschnelligkeit der heimischen Sicherheitskräfte unterschätzt. Während Kevin T. sich noch in vermeintlicher Sicherheit wog, waren die Einsatzkräfte der Polizei bereits alarmiert und auf Anfahrt. Im Zuge eines spektakulären Zugriffs gelang es der Polizei mittels ...

Ja, mittels was? Wer nun neugierig geworden ist, wie es gelang, Kevin T. zu überwältigen, dem sei die aufwändige Einsatzsimulation der Salzburger Polizei ans Herz gelegt, die am Donnerstag um 12.15 Uhr auf dem Freigelände der Kommunalmesse stattfindet. Die gesamte Situation wird für die Besucher der Messe umfassend in Szene gesetzt und gibt einen spannenden und zugleich lehrreichen Einblick in das beeindruckende Leistungsspektrum der Polizei. Eine einmalige Gelegenheit, live und hautnah ein actiongeladenes Szenario mitzuerleben, von dem man sich niemals wünscht, in Wirklichkeit hineinzugeraten. Die Landespolizeidirektion Salzburg zeigt, wie sie in effektiver Zusammenarbeit von Mensch, Tier und Maschine bestmöglich für unsere Sicherheit sorgt.

WEITER.
DER BMW i3 MIT NOCH MEHR REICHWEITE.
Freude am Fahren
Symbolfoto
S 131 LY
Ihre Vorteile mit dem BMW i3.
Als Firmenwagen 100 % vorsteuerabzugsberechtigt und verringerter Sachbezug bei Privatnutzung
E-Boost für atemberaubende Beschleunigung
0 % NoVA
Bis zu € 3.000,– E-Mobility-Förderung*
Bis zu 200 km Reichweite mit einer Ladung
Keine motorbezogene Versicherungssteuer
BMW i3: 125 kW (170 PS), Kraftstoffverbrauch gesamt 0,0 l/100 km, CO2-Emission 0 g/km bei Nutzung von Strom aus 100 % regenerativen Quellen.
* Ab dem 1.1.2017 werden Betriebe, Gebietskörperschaften und Vereine bei der Anschaffung eines rein elektrischen Neufahrzeugs mit einer Förderung in Höhe von € 3.000,- unterstützt.
Die Finanzierung der Förderung teilen sich Fahrzeughersteller und Bund zu jeweils 50%. Alle Informationen dazu gibt es unter www.umweltfoerderung.at

POLITIK & RECHT

STABILITÄTSPAKT
Hält die Zusage der Länder?
Seite 28

GERICHTSKOSTEN
Heikler Zugang zu Verwaltungsgerichten
Seite 31

INTERVIEW
Gertrude Brinek, Volksanwältin
Seite 32

NEUWAHLEN FIXIERT

WEITERMACHEN IST DIE DEVISE

„Wir in den Gemeinden sind es gewohnt, dass bis zum letzten Tag vor einer Wahl gearbeitet wird“, sagte Gemeindebund-Präsident Bgm. Alfred Riedl nach Feststehen des Neuwahltermins am 15. Oktober 2017. Es gebe überhaupt keinen Grund, warum Sachthemen, über die bislang weitgehend Einigkeit bestanden habe, nicht in der verbleibenden Zeit beschlossen und umgesetzt werden können, so Riedl.

FOTO/Parlamentsdirektion/Stefan Olah

TEXT /Daniel Kosak / Hans Braun

Bis zur Neuwahl sind es noch viereinhalb Monate“, so Gemeindebund-Chef Alfred Riedl. „Es liegen Dinge auf dem Tisch, über die zwischen den Regierungsparteien Einigkeit geherrscht hat. Und wir erwarten uns, dass diese Themenliste noch vor der Wahl erledigt wird, für alles andere hätten die Menschen kein Verständnis.“

Riedl nannte in einem Interview mit Ö1 Mitte Mai auch mehrere konkrete Punkte, die den Gemeinden „unter den Nägeln brennen“. „Die Aktion 20.000 oder das kommunale Investitionspaket der Regierung sind für uns wichtige Vorhaben. Für einen Langzeitarbeitslosen, der über die Aktion 20.000 den Einstieg in die Beschäftigung finden kann, ist es unerheblich, ob es Neuwahlen gibt oder nicht. Seine Situation verbessert sich bis zu einer Wahl im Herbst nicht, diese Menschen brauchen jetzt Unterstützung.“

Die Ernsthaftigkeit und Sorgfalt in der Regierungsarbeit auch in den Monaten vor einer Wahl könne das Vertrauen in die Politik wieder stärken, so Riedl. „Die Menschen und auch wir Gemeindevertreter erwarten uns das schlichtweg. Daher appelliere ich an die Spitzenvertreter der Regierungsparteien sowie an die parlamentarischen Fraktionen, diese Agenda zügig abzuarbeiten“, so Riedl abschließend.

Die Reform des Wahlrechts ist auch so ein Punkt, der den Gemeindevertretern am Herzen liegt. „Wir haben hier viel und lange verhandelt, es wäre jetzt an der Zeit, in die Umsetzung zu kommen. Auch das sollte noch vor der Wahl geschehen. Wir haben Einigkeit darüber, dass der zweite Wahltag keine Verbesserung bringen würde. Vielmehr wollen wir die Möglichkeiten der Briefwahl ausbauen und sie sicherer machen. Dann können die Wähler/innen mehrere Wochen vor der Wahl ihre Stimme per Brief oder bei der Wahlbehörde abgeben, damit erübrigt sich ein zweiter Wahltag.“

Auch die Auszählung der Stimmen solle noch am Wahltag erfolgen und zwar direkt in den Gemeinden. „Wir haben hier von den Regierungsparteien sehr positive Signale und Zusicherungen bekommen, wir erwarten uns eigentlich, dass diese nun eingelöst und beschlossen werden.“ Für den kommenden Wahlgang würden allfällige Änderungen noch nicht in Kraft treten, „das geht sich zeitlich nicht mehr aus. Aber beschließen sollten wir sie bis dahin“, betont Gemeindebund-General Walter Leiss.

Erste Erfolgsmeldungen am Tag vor der Angelobung von Interims-Vizekanzler Wolfgang Brandstetter am 17. Mai. Um 22.19 Uhr flatterte das Mail des Parlamentarischen Pressedienstes in die Redaktion, dass das kommunale Investitionspaket in der Höhe von 175 Millionen Euro nach einer intensiven Diskussion zur Vorlage im Nationalrat mehrheitlich angenommen wurde.

„Die Gemeinden brauchen hier Planungssicherheit, dafür sind ein paar Monate durchaus ein relevanter Zeitraum“, so Riedl. In dieser Zeit könnten die Gemeinden ihre Planungen treffen und zeitnah die nötigen Investitionen setzen. Immerhin gehe es hier um eine Kofinanzierung von 25 Prozent durch den Bund.* „Aber nicht jede Gemeinde wird die restlichen 75 Prozent für ein neues Projekt aufbringen können. Deshalb ist auch wichtig, dass die Bundesförderung andere Kofinanzierungen nicht ausschließt,“ gibt Riedl zu bedenken.

Im Nationalrat wurde durch die mehrheitliche Annahme des kommunalen Investitionsprogramms Klarheit geschaffen. Finanziert werden durch dieses „Programm zur Modernisierung der Infrastruktur in Österreich“ unter anderem der barrierefreie Zugang zu Gebäuden sowie Investitionen in den öffentlichen Verkehr, sozialen

* siehe Beitrag „750 Millionen Euro zusätzliche Investitionen“ in KOMMUNAL 4/2017, Seite 24 ff, nachzulesen auch auf www.kommunal.at oder auf www.gemeindebund.at

FOTOS// Gemeindebund

DIE MENSCHEN UND AUCH **WIR GEMEINDEVERTRETER ERWARTEN ERGEBNISSE NOCH VOR DEN WAHLEN.“**

Alfred Riedl an die Adresse der Bundesregierung und die parlamentarischen Fraktionen, außer Streit stehende und nahezu fertig verhandelte Dinge zügig abzuschließen.

Wohnbau und den Ausbau des Breitbandes. Mit dem Kommunalinvestitionsgesetz 2017 sollen die Arbeitslosigkeit im Bausektor bekämpft und der Wirtschaftsstandort Österreich gestärkt werden. Das Finanzministerium rechnet für 2018 mit über 8500 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Für jede Gemeinde steht demnach ein bestimmter Betrag zur Verfügung, der je zur Hälfte auf Basis der Einwohnerzahl und dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel berechnet wird. Die einzelnen Summen für die 2100 österreichischen Gemeinden reichen von 944 Euro für die kleinste Gemeinde (Gramais in Tirol) bis zu 40,83 Millionen Euro (Wien). Pro Investition werden maximal 25 Prozent der Gesamtkosten finanziert.

Die Anträge auf Zweckzuschuss sind vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2018 bei der Buchhaltungsagentur des Bundes einzubringen und werden dort geprüft. Nicht in Anspruch genommene Beträge sollen dem Strukturfonds zur Unterstützung von finanzschwachen Gemeinden und Abwanderungsregionen zufließen.

VP-Gemeindesprecher Nikolaus Prinz erhofft sich damit künftig eine verstärkte Verankerung junger, motivierter Menschen in der Region. Die Kostenbeteiligung des Bundes spiele hinsichtlich der Arbeitsplatzschaffung eine wesentliche Rolle. Der Umbau einer Schule oder die Errichtung einer Müllinsel könnten so finanziert werden.

Als Kommunalsprecherin der SP begrüßte Marianne Gusenbauer-Jäger diese Förderungsmaßnahme. Die direkte Vergabe vom Bund zu den Gemeinden sei neu. Zusatzeffekte durch die Förderung werden etwa bei regionalen Handwerksbetrieben erwartet. Besonders positiv sei zudem, dass übrig gebliebenes Geld den Gemeinden über den Finanzausgleich wieder zugeführt werden kann.

Jede Menge Arbeitsgespräche mit den Fachministern. Der Gemeindebund-Präsident nahm die Wochen in der neuen Funktion zum Anlass, um sich bei allen Bundesministern vorzustellen und die für Gemeinden wichtigen Themen persönlich zu besprechen. Von Ende April bis Mitte Mai fanden so bereits sieben Gespräche statt.

Viele dieser Agenden liegen im Umwelt- und Landwirtschaftsministerium von **Andrä Rupprechter**. Mit einer umfangreichen Themenliste gingen Riedl, sein Vize Rupert Dworak und Gemeindebund-Generalsekretär Walter Leiss in die Verhandlungen mit dem Minister. Ein akutes Thema dabei: die Recycling-Baustoffverordnung, wo es auch um die Behandlung von Streusplitt geht. „Wir konnten mit dem Minister klarstellen, dass wir bei der Wiederverwertung von Streusplitt nicht unbedingt ein aufwändiges Recyclingverfahren brauchen, sondern mittels Sichtkontrolle klären können, ob der Streusplitt erneut eingesetzt werden darf“, so Riedl. In einem Anwenderhandbuch soll das noch einmal präzisiert werden.

Das Ökostromgesetz, die künftige Behandlung von Klärschlamm im Rahmen des Bundesabfallwirtschaftsplans oder die Sicherstellung der

Der Österreichische Gemeindebund zu Besuch bei Bundeskanzler Christian Kern (rechts). Begleitet wurde Präsident Alfred Riedl von seinen Vizepräsidenten Rupert Dworak und Hans Hingsamer.

Mit einer langen Liste wichtiger Themen kamen die Gemeindebund-Spitzen zum Antrittsbesuch bei Minister Andrä Rupprechter. Dieser versprach den Gemeindevertretern Unterstützung und gab einige Zusagen.

Finanzierung der Siedlungswasserwirtschaft waren weitere Themen, die besprochen wurden.

Grundsätzlich begrüßte Riedl im Gespräch mit Sozialminister **Alois Stöger** die Pläne, dass langzeitarbeitslose ältere Menschen in den Gemeinden wieder eine sinnvolle Beschäftigung finden, drängte bei der Aktion 20.000 aber auf zwei Klarstellungen: „Die Gemeinden haben eine sehr schlanke Struktur. Insgesamt beschäftigen wir 73.000 Personen. Ein Plus von 20.000 wäre in den Dienstpostenplänen nicht vorgesehen und würde auch unsere finanziellen Kapazitäten sprengen. Daher braucht es für die für zwei Jahre vorgesehene Bundesfinanzierung einen Trägerverein, wo die Über-50-Jährigen angestellt werden können."

Der dritte Antrittsbesuch führte die Delegation ins Justizministerium. Minister und interimistischer Vizekanzler **Wolfgang Brandstetter** nahm sich viel Zeit, um die kommunalen Anliegen zu besprechen. Eines der wichtigsten sind die zahlreichen rechtlichen Verfahren, die gegen Bürgermeister eingeleitet werden. Davon umfasst ist das ganze rechtliche Spektrum: Anonyme Anzeigen, Amtsmissbrauchsverfahren, Korruptionsvorwürfe, strafrechtliche Verfahren usw. „Dass ein Bürgermeister mit einem Bein im Kriminal steht, wird ein immer stärkerer Faktor, der dazu beiträgt, dass sich dieses Amt kaum mehr jemand antun will", betonte Riedl im Justizpalast.

Brandstetter, der als Anwalt selbst Bürgermeister in solchen Fällen vertreten hat, kennt die Problematik und zeigte daher großes Verständnis für die Anliegen des Gemeindebundes: „Ich glaube, dass man hier auch in der Praxis den Dialog zwischen Staatsanwaltschaft und Gemeinden verstärken muss." Daher wird in

Strafrecht, Schadenersatzhaftung, Verwaltungsvereinfachungen, staatsfeindliche Bewegungen – die Liste der Anliegen, die der Gemeindebund in das Justizministerium mitnahm, war lang. Wolfgang Brandstetter, nunmehr auch Vizekanzler, zeigte großes Verständnis und versprach, sich den Vorschlägen der Gemeinden anzunehmen.

Bei Verteidigungsminister Hans-Peter Doskozil gab es wenige schwierige Themenfelder für die Kommunalvertreter. Einigkeit herrschte darüber, dass beim Katastrophenschutz die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Bundesheer essenziell ist.

Mitte: Die Details bei der Aktion 20.000 standen im Mittelpunkt des Antrittsbesuchs von Gemeindebund-Chef Alfred Riedl bei Sozialminister Alois Stöger. „Es braucht eine Klarstellung, dass die Gemeinden nach Ablauf dieser Maßnahme nicht finanziell belastet werden", so Riedl.

den kommenden Monaten an einem geeigneten Format dafür gearbeitet.

Mit großem Interesse empfing auch Bundeskanzler **Christian Kern** die Gemeindebund-Spitze. Zu diesem Zeitpunkt wusste er sichtlich noch nicht, dass zwei Stunden später Vizekanzler Reinhold Mitterlehner das Handtuch werfen würde. „Wir haben dem Bundeskanzler klar gemacht, dass die Gemeinden die direkte Vertragsfähigkeit mit dem Bund unbedingt brauchen", so Gemeindebund-Chef Riedl. „Damit könnten wir auch Wünsche des Bundes künftig rascher und ohne Umwege umsetzen." Auch der Ausbau der Breitband-Versorgung und die Aktion 20.000 standen auf der Agenda. „Ich bin für lösungsorientiertes Denken in dieser Hinsicht", sagte der Kanzler. „Bedenkenträger gibt es ohnehin genug. Ich wünsche mir, dass wir diese Aktion möglichst rasch fixieren können", meinte Kern und traf damit auf große Offenheit bei den Gemeindevertretern. „Arbeit haben wir genug in den Gemeinden", so Riedl. „Es muss nur klargestellt sein, dass wir diese zusätzlichen Kräfte nicht dauerhaft einstellen können."

Bei Verteidigungsminister **Hans-Peter Doskozil** gab es wenige schwierige Themenfelder für die Kommunalvertreter. „Wir sind uns darüber einig, dass beim Katastrophenschutz die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Bundesheer essenziell ist", so Doskozil. „Für die Ersthilfe sind die Feuerwehren zuständig und gut ausgebildet. Wenn es längeren Bedarf gibt, wie es bei großen Einsätzen oft der Fall ist, dann steht das Bundesheer jederzeit bereit, um zu unterstützen. Hier gibt es bislang keinerlei Probleme."

Thematisch heikler wurde es bei Familienministerin **Sophie Karmasin**. „Es gibt relevante

links: Familienministerin Karmasin zeigte sich aufgeschlossen gegenüber den Wünschen der Kommunalvertreter. Tenor der Gespräche: Eventuell könne man bestehende Vereinbarungen um ein Jahr verlängern, bis man bei der Planung für eine aufgabenorientierte Finanzierung weitergekommen sei.

15a-Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern, die demnächst auslaufen", so Alfred Riedl. „Wir brauchen hier verbindliche Zusagen, dass diese Vereinbarungen verlängert oder erneuert werden. Da geht es um den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, aber auch um Konfinanzierungen bei der Betreuungleistung selbst." Auch hier wäre eine direkte Vertragsfähigkeit zwischen Bund und Gemeinden hilfreich, ergänzte Riedl. Die Familienministerin zeigte sich aufgeschlossen gegenüber den Wünschen der Kommunalvertreter. „Wir müssen aber natürlich schauen, wie es nach der Neuwahl weitergeht. Eventuell könne man bestehende Vereinbarungen um ein Jahr verlängern, bis man bei der Planung für eine aufgabenorientierte Finanzierung weitergekommen ist."

Über ähnliche Themenfelder verhandelten Riedl und seine beiden Vizes mit Bildungsministerin **Sonja Hammerschmid**. „Es kann nicht sein, dass wir im Schulbereich immer mehr Aufgaben übertragen bekommen, die aus unserer Sicht einfach nicht Job der Schulerhalter sind", so Riedl. „Bevor wir uns darüber unterhalten, dass die Schulen mehr Assistenzpersonal zur Bewältigung administrativer Aufgaben bekommen, müssen wir darüber reden, warum die bürokratischen Anforderungen immer höher werden. Wenn wir diese Aufgaben nicht ständig steigen lassen, dann brauchen wir auch kein zusätzliches Personal. Der Bund ist hier ja der Erfinder neuer Regeln, wir müssen das dann oft ausbaden." Auch im Bereich der Nachmittags- oder der sozialen Betreuung in Schulen sei der Bund gefordert. „Wir haben Fälle, wo wir im selben Gebäude bis zu fünf verschiedene Dienstverhältnisse haben", so Riedl. „Das geht so nicht, hier braucht es eine Klarstellung. Die Gemeinden sollen für Erhaltung und Reinigung zuständig sein, der Rest geht uns eigentlich nichts an." Hammerschmid sagte weitere Verhandlungen zu. „Es ist mir wichtig, dass wir die Gemeinden in diesem Themenfeld weiterhin an Bord haben. Ohne sie wird der Ausbau schulischer Betreuungsformen nicht funktionieren."

Zu Infrastrukturminister **Jörg Leichtfried** brachten die Gemeindevertreter das schwere Erbe seiner Vorgänger/innen mit. „Das Thema der Eisenbahnkreuzungen wurde im Rahmen des Finanzausgleiches zwar einigermaßen gelöst", so Riedl. Zwei wichtige Punkte seien aber immer noch offen. „Zum einen legen uns die Bahnbetreiber, hier vor allem die ÖBB, unverhältnismäßig hohe Rechnungen vor, die völlig intransparent sind. Wieso kostet die technische Ausstattung einer Kreuzung bei den ÖBB das doppelte wie bei anderen Bahnbetreibern", so Riedl. Und trotz des Gemeindebund-Sieges vor dem VfGH würden immer noch viele Gemeinden auf den Kosten der Vergangenheit sitzen, „auch das akzeptieren wir in dieser Form natürlich nicht". Konkrete Zusagen

MEHR ZU DEN MINISTER-VORSPRACHEN

gemeindebund.at
oder
kommunal.at

FOTO/Gemeindebund

WIR WERDEN DEN REGIERUNGS-VERTRETERN IMMER DIE MÖGLICHKEIT VON VERHANDLUNGEN GEBEN, **DAZU MUSS MAN ABER AUCH MIT UNS REDEN WOLLEN.“**

Das Gemeindebund-Triumvirat, bestehend aus Alfred Riedl, Rupert Dowrak, und Hans Hingsamer, die die Ministergespräche absolvierten.

Mitte: „Ich werde das prüfen und mit den ÖBB besprechen“, stellte Infrastrukturminister Jörg Leichtfried im Zusammenhang mit den hohen Kosten bei der Sicherung von Eisenbahnkreuzungen in Aussicht. Auch der Breitband-Ausbau soll für Gemeinden künftig einfacher werden.

Ein besonders herzliches Verhältnis verbindet Innenminister Wolfgang Sobotka und Alfred Riedl. Gemeindeminister der Eine, Gemeindebund-Chef der Andere – und sie kennen sich aus jahrelanger Zusammenarbeit in Niederösterreich.

konnte Leichtfried dahingehend nicht machen. „Ich werde das aber prüfen und mit den ÖBB besprechen“, stellte er in Aussicht. Auch der Breitband-Ausbau soll künftig einfacher werden. „Viele Gemeinden leiden unter der komplexen Abwicklung der Förderprogramme“, berichtete Riedl. „Für eine kleinere Gemeinde ist ein solches Förderverfahren ohne professionelle Begleitung kaum machbar. Da brauchen wir einfachere Regeln.“

Bei Innenminister **Wolfgang Sobotka** herrschte ein vertrautes Gesprächsklima. Man kennt sich aus vielen Jahren der gemeinsamen Arbeit aus Niederösterreich. Dennoch liegt den Gemeindevertretern einiges am Herzen. „Die Reform des Wahlrechts etwa sollten wir zügig umsetzen“, so Riedl, „wenn möglich noch vor der Neuwahl. Über die wesentlichen Punkte besteht ja Einigkeit, auch darüber, dass ein zweiter vorgezogener Wahltag von praktisch allen Beteiligten abgelehnt wird. Er bringt keine höhere Wahlbeteiligung und erhöht nur den Aufwand. Das wissen wir aus jenen Bundesländern, die ihn auf Landesebene eingeführt haben.“ Stattdessen müsse man die Briefwahl sicherer machen und ausweiten. „Wenn jeder in den Wochen vor dem Wahltag seine Stimme via Briefwahl mit der Post oder am Gemeindeamt abgeben kann, dann brauchen wir keinen zweiten Wahltag“, so Riedl. Auch die Auszählung der Briefwahlstimmen direkt in der jeweiligen Gemeinde soll noch Teil einer möglichen Wahlrechtsreform sein, wenn es nach den Gemeindevertretern geht.

Insgesamt, so Riedl, Dworak und Hingsamer, seien diese Ministertermine für den Gemeindebund von großer Wichtigkeit. „Wir wollen diesen Dialog sehr intensiv führen, um klarzumachen, wie sich Dinge auswirken, die im Bund beschlossen werden“, so Riedl. „Dazu bedarf es einer guten und regelmäßigen Gesprächsbasis. Wir werden den Regierungsvertretern immer die Möglichkeit von Verhandlungen geben, dazu muss man aber eben auch mit uns reden wollen.“

Weitere Gespräche stehen in den nächsten Wochen auf der Tagesordnung der Gemeindebund-Spitze.

DANIEL KOSAK IST LEITER DER ABTEILUNG KOMMUNIKATION & MEDIEN DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
daniel.kosak@gemeindebund.at
MAG. HANS BRAUN IST CHEFREDAKTEUR VON KOMMUNAL
hans.braun@kommunal.at

STABILITÄTSPAKT: FIXER ANTEIL AM STRUKTURELLEN DEFIZIT

HÄLT DIE **ZUSAGE DER LÄNDER?**

2017 ist das strukturelle Defizit erstmals anzuwenden. Fünf Jahre nach Vertragsabschluss stellen nun die Länder einen fixen landesweisen Anteil der Gemeinden infrage.

TEXT / Konrad Gschwandtner

Der Österreichische Stabilitätspakt 2012 sieht ab dem Haushaltsjahr 2017 vor, dass Bund, Länder und Gemeinden ihrer Haushalte grundsätzlich ausgeglichen zu führen haben. Dieser neben der Ausgabenbremse zentralen Fiskalregel ist entsprochen, wenn der strukturelle Haushaltssaldo österreichweit –0,45 Prozent des nominellen BIP nicht überschreitet, was 2017 mit knapp –1,6 Milliarden Euro entsprechen wird. Das bisher maßgebliche Maastricht-Defizit lief also 2016 aus, künftig werden Einmalmaßnahmen und Konjunktureffekte aus dem Defizit herausgerechnet. Diese –0,45% des BIP entsprechen der künftigen österreichweiten Regelgrenze für ein Null-Defizit, wird diese erfüllt, sind auch die europäischen Währungshüter zufrieden, ansonsten drohen finanzielle Sanktionen die von Bund, Ländern und Gemeinden im Verhältnis der Verursachung zu tragen sind.

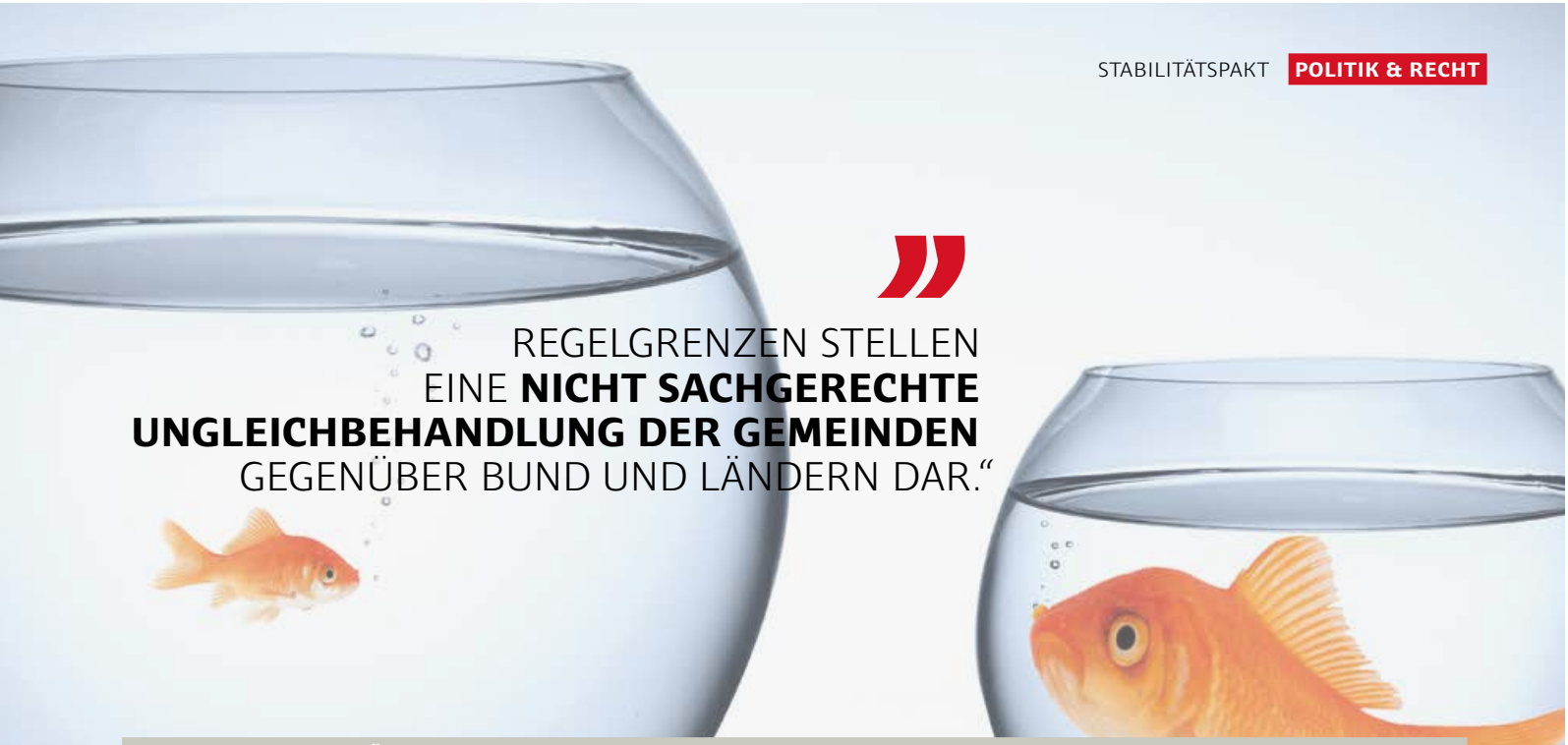
Gemäß dem im Mai 2012 abgeschlossenen Österreichischen Stabilitätspakt stehen dem Bund als Regelgrenze für das strukturelle Defizit –0,35 Prozent sowie den Ländern UND Gemeinden –0,1 Prozent zu. Die länderweise Aufteilung dieser gemeinsamen –0,1 Prozent des nominellen BIP, somit 2017 etwa –357 Mio. Euro, erfolgt im Verhältnis der Einwohnerzahl. Der Österreichische Gemeindebund und der Österreichische Städtebund haben es in den Verhandlungen im Frühjahr 2012 zur Bedingung für die Unterzeichnung des Stabilitätspakts gemacht, dass den Gemeinden jeweils ein Fünftel der landesweisen Anteile zukommt. Und die Länder haben einem solchen fixen Anteil der Gemeinden letztlich zugestimmt, was somit auch eine Regelgrenze für die kommunale Ebene jedes Bundeslandes leicht unter Null ergibt. Die Tabelle rechts zeigt diese Anteile ausgedrückt in absoluten Beträgen für das Jahr 2017.

> „Es geht nicht nur um das Prinzip, sondern auch um einen gewissen **Spielraum für die Gemeinden**."

Dass die Länder nun nicht mehr bereit sind, den Gemeinden diese 2012 zugesagten 20 Prozent nicht nur im Bedarfsfalls, sondern generell (und damit auch im Sinne der Regelgrenze) zu überlassen und sich auf den interpretationsbedürftigen Wortlaut im Stabilitätspakt berufen, wirft auf ihre Pakttreue kein sonderlich gutes Licht. Dass die kommunalen Spitzenverbände nun angehalten sind, auch mit Blick auf künftige Vereinbarungen diese Pakttreue einzufordern, liegt auf der Hand. Von Seiten des Finanzministers wurde Ende April zugesagt, dass er zur Klärung dieser Streitfrage ein politisches Gremium mit Länder- und Gemeindevertretern einberufen wird, ansonsten hält sich der Bund jedoch vornehm zurück und verweist die Gemeinden an die Länder, denn schließlich hat der Bund sein Tücher (seine fixen –0,35 Prozent) im Trockenen.

Aber es geht sozusagen nicht nur ums Prinzip, es geht auch um einen gewissen Spielraum für

FOTOS/shutterstock, tavani



„REGELGRENZEN STELLEN EINE **NICHT SACHGERECHTE UNGLEICHBEHANDLUNG DER GEMEINDEN** GEGENÜBER BUND UND LÄNDERN DAR.“

REGELGRENZEN 2017 FÜR DAS STRUKTURELLE DEFIZIT

(in Mio. Euro)	Gemäß Vereinbarung 2012		Position der Länder 2017	
	Land	Gemeinden	Land	Gemeinden
Burgenland	-9,6	-2,4	-12,0	0,0
Kärnten	-18,4	-4,6	-23,0	0,0
Niederösterreich	-54,4	-13,6	-68,0	0,0
Oberösterreich	-47,8	-11,9	-59,7	0,0
Salzburg	-17,9	-4,5	-22,4	0,0
Steiermark	-40,5	-10,1	-50,6	0,0
Tirol	-24,2	-6,1	-30,3	0,0
Vorarlberg	-12,6	-3,2	-15,8	0,0
Wien	-75,3		-75,3	
Gesamt	-300,7	-56,3	-357,0	0,0

Eigene Darstellung bei einem erwarteten nominellen BIP 2017 in Höhe von 357 Mrd. Euro

Gemäß der Einigung aus 2012 beträgt die Regelgrenze des Bundes rund -1,25 Mrd. Euro

die Gemeinden. Fixe Anteile am strukturellen länderweisen Defizit sind vor allem auch deswegen wichtig, weil man sich auf dem jeweiligen der 18 sogenannten Kontrollkonten (1 x Bund, 8 x Länder, 1 x Wien, 8 x Gemeinden länderweise) nicht nur tatsächliche Haushaltsüberschüsse, sondern den gesamten Unterschiedsbetrag zwischen der Regelgrenze und dem Realergebnis gutschreiben lassen kann, die dort jährlich aufsummiert werden. Somit wird das Ende des Überziehungsrahmens des Kontrollkontos (hier wiederum gibt es fixe Anteile für die Gemeinden ohne Wien in Höhe von insgesamt rund 420 Millionen. Euro), wo dann ein Sanktionsverfahren stattfinden kann, nicht so schnell erreicht. Darüber hinaus führt ein leichtes Defizit innerhalb der Regelgrenze (z. B. wenn die nö. Gemeinden 2017 ein strukturelles Defizit von zehn Millionen Euro aufweisen würden) auch zu keinerlei Folgen gemäß Stabilitätspakt.

Der Bund kann sich also aufgrund seiner Regelgrenze von -0,35 Prozent im Fall eines Überschusses von 0,25 Prozent insgesamt volle 0,60% des BIP im betreffenden Jahr auf sein Kontrollkonto gutbuchen lassen und damit ein Polster für spätere Jahre aufbauen. Analog können dies die Länder gemäß ihrer leicht negativen Regelgrenzen. Den Gemeinden wollen sie diese Möglichkeit jedoch nicht zubilligen, womit sich die Kommunen nur positive Haushaltsergebnisse auf ihrem landesweisen Kontrollkonto anrechnen lassen könnten. Ein Polster für schlechtere Jahre aufzubauen, fällt den Gemeinden also deutlich schwerer. Gleichzeitig stellt dies auch eine nicht sachgerechte Ungleichbehandlung der Gemeinden gegenüber Bund und Ländern dar, da sich die Gemeinden nur Überschüsse gutschreiben lassen könnten, der Bund und die Länder sich aber auch ein leicht negatives Ergebnis als positiven Puffer am Kontrollkonto anrechnen können.

KOMMENTAR

WANN KOMMT DER AUFSCHWUNG?

Das Wirtschaftswachstum spiegelt sich noch nicht in den Ertragsanteilen der Gemeinden wider.

Trotz laufend nach oben revidierter Konjunkturaussichten (nach 1,5 Prozent 2016 rechnet das WIFO für 2017 mit einem realen BIP-Wachstum von 2,0 Prozent) liegen die Vorschüsse auf die Gemeindeertragsanteile im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahr im Minus.

Und dies nicht nur aufgrund des starken ersten Halbjahrs 2016 (Vorzieheffekte der Steuerreform) und der insgesamt (-17 Prozent von Jänner bis April 2017 im Vergleich zu 2016) wie auch länderweise (zwischen -18 und -33 Prozent) teils deutlich zweistelligen Rückgänge der Grunderwerbsteuer.

Die Konjunkturverbesserung ist also noch nicht ganz bei den Ertragsanteilen angekommen, wohl auch, weil die Abgabeneinnahmen des Bundes jeweils erst zwei Monate zeitversetzt zu Ertragsanteilen der Länder und Gemeinden werden. Die Ausgaben freiwlich schon. So etwa jene für die Mindestsicherung, die von den Gemeinden mitfinanziert und österreichweit von 2016 auf 2017 rund 20 Prozent ansteigen werden.

Aufgrund der positiven Konjunkturentwicklung darf man also relativ zuversichtlich sein, dass das Minus in der Tabelle in den nächsten Monaten entschwinden wird.

Was jedoch Sorge bereitet, sind die Erfahrungen des 24. 9. 2008, wo der Bundesgesetzgeber im bisher letzten „freien Spiel der Kräfte“ im Vorfeld einer Nationalratswahl in wenigen Stunden für Wahlzuckerl finanzielle Auswirkungen in Milliardenhöhe in Kauf genommen hat.

VORSCHÜSSE AUF DIE GEMEINDEERTRAGSANTEILE

(in Mio. EUR)	Vorschüsse im 1. Halbjahr		Veränd.
	2016	2017	in %
Burgenland	120,6	117,9	-2,2%
Kärnten	288,2	282,5	-2,0%
Niederösterreich	780,5	761,8	-2,4%
Oberösterreich	736,0	719,4	-2,3%
Salzburg	326,3	320,6	-1,8%
Steiermark	588,8	588,7	0,0%
Tirol	418,6	415,9	-0,7%
Vorarlberg	226,3	218,1	-3,6%
Wien	1.245,7	1.242,1	-0,3%
Gesamt Gemeinden ohne Wien	**3.485,3**	**3.424,8**	**-1,7%**
Gesamt Gemeinden mit Wien	4.731,0	4.667,0	-1,4%

DATENQUELLE: BMF II/3

konrad.gschwandnter@gemeindebund.gv.at
Bakk. BA, ist Fachreferent in der Abteilung Recht und Internationales des Österreichischen Gemeindebundes

VERWALTUNGSGERICHTE

KOST'S NIX – **SCHAD'S NIX**

Der Zugang zu den Verwaltungsgerichten zwischen Rechtsschutzbedürfnis und Administrierbarkeit.

Seit knapp dreieinhalb Jahren gibt es nach dem „9 + 2 Modell" in jedem Bundesland für den Bereich der Landesverwaltung ein Verwaltungsgericht und auf Bundesebene für den Bereich der Abgabenverwaltung das Bundesfinanzgericht sowie für den übrigen Bereich der Bundesverwaltung das Bundesverwaltungsgericht. Mit der Einrichtung der Verwaltungsgerichte ging die Abschaffung der Unabhängigen Verwaltungssenate (UVS) sowie weiterer mehr als 100 Behörden einher. Intention der Verwaltungsgerichtsbarkeit war ein verbesserter Rechtsschutz und zügigere Verfahren.

Durch die Einrichtung der Verwaltungsgerichte folgte auch in der Frage des administrativen Instanzenzuges ein grundsätzlicher Systemwechsel. Jede Verwaltungsbehörde ist „erste und letzte Instanz" – gegen die von ihr erlassenen Bescheide kann Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben werden, das grundsätzlich in der Sache selbst zu entscheiden hat. Einzig in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs der Gemeinde ist grundsätzlich ein administrativer Instanzenzug vorgesehen, der aber durch Bundes- oder Landesgesetz (etwa in Tirol) ausgeschlossen werden kann.

Eine von vielen Seiten erhobene Forderung im Zusammenhang mit der Umsetzung der Verwaltungsgerichtsbarkeit war, den Zugang zu den Verwaltungsgerichten und damit zum Rechtsschutz so einfach wie möglich zu gestalten. Es gibt daher keinen Anwaltszwang und die Eingabegebühren sind überschaubar – so nicht ohnedies gesetzlich Gebührenfreiheit vorgesehen ist (etwa im Verwaltungsstrafverfahren) beträgt diese seit 1. Februar 2015 pauschal Euro 30,––, davor betrug diese bei Beschwerden an das Landesverwaltungsgericht gar nur Euro 14,30.

„Der Gemeindebund hat schon 2012 davor gewarnt, dass es so zu **vermehrten Beschwerdeverfahren und Verfahrensverzögerungen** kommen kann."

Der Österreichische Gemeindebund hat schon vor Beschlussfassung der gesetzlichen Grundlagen im Jahr 2012 davor gewarnt, dass es zu vermehrten Beschwerdeverfahren und damit zu Verfahrensverzögerungen kommen kann, wenn es für eine Verfahrenspartei kaum einen Grund gibt, nicht gegen einen ergangenen Bescheid Beschwerde zu erheben.

Was auf der einen Seite grundsätzlich zu begrüßen ist, bewirkt auf der anderen Seite, dass selbst in jenen Fällen zunehmend Beschwerde an das Verwaltungsgericht erhoben wird, in denen die Sach- und Rechtslage völlig klar ist und eine Beschwerde keinerlei Aussicht auf Erfolg hat. Nicht selten gründen sich derartige Beschwerden auf jahrelange Nachbarschaftskonflikte oder auf das Credo „Kost's nix, dann schad's nix" bzw. „Sicher ist sicher". Beschwerden um der Beschwerde Willen zu erheben bedeutet aber für Gerichte wie auch Gemeinden einen unnötigen Aufwand und verlangen zudem jenen Vieles ab, die monate- oder gar jahrelang auf eine endgültige Entscheidung warten bzw. auf diese angewiesen sind.

Es wird daher zu überlegen sein, wie ein Zugang zu den Verwaltungsgerichten geregelt werden kann, der dem Rechtsschutzbedürfnis aller Verfahrensparteien ausreichend Rechnung trägt.

HOFRAT DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes
walter.leiss@gemeindebund.gv.at

INTERVIEW: GERTRUDE BRINEK, VOLKSANWÄLTIN

„WIR SIND DAS GEWISSEN DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNGEN“

Die Volksanwaltschaft gehört seit ihrer Gründung vor 40 Jahren zu den obersten Behörden der Republik. Ein Teil ihrer Aufgabe ist es, öffentliche Verwaltungen bei Beschwerden unter die Lupe zu nehmen. Gertrude Brinek, Volksanwältin seit 2008, im KOMMUNAL-Gespräch.

INTERVIEW / Hans Braun

Wenn man das Büro von Gertrude Brinek, die neben anderen Schwerpunkten für alle kommunalen Angelegenheiten zuständig ist, betritt, fallen einem sofort Stöße von Akten und Unterlagen auf, die sich türmen. „Man muss da auch hinschauen wollen“, meint sie und verweist auf eine Grundvoraussetzung für den Job als Volksanwältin. „Rund 19.000-mal im Jahr wenden sich Menschen an uns, und in der Volksanwaltschaft wird grundsätzlich jeder Brief, jede Zuschrift, jedes Mail gelesen. In rund der Hälfte dieser Fälle wird ein Prüfverfahren eingeleitet, in den übrigen Fällen reicht meist eine Aufklärung, in der mitgeteilt wird, wer zuständig ist oder wenn nicht, warum nicht. Wir sagen den Beschwerdeführern in diesen Fällen auch, wohin oder an wen sie sich wenden können.“ Aber eines sei klar, so Brinek: „Die Menschen müssen einem am Herzen liegen, sonst ist man hier falsch am Platz.“

„Schreiben der Volksanwaltschaft an Behörden **lassen immer ‚die Glocken schrillen‘.“**

Wie verstehen Sie Ihre Aufgabe als eine der obersten Behörden des Staates?
GERTRUDE BRINEK: Vor 40 Jahren wurde die Volksanwaltschaft gegründet, weil man in unserem Demokratieverständnis wollte, dass die Menschen mit der Verwaltung auf Augenhöhe kommunizieren sollten. Was bis damals nicht der Fall war. In der Zwischenzeit hat sich vieles gebessert, aber immer noch suchen viele Menschen um Hilfe an. Man kann aber sagen, dass die Verwaltung sicher besser und bürgerfreundlicher geworden ist, andererseits sind 19.000 Beschwerden jährlich nicht gerade wenig. Und diese Zahl ist die letzten Jahre kontinuierlich annähernd gleich hoch.

Im Grund handelt die Volksanwaltschaft wie ein Mediator?
Stimmt insofern, als wir keine Gratis-Rechtsanwälte sind, sondern an gemeinsamen Lösungen arbeiten. Unsere Einrichtung war als Anlaufstelle

DANN BEGINNT DER ZORES, DANN STEIGT BEI DEN NACHBARN DIE ZORNESRÖTE INS GESICHT."

Gertrude Brinek über zu lange hinausgezögerte Bau-Entscheidungen und die Gefahren, wenn ohne Bewilligung gebaut wird.

für das Volk, als „Anwalt für das Volk" gedacht, ein Journalist ist damals auf die Bezeichnung „Volksanwalt" gekommen. Die Beschwerden werden ja auch sozusagen lebensgeschichtlich dargestellt und nicht rechtlich verbindlich. Das klingt dann wie „Mein Nachbar hat …" oder „Der Bürgermeister, der hat nicht …", so in der Art. Wir destillieren dann heraus, was der Kern der Sache ist.

Also nicht nur Mediator, sondern auch sozusagen „Gewissen der Verwaltungen" in Österreich?
So kann man das schon sagen, ja. Wir sind es, die den öffentlichen Verwaltungen sagen, dass sie sich „bessern sollen". In etwa 14 bis 15 Prozent der rund 9000 Fälle im Jahr, die wir uns anschauen, kommt es zu Anstößen oder Anregungen durch uns. Und oft ist die betroffene Behörde froh, dass wir für sie diesen Spiegel darstellen und ihr die Stimmung oder eine Wahrnehmung aus der Bevölkerung widergeben. Im Umkehrschluss kann man sagen, dass in 85 Prozent der Fälle die Behörden völlig korrekt arbeiten.
In manchen Ländern gelten unsere Prüfungen fast schon so wie ein Prüfsiegel. Dort heißt es dann, die Volksanwaltschaft hat geprüft – und es passt alles.

Aber im ersten Schritt setzt sich die Volksanwaltschaft mit der Gemeinde oder der betroffenen BH in Verbindung?
Ja, das ist der erste Schritt. Dann nimmt die Behörde Stellung dazu. Manchmal kommen die Bürgermeister auch zu unseren Sprechtagen mit und meinen, dass sie dabei sein wollen, wenn ich „der Frau Maier erkläre, dass es da jetzt aus ist, dass er als Bürgermeister nichts mehr machen kann". Die „Frau Maier" akzeptiert unsere Entscheidung so auch eher, als wenn wir einen Brief schicken. Mit dem geht sie ja dann doch wieder zum Bürgermeister.

Schreiben der Volksanwaltschaft an Behörden lassen halt immer „die Glocken schrillen", wenn ich das so sagen darf.

Das Gewissen meldet sich.
(lacht) … Ja, im Namen der Bürgerinnen und Bürger sind wir schon ein bisschen das Gewissen der Verwaltung, der Behörden.

Was sind denn so die meisten Themen, mit denen Sie zu tun haben?
Bei den Gemeinden dreht sich ein sehr großer Teil der Fälle um Bauangelegenheiten. Das hat den Grund, dass die Menschen komfortabler leben wollen, in größeren Häusern wohnen wollen. Ungebrochen ist auch der Wunsch der Menschen nach dem Eigenheim oder dem Häuschen im Grünen.

Spielen bei den Überlegungen der Volksanwaltschaft eigentlich auch Themen wie Bodenversiegelung oder Bodenverbrauch eine Rolle?
Massiv! Und zwar auch von Seiten der Beschwerden. Es geht da ja nicht nur um den Bodenverbrauch, sondern auch um die zugehörige Infrastruktur, die von den Menschen erwartet wird. Wenn dann aber „schon wieder eine Abgabe kommt", führt das schnell zu Unfrieden.

Gibt's die viel gerühmte Handschlagsqualität in der Verwaltung eigentlich noch?
Das weiß ich nicht, aber ich rate immer davon ab! Und zwar beiden Seiten. Es passiert so schnell, dass der Bürgermeister wechselt oder der Sohn als Erbe eine andere Meinung hat als der Vater, der in Treu und Glauben etwas ausgemacht hat. Eine schriftliche Vereinbarung bietet für beide Seiten Sicherheit. Ich sage das auch immer den Behörden oder den Gemeinden: Bitte antwortet am besten immer bescheidmäßig. Dann können die Leute berufen – oder auch nicht. Vor allem langfristige Zusagen halten

DIE VOLKSANWALTSCHAFT

Die Volksanwaltschaft (VA) kontrolliert seit 1977 im Auftrag der Bundesverfassung die öffentliche Verwaltung in Österreich. Seit 2012 hat sie den ausdrücklichen verfassungsgesetzlichen Auftrag, die Einhaltung der Menschenrechte zu schützen und zu fördern. Sie besteht aus drei Mitgliedern, die kollegial zusammenarbeiten. Die Volksanwältinnen und Volksanwälte werden jeweils für sechs Jahre vom Nationalrat gewählt. Sie sind unabhängig und können ihres Amtes weder enthoben noch abberufen werden.
Im Jahr 2016 verzeichnete die VA wieder ein sehr hohes Beschwerdeaufkommen. Folgt man dem Anfang Mai präsentierten Jahresbericht 2016, wandten sich im Berichtsjahr 18.492 Menschen mit einem Anliegen an die VA. Im Schnitt langten somit 74 Beschwerden pro Arbeitstag ein. In 9268 Fällen – rund der Hälfte der Beschwerden – wurde ein formelles Prüfverfahren eingeleitet. Zusätzlich wurden 522 Kommissionsbesuche im Zuge der präventiven Menschenrechtskontrolle durchgeführt. Auch 2016 lagen Schwerpunkte der Volksanwaltschaft auf den Bereichen Asylverfahren, Mängel bei Sozialleistungen und beim AMS, Defizite im Justizwesen sowie Probleme im Bau- und Wohnrecht.

FOTOS // KOMMUNAL/Hussak

Gertrude Brinek im Gespräch mit dem Autor.

ZUR PERSON

Volksanwältin Dr. Gertrude Brinek wurde am 4. Februar 1952 in Hollabrunn (Niederösterreich) geboren. Sie absolvierte ihre Ausbildung unter anderem an der Pädagogischen Akademie des Bundes und der Universität Wien. Dort studierte sie Pädagogik, Psychologie und Kunstgeschichte und schloss mit dem Doktorat in Pädagogik ab. Im Juni 2013 wurde Gertrude Brinek für eine zweite Amtsperiode als Volksanwältin angelobt.
Ihre Zuständigkeiten: Auf Bundesebene ist sie für Steuern, Gebühren, Abgaben und die Verfahrensdauer bei Gerichten und Staatsanwaltschaften zuständig. Auf Landesebene prüft Brinek die Gemeindeverwaltungen und alle kommunalen Angelegenheiten (Raumordnung, Baurecht, Wohn- und Siedlungswesen, Landes- und Gemeindestraßen) sowie die Friedhofsverwaltung.

meist nicht, weil sich das Gesetz ändert oder generell die Voraussetzungen – und da kann auch der Bürgermeister nichts machen! Vage Versprechungen bringen generell nichts.
Das ist ein bisschen auch Demokratieerziehung, solch wichtige behördliche Entscheidungen schriftlich zu machen. Darum nochmal: Alles schriftlich vereinbaren.

Sind da jetzt nur Gemeinden angesprochen?
Natürlich nicht, von den Gemeinden aufwärts die gesamte übergeordnete Hierarchie. Über die Bezirkshauptmannschaften bis zu Landesverwaltungen. Und eines muss klar sein: Wenn es einmal gerichtlich entschieden ist, ist es aus, dann kann niemand mehr helfen. Das ist für manche nur schwer einzusehen, für andere dafür ein Segen.
Das wurde mit Österreichs Beitritt zur EU immer wieder im Zusammenhang mit internationalen Gerichts- und Demokratiestandards kritisiert, dass in Österreich zu viele Entscheidungen nicht gerichtlich getroffen wurden, sondern nur behördlich. Da gab es einen gewissen Druck, dass Landes- und Bundesverwaltungsgerichtshöfe eingerichtet werden. Und das wurde zuerst auch gefeiert, auch wenn es jetzt Kritik an Entscheidungen wie die berühmte dritte Piste von Schwechat gibt.

Kann sich beispielsweise ein Bürgermeister, dem etwas vom Land oder einer BH versprochen wurde, beim Volksanwalt beschweren?
Natürlich kann er das. Aber da ist davon auszugehen, dass es sich um eine sogenannte „Verwendungszusage“ gehandelt hat, und keine „Erfolgszusage“. Dass sich der Landesbeamte „für etwas einsetzen“ wird. Mehr aber nicht.

So wie ich das verstehe, sind in Ihren Fällen die Gemeinden eher die Beschuldigten?
Ich würde lieber sagen, die Herausgeforderten. Wenn sich jemand beschwert, muss die Gemeinde Stellung nehmen. Oft kommen Beschwerden, dass bei einem Baubewilligungsverfahren, wo schon ein Ortsaugenschein stattgefunden hat, man monatelang nichts mehr hört. Da gibt es aber ganz klare gesetzliche Fristen, innerhalb derer entschieden werden muss. Die mangelnde Zügigkeit der Entscheidung wird oft beklagt.
Wenn das nämlich zu lange dauert, fangen die Leute zu bauen an – und oft genug nicht entsprechend dem Plan. Dann beginnt der Zores, dann steigt bei den Nachbarn die Zornesröte ins Gesicht. Und dann sitzen die Leute da und weinen, weil das fertige Haus zu hoch ist oder zu breit und wieder abgebrochen oder rückgebaut werden muss. Da gehen Existenzen verloren. Und ich kann den Bürgermeister nicht mal um eine Nachsichtsbewilligung bitten, weil ich in 99 Prozent der Fällen sage: „Sei streng! Halte dich ans Gesetz!“ Gerade die Bürgermeister müssen da extrem aufpassen, weil sofort der Vorwurf der Freunderlwirtschaft im Raum steht.

Die Volksanwaltschaft ist seit dem 1. Juli 2012 auch für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in der Republik Österreich zuständig. Gibt es hier Fälle mit kommunalem Bezug?
Aber ja. Weil Gemeinden auch Pflegeheime, Altenheime und Jugendeinrichtungen führen. Österreich hat ein UN-Zusatzprotokoll unterschrieben, in dem wir uns verpflichten, die Menschenrechte und Menschenwürde in jenen Einrichtungen einzuhalten, wo Menschen sich

nicht selbstständig bewegen können, wo sie angehalten werden oder werden können. Das ist klassischerweise im Gefängnis, bei der Polizei, aber auch in der Psychiatrie, in bestimmten Abteilungen der Krankenhäuser, in Pflegeheimen. Die Bewegungsfreiheit meint hier nicht nur die körperliche Verfassung, sondern diese Einrichtungen sind meistens mit einem Tor geschlossen.

Wie sieht es in dem Zusammenhang mit dem jüngst heftig diskutierten Rauchverbot in Gefängnissen aus? Ist das Recht auf eine Zigarette auch ein Menschenrecht?
Das stößt ein Recht an ein anderes. Ein Menschenrecht ist es jedenfalls nicht, weil Anliegen der Suchtprävention und Gesundheitsbedenken anderer mit hineinspielen. Aber unser Entscheidungsfindungsprozess läuft hier noch, wir haben zwei Psychiater, einen Rechtsanwalt, drei Jus-Professoren hinzugezogen, mit denen wir Volksanwälte entscheiden werden, wenn der Prozess soweit ist.

Letzte Frage: Hat die Volksanwaltschaft ihre TV-Sendung noch, in der Fälle besprochen werden?
Natürlich gibt's die noch! Sie heißt jetzt Bürgeranwalt, Peter Resetarits leitet sie immer noch, und wir haben immer noch eine sehr hohe Zuseherzahl. Mein Appell speziell an Bürgermeisterinnen und Bürgermeister: Kommt in die Sendung! Meistens endet das in guten Nachrichten. Oft gibt es gute Gründe, zu sagen, warum Gemeinden einem Wunsch nicht nachkommen können oder etwas nicht gebaut werden kann. Die Bürgermeister können in der Sendung auch erklären, wer oder warum eine Entscheidung getroffen wurde und was mit ihrem Amt alles zusammenhängt.
In der Sendung können auch Erfolgsmeldungen präsentiert werden. Unlängst ist die neue Bürgermeisterin von Sieghartskirchen gekommen – da ging's um einen barrierefreien Zugang zum Gemeindeamt und zum Friedhof – und sie konnte ihre Erfolgsbilanz vorstellen. Das gehört auch dazu.

STARTSCHUSS FÜR PROJEKT „BÜRGERSTAMMTISCH EUROPA"

Welches Europa wollen wir?

Das Bürgerforum Europa startet mit dem Österreichischen Gemeindebund und dem Österreichischen Städtebund das Projekt Bürgerstammstisch Europa. Mit diesem Projekt soll eine österreichweite Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft Europas angestoßen werden, um in den Gemeinden über Europa miteinander ins Gespräch zu kommen, im Gespräch zu bleiben und Aktivitäten zu setzen.

„Wir sind Europa und Europa lebt in jeder Gemeinde mitten unter uns! Wie wir mit den gegenwärtigen Herausforderungen in Europa umgehen, wird maßgeblich beeinflussen, in welche Richtung sich die Europäische Union in naher Zukunft entwickeln wird. Mit dem Bürgerstammtisch Europa wollen wir eine breite Debatte über Chancen und Risiken möglicher Zukunftsszenarien in Gang setzen und darüber reden, welches Europa Wir brauchen", sagt Othmar Karas, Sprecher des Bürgerforum Europa und Mitglied des Europäischen Parlaments.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker rief anlässlich des 60-jährigen Bestehens der Römischen Verträge dazu auf, über Szenarien und Visionen in den Mitgliedstaaten zu diskutieren*. Diese Diskussion sollte nach Ansicht des Bürgerforum Europa jedoch nicht nur auf Bundes- oder Landesebene geführt werden, sondern vor allem mit den Unionsbürgerinnen und -bürgern in ihren Gemeinden.

„Welches Europa wollen wir? Und was müssen wir dafür tun?" Diesen zentralen Fragen sollen sich die TeilnehmerInnen am Bürgerstammtisch Europa stellen. Der Input der TeilnehmerInnen bei den hoffentlich vielen Bürgerstammtischen in unseren Gemeinden bildet schließlich die Grundlage für einen Handlungsauftrag an das Bürgerforum Europa sowie an die österreichische EU-Ratspräsidentschaft 2018 und ist ein wichtiger Beitrag zur aktuellen Debatte.

Othmar Karas (rechts) bei Auftakt zum Projekts „Bürgerstammtisch Europa".

Um möglichst viele Menschen in den Gemeinden an der Debatte zu beteiligen, soll der Bürgerstammtisch Europa gemeinsam mit lokalen Gastgebern organisiert werden. Insbesondere Europa-GemeinderätInnen und BürgermeisterInnen werden daher dazu aufgerufen, aktiv zu werden, die Diskussion über die Zukunft Europas in ihre Gemeinden zu holen und Impulse zu setzen.

* Das Weißbuch zur Zukunft Europas steht online unter **http://bit.ly/2n0gkV9**, in KOMMUNAL 4/2017 auf Seite 34 ff findet sich eine komprimierte und kommentierte Fassung, die auch über **www.kommunal.at** eingesehen werden kann.

BÜRGER INNEN FORUM EUROPA

Das Bürgerforum Europa steht unter der Telefonnummer **01/7484500** oder per E-Mail **office@buergerforum-europa.eu** zur Verfügung. Machen Sie mit!

Die alten Bastionen von Mdina auf Malta.

GEMEINDEBUND-BILDUNGSREISE MALTA

ZWISCHEN JOHANNITERN UND PLAYMOBIL

Eine Reihe von interessanten Eigenheiten entdeckten die österreichischen Bürgermeister, die im Rahmen einer Kommunalreise den Inselstaat Malta besuchten. KOMMUNAL war dabei.

Die Gemeindebund-Delegation auf den Stufen des Rathauses von Mdina.

Wenn Peter Dei Conti Sant Manduca über seine Gemeinde spricht, dann leuchten seine Augen. Der Mann mit dem klingenden Namen ist Bürgermeister der Gemeinde Mdina auf der Insel Malta. In seiner ursprünglichen Bedeutung steht der Name für „Zufluchtsort“, eine passende Bezeichnung für den Ort, der eigentlich eine Festung ist und auf eine Geschichte von mehr als 2000 Jahren zurückblicken kann. Heute ist Mdina eine der kleinsten Gemeinden auf Malta und zählt nur 236 Einwohner, etwa gleich viel wie Kleinmürbisch im Burgenland.

Der Mann ist dennoch ein politischer Profi und euphorischer Anwalt seiner Heimatgemeinde, die jeden Tag tausende Touristen anlockt. „Eine Partnerschaft mit einer Tourismusgemein-

Peter Dei Conti Sant Manduca, Bürgermeister von Mdina, im Gespräch mit Gemeindebund-Chef Alfred Riedl, über die Besonderheiten der historischen Altstadt von Mdina.

de in Österreich, das wäre was“, sagt Dei Conti Sant Manduca beim Besuch der österreichischen Bürgermeisterdelegation in seinem Rathaus. Man könne voneinander lernen und sich über erfolgreiche Konzepte austauschen, sagt der Ortschef, während er seinen österreichischen Kollegen die historische Innenstadt zeigt. Heller Kalkstein dominiert die barocken Gebäude, die vielfach vom Johanniterorden (später Malteserorden) errichtet wurden und den Besucher in vergangene Jahrhunderte versetzen. Die Zeit scheint hier stehengeblieben zu sein. Doch der Bürgermeister will etwas tun, will internationale Kontakte. Interessenten heiße er jederzeit willkommen.

Damit ist vielleicht auch schon etwas Wichtiges über den kleinen Inselstaat südlich von Sizilien gesagt. Die Gastfreundschaft und die Offenheit sind Eigenschaften, auf die die österreichischen Gäste überall stoßen, wo sie auf maltesische Kommunalpolitiker treffen. Auch beim Treffen mit dem maltesischen Gemeindebund sind die Insel-Politiker um Vertiefung der kommunalen Kontakte bemüht. Insgesamt bestehen auf Malta und der dazu gehörenden Nebeninsel Gozo 68 Gemeinden mit einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl von 6500 Einwohnern. Auch die Hauptstadt Valetta hat nicht mehr Bewohner, allerdings pendeln jeden Tag rund 20.000 Menschen zur Arbeit in die Hauptstadt. Für die EU-Ratspräsidentschaft hat sich die Hauptstadt der Insel herausgeputzt.

Politisch ist Malta heute de facto ein Zwei-Parteien-Staat, in dem sich Konservative und Sozialdemokraten alle paar Jahre an der Macht abwechseln. „Nicht ideal“, wie sogar die einheimischen Kommunalvertreter befinden. Das äußert sich oft in skurrilen Handlungsweisen. Wird unter der Herrschaft der einen Partei etwas geplant, ist das ein zuverlässiger Hinweis darauf, dass es beim nächsten Machtwechsel von der anderen Partei nicht umgesetzt wird. „Fortschritt ist dadurch oft schwierig zu erzielen“, beklagt sich die Reiseführerin, eine deutsche Staatsbürgerin, die seit vielen Jahren auf Malta lebt. Dazu kommt noch das Inselduell zwischen Malta und der kleineren Schwesterinsel Gozo. Man liebt sich nicht, und am liebsten wäre Gozo ein gänzlich eigenständiger Staat, bei insgesamt nur 31.000 Einwohnern vermutlich nur ein frommer Wunsch.

In der kommunalen Struktur gibt es doch deutliche Unterschiede zu Österreich. Auf dem Papier haben die maltesischen Gemeinden zwar ähnliche Aufgaben, sind von der Zentralregierung jedoch finanziell in deutlich größerer Abhängigkeit. Eine funktionierende Abfallbeseitigung gab es bis vor wenigen Jahren nicht. Um zu verhindern, dass die Menschen ihren Müll selbstständig und irgendwo entsorgen, hat man nun eine zentrale Müllabfuhr organisiert. Zum Nulltarif für die Bewohner und mit täglicher Abholung. Kanalgebühren gibt es auf Malta ebenfalls keine. Auch die Wasserversorgung ist im Wesentlichen zentral gesteuert, weil das Wasser vorwiegend aus Entsalzungsanlagen stammt – der Anteil an eigenem Grund- oder Quellwasser ist auf der Insel gering. Das Bürgermeisteramt ist – ähnlich wie in Österreich – eher Berufung als Beruf, erzählen die beiden Dorfbürgermeister David Schembri (Gemeinde Qrendi) und Anthony Dalli (Gemeinde Iklin). „Wir machen das, weil wir unsere Dörfer lieben“, sagen beide. „Der Verdienst ist nicht der Rede wert, mein Auskommen beziehe ich durch meine Pension.“

Wirtschaftlich geht es den Maltesern gut, was zumindest zum Teil auch am Ruf der Insel liegt, ein kleines Steuerparadies zu sein. Die Arbeitslosigkeit ist gering, das Wirtschaftswachstum doppelt so hoch wie in Österreich. Finanz- und Versicherungsdienstleister bringen mehr als 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), die Staatsschulden sind deutlich niedriger als in Österreich. Der „hidden champion“ der Insel ist das deutsche Unternehmen Playmobil, das einen guten Teil der bekannten Figuren auf Malta fertigen bzw. montieren lässt. „Die Österreicher zählen hier allerdings zu den größten Investoren“, erzählt Michael Bianchi, der für Österreich Generalkonsul auf der Insel ist. Eigene Botschaft gibt es keine mehr, die 2005 eröffnete Vertretung wurde 2015 wieder geschlossen.

Für die heimischen Bürgermeister, die im Rahmen der kommunalen Bildungsreisen des Gemeindebundes jedes Jahr zwei Länder besuchen, brachte der Aufenthalt in Malta einige wichtige Erkenntnisse. „Zum einen wird uns immer wieder bestätigt, dass unser Modell der kommunalen Autonomie europaweit vorbildhaft ist, weil es viele Entscheidungen und Kompetenzen vor Ort lässt“, so Gemeindebund-Chef Alfred Riedl, der die Delegation anführte. „Zum anderen leben wir hier auf einem unglaublich hohen Niveau kommunaler Leistungen für die Bevölkerung. Kinderbetreuung, Schule, Altenbetreuung, Pflege und vieles, vieles mehr … das gibt es in dieser Qualität und Intensität in kaum einem europäischen Land.“

> „Uns wird immer wieder bestätigt, dass **unser Modell der kommunalen Autonomie europaweit vorbildhaft ist.“**
>
> **Delegationsleiter** Alfred Riedl zieht ein Fazit der Bildungsreise nach Malta

Der Beitrag wurde redaktionell gekürzt, die Langversion lesen Sie auf **www.gemeindebund.at**

Die nächste Kommunalreise führt von 18. bis 22. Oktober 2017 in die Hauptstadt von Estland, Tallinn. Voranmeldungen sind unter **service@gemeindebund.gv.at**

FOTOS // shutterstock/in Green // Gemeindebund

OBERÖSTERREICH

PARTNERSCHAFT IST DAS **GEBOT DER STUNDE**

Wo steht die EU in der Flüchtlings- und Migrationspolitik? Mit dieser Frage befasste sich die 20. Europatagung des oberösterreichischen Gemeindebundes Mitte Mai in Haibach/Mühlkreis.

TEXT / Daniela Fraiss

Die Veranstaltung zeigte wunderbar, dass Europapolitik nicht abstrakt sein muss. Gerade das Asylrecht war lange Zeit in aller Munde und vieles, was auf nationaler Ebene als Erfolg verkauft wird, hat europäische Wurzeln. Die letzte österreichische Asylrechtsnovelle war die Rückbesinnung auf die europäischen Mindestvorgaben. In der Migrationskrise zeigte sich aber, dass höhere Ansprüche und günstigere Regeln verständlicherweise die Attraktivität bestimmter Länder erhöhen.

In Haibach wurde der Versuch unternommen, Mitwirkungs- und Einflussnahmemöglichkeiten der Gemeinden aufzuzeigen. Der Gemeindebund und sein europäischer Dachverband brachten sich bereits früh in die Diskussion ein, die gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund verabschiedete Stuttgarter Erklärung zur Migrationspolitik ist ein konstruktiver Beitrag der kommunalen Ebene, der nicht nur Forderungen aufstellt, sondern die Gemeinden als Partner positioniert.

Ein partnerschaftlicher Umgang aller beteiligten Gebietskörperschaften ist im Übrigen für eine erfolgreiche Migrations- und Integrationspolitik unumgänglich. Denn letztlich findet Integration im Ort statt und die Gemeindepolitik kann hier gestaltend eingreifen.

Und was sind nun die aktuellen Entwicklungen in der Asyl- und Migrationspolitik? Ein Jahr nach Vorlage zweier Asylrechtspakete durch die EU-Kommission verhandeln Rat und EU-Parlament noch immer. Eine Einigung über die Revision der sog. Dublin III-Verordnung, also jener Bestimmungen, welcher Mitgliedstaat für die Bearbeitung eines Asylantrags zuständig ist, ist noch nicht in Sicht. Die Mitgliedstaaten an EU-Außengrenzen haben andere Vorstellungen von einer solidarischen Lösung als die zentraleuropäischen Staaten. Andere Teile des Pakets, wie z. B. der Datenaustausch mittels Eurodac oder die Europäisches Asylrechtsagentur, werden aber zügig verhandelt, die EU-Grenz- und Küstenwache wurde sogar in Rekordtempo beschlossen und ist bereits im Einsatz. Aus österreichischer Sicht ist anzumerken, dass insbesondere die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Änderungen des eigentlichen Asylrechts, also der Asylverfahrensrichtlinie, der Anerkennungsrichtlinie und der Aufnahmerichtlinie nicht allzu weit vom aktuellen Status quo entfernt sind. Die Kommission schlägt nämlich vor, die bisherigen Mindeststandards mittels EU-Verordnung zu vereinheitlichen und den Mitgliedstaaten Handlungsspielräume beim sog. „goldplating“, also „vergolden“, zu nehmen. Wann allerdings mit der Verabschiedung des Gesamtpakets gerechnet werden kann, steht trotzdem in den Sternen.

> „In Haibach wurde der Versuch unternommen, Mitwirkungs- und **Einflussnahmemöglichkeiten der Gemeinden in der Flüchtlings- und Migrationspolitik aufzuzeigen.“**

MEHR AUF **WWW.KOMMUNAL.AT**

MAG. DANIELA FRAISS LEITET DAS BRÜSSELER BÜRO DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
oegemeindebund@skynet.be

WAHLRECHT

VIELFÄLTIGE **VEREINFACHUNGEN**

Mit dem Wahlrechtsänderungsgesetz 2017 wurden die Rechtsgrundlagen für ein Zentrales Wählerregister geschaffen. Die neue Datenanwendung wird auch die Unterstützung von Volksbegehren vereinfachen.

Lange wurde über die Schaffung eines Zentralen Wählerregisters (ZeWaeR) in Österreich beraten, am 7. Dezember 2016 wurden die Gesetzesänderungen im Bundesgesetzblatt kundgemacht. Mit 1. Jänner 2018 werden unter anderem das Volksbegehrengesetz 2018 und das Wählerevidenzgesetz 2018 in Kraft treten und zahlreiche Erleichterungen für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die vollziehenden Gemeinden mit sich bringen. Das Bundesministerium für Inneres (BMI) wird mit dem ZeWaeR eine Datenanwendung zur Verfügung stellen, auf der alle lokalen Wählerevidenzen unter gleichen Bedingungen, in derselben technischen Umgebung und mit den gleichen Funktionalitäten geführt werden können. Die Evidenzen befinden sich weiterhin im Verantwortungsbereich der 2100 Gemeinden, das BMI fungiert als Dienstleister. Das ZeWaeR ändert weder die Abläufe von Wahlen, noch die Einsichtnahme in Wählerevidenzen und Wählerverzeichnisse. Allerdings wird es erstmals möglich sein, die in der Zentralen Wählerevidenz und der Zentralen Europa-Wählerevidenz enthaltenen Daten aller wahlberechtigten Personen durchgehend und automatisiert abzugleichen. Auf Grund eines zentralen „Änderungsdienstes" im BMI können unter anderem Doppelregistrierungen von vermeintlichen Auslandsösterreicherinnen und -österreichern verhindert werden und Häftlinge lassen sich während der Verbüßung einer Freiheitsstrafe eindeutig einer Wählerevidenz zuordnen. Die Datenqualität der Wählerevidenz-Informationen für die gesetzlich vorgesehene Weitergabe an die im Nationalrat vertretenen Parteien wird sich weiter verbessern. In Zukunft wird es vor einer Wahl auf Knopfdruck auch einen Gesamtüberblick über alle ausgestellten und rückgelangten Wahlkarten geben.

Volksbegehren. Bei Volksbegehren kommt es durch das ZeWaeR zu weitreichenden Veränderungen: Aktuell müssen wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger noch ihre Hauptwohnsitz-Gemeinde aufsuchen, um ein Volksbegehren zu unterstützen – sowohl bei der Sammlung der mindestens 8401 Unterschriften, um überhaupt ein Volksbegehren starten zu können („Einleitungsverfahren"), als auch im achttägigen Eintragungsverfahren. Nach der neuen Rechtslage werden Volksbegehren im Einleitungsverfahren beim BMI registriert werden; dadurch wird die Zentralstelle erstmals ein Gesamtüberblick über „Sammelaktivitäten" in Österreich erhalten. Wahlberechtigte werden in jeder Gemeinde ein Volksbegehren unterschreiben dürfen – im Einleitungsverfahren ebenso wie im Eintragungsverfahren. Mit Hilfe einer qualifizierten digitalen Signatur (über Smart-Card oder mittels Handy-Signatur) werden Unterstützungserklärungen und Eintragungen für Volksbegehren zudem über das Internet getätigt werden können. So werden auch Auslandsösterreicherinnen und -österreicher erstmals teilnehmen können.
Für die Gemeinden wird die Zentralisierung eine Entlastung bringen, da für die Ermittlung eines Volksbegehrens-Ergebnisses keine Niederschriften und hierarchischen Meldungsketten mehr notwendig sind. Die vom BMI bereitgestellte Applikation wird alle erforderlichen Daten enthalten.

BMI-Projekt. Am 16. November 2016 wurde ein neues INNEN.SICHER.-Projekt „Zentrales Wählerregister" gestartet. Das Projektkernteam besteht aus Bediensteten der Abteilung für Wahlangelegenheiten und der EDV-Abteilungen IV/2 und IV/9. Nach einer Konferenz am 10. März 2017 wurden Unterarbeitsgruppen gebildet, in denen das BMI derzeit mit Ländern, Kommunen, IT-Providern und der Bundesanstalt Statistik Austria die Umsetzungsschritte bis Ende 2017 abstimmt.

MAG. GREGOR WENDA
Stv. Leiter der Abteilung für Wahlangelegenheiten im Bundesministerium für Inneres
gregor.wenda@bmi.gv.at
Web: **www.bmi.gv.at**

FOTO // BMI/Egon Weissheimer.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR INNERES

PRÄSENTATION

MASTERPLAN FÜR **LÄNDLICHEN RAUM** NIMMT FORM AN

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) hat die Menschen auf dem Land gefragt, was ihre Region braucht. So konnten mehr als 2000 Ideen und Anregungen für den Masterplan gesammelt werden.

Österreichs Politik für den ländlichen Raum wird federführend vom BMLFUW koordiniert. Zurzeit arbeitet das Ministerium an einem breit angelegten Masterplan für die zukunftsorientierte Weiterentwicklung des ländlichen Raumes. In den vergangenen Monaten fanden zahlreiche Workshops und Veranstaltungen in den Bundesländern statt. Dabei wurden die Menschen gefragt, welche Themen für die Entwicklung ihrer Region entscheidend sind.

Dieser Bürgerbeteiligungsprozess war ein voller Erfolg: Insgesamt wurden mehr als 2000 Ideen zusammengetragen. All diese Anregungen werden unter Einbindung von Experten strukturiert, in einem weiteren Schritt Schwerpunkte definiert und diese mit Zielen und Handlungsoptionen versehen. Diese Ergebnisse werden dann in dem Masterplan zusammengefasst. Neben nachhaltigen Dezentralisierungsmaßnahmen und gezielter Unterstützung für gemeindeübergreifende Kooperationen (siehe rechts) hat sich das Thema Digitalisierung als wichtiger Schwerpunkt herauskristallisiert.

Die digitale Gemeinde kann mehr. Österreichs Regionen sollen attraktiv gestaltet und zukunftsorientiert weiterentwickelt werden – nicht nur als Lebensraum für die Bevölkerung, sondern auch als Standort für Unternehmen. Digitalisierung ist für beides von enormer Bedeutung. Sowohl aus der modernen Gesellschaft als auch aus der Welt der Wirtschaft ist eine leistungsstarke Internetverbindung kaum noch wegzudenken.

Der Ausbau der Breitbandinfrastruktur wird daher als wesentlicher Schwerpunkt im Masterplan verankert werden. Damit der ländliche Raum die Chancen der Digitalisierung bestmöglich nutzen kann, müssen die Voraussetzungen für den nächsten Technologiesprung im Bereich der Telekommunikation so bald wie möglich geschaffen werden. Die 4G/LTE-Netze sollen so rasch wie möglich und flächendeckend auf den neuen 5G-Standard umgestellt werden. Industrie 4.0, Autonome Mobilität, Precision Farming, Smart Region, Internet der Dinge – all das sind nur einige Schlagworte, die mit einer modernen 5G-Infrastruktur und neuen Chancen für den ländlichen Raum Hand in Hand gehen. Öffentliche Hotspots in den Gemeinden sollen den Zugang zum Internet zusätzlich erleichtern.

Ebenso wichtig ist, dass die Menschen auch mit den neuen digitalen Technologien umgehen können. Digitale Kompetenzen müssen Bestandteil der schulischen und beruflichen Ausbildung sein. Auch ältere Menschen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität sollen von der digitalen Welt und digitalen Diensten im ländlichen Raum profitieren.

Bei der Landeshauptleutekonferenz in Alpbach wurde der aktuelle Stand zum Masterplan ländlicher Raum präsentiert. Das ambitionierte Projekt wurde sehr positiv aufgenommen, in den nächsten Monaten soll der gemeinsame Weg zur Umsetzung des Masterplans konkretisiert und in enger Zusammenarbeit mit den Landeshauptleuten verfolgt werden.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMLFUW

GEMEINDEÜBERGREIFENDE KOOPERATIONEN

Gemeinsam mehr bewegen

Der demografische Wandel, knappe Haushalte und die steigende Komplexität in der Verwaltung stellen Gemeinden vor große Herausforderungen. Oft ist es notwendig, neue Wege zu gehen – doch trotz des europäischen Trends zu größeren Gemeinden erzielen Fusionen vielfach nicht die prognostizierten Einsparungseffekte.

Der Ausbau gemeindeübergreifender Kooperationen ermöglicht es, Synergien zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger zu nutzen. Dabei gibt es jedoch keine „one size fits all"-Lösungen. Mit Blick auf Flexibilität und Bürgernähe erfordern unterschiedliche Regionen verschiedene Vorgangsweisen für erfolgreiche kommunale Kooperationen. Bund und Länder müssen starke Impulse setzen, um diese zukunftsweisenden Kooperationen zu forcieren.

Durch die interkommunale Zusammenarbeit lassen sich Projekte realisieren, die für Gemeinden alleine nicht oder nur mit hohem Ressourceneinsatz umsetzbar sind. Das nachhaltige Modell entlastet die Kommunen nicht nur, sondern schafft Freiräume für andere Aktivitäten im Sinne der Bürgerinnen und Bürger. Dabei können Ressourcen gemeinsam genutzt, Aufgaben arbeitsteilig erledigt oder

Durch interkommunale Zusammenarbeit lassen sich Projekte realisieren, die für Gemeinden alleine nicht oder nur mit hohem Ressourceneinsatz umsetzbar sind.

Expertinnen und Experten gemeinsam beschäftigt werden. Wo besonderes fachliches Know-how gefordert ist, können Kooperationen mit versierten Kooperationspartnern die Professionalität des Leistungsangebotes verbessern. Durch die gezielte Zusammenarbeit werden zudem die kommunale Lernfähigkeit, Transparenz und Flexibilität erhöht.

Für nachhaltige Kooperationen sind Gemeinden und Regionen auf Unterstützung durch die Bundesländer angewiesen. Ausmaß und Institutionalisierung der Unterstützung sind unterschiedlich ausgeprägt. Erfolgreiche Kooperation zwischen Gemeinden benötigt faire und transparente Finanzierungs-, Verrechnungs- und Kostentragungsregelungen.

Mehr Informationen zum Masterplan finden Sie auf **www.bmlfuw.gv.at/heimat-land-lebenswert.html**

FOTOS // © Pixhunter

HEIMAT. LAND. LEBENSWERT.

Carina Weinberger aus Kumberg macht die Steiermark lebenswert. Die A1-Technikerin bringt die neueste Glasfasertechnologie in die Gemeinden und fördert so den Innovationsgeist am Land – für eine zukunftsträchtige Wirtschaft, für eine lebenswerte Heimat, gegen Abwanderung. Machen auch Sie Ihre Region lebenswerter. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) einen Masterplan, um den ländlichen Raum zukunftsfit zu machen.

Schon heute unterstützt das BMLFUW mit dem Programm LE 2020 den Breitbandausbau im ländlichen Raum mit rund 53 Mio. Euro. Nähere Informationen zu diesen und weiteren über 250.000 bereits realisierten Projekten des BMLFUW finden Sie auf **heimat-land-lebenswert.at**

Gute Idee?
Jetzt einreichen und Ihre Region lebenswerter machen: heimat-land-lebenswert.at

MINISTERIUM
FÜR EIN
LEBENSWERTES
ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT,
UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT

GEMEINSAM.SICHER

BÜRGERNAHE **POLIZEI**

Am 1. Juni 2017 startete bundesweit die Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“. In jeder Polizeiinspektion wird ein „Sicherheitsbeauftragter“, in jedem Stadt- und Bezirkspolizeikommando ein „Sicherheitskoordinator“ eingerichtet.

FOTOS: BMI

GEMEINSAM.SICHER
in Österreich

„DURCH BÜRGERBETEILIGUNG **WERDEN PROBLEME AN DER WURZEL ERKANNT**."

Generalmajor **Gerhard Lang**

Mit der österreichweiten Umsetzung der Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich" mit 1. Juni 2017 wurden in allen Polizeiinspektionen ausgewählte Polizistinnen und Polizisten als „Sicherheitsbeauftragte" noch enger mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Vertreterinnen und Vertretern von Organisationen, Institutionen und Behörden zusammenarbeiten. In 34 Ballungsräumen wird es Polizistinnen und Polizisten mit eigenen Planstellen als „Sicherheitskoordinatoren" geben, in den anderen Bezirks- und Stadtpolizeikommanden übernimmt der Kommandant diese Funktion.

„Moderne Polizeiarbeit besteht nicht nur aus Prävention und Repression", sagte der Leiter der Initiative, Generalmajor Gerhard Lang, bei den Informationsveranstaltungen „GEMEINSAM. SICHER in Österreich – wie geht es weiter?", die am 4. Mai 2017 in Salzburg für Westösterreich und am 5. Mai 2017 in Wien für Ostösterreich stattgefunden haben. „Durch Bürgerbeteiligung werden Probleme an der Wurzel erkannt und gemeinsam Lösungen entwickelt." Bürgerbeteiligung solle als Leistung der Polizei definiert und als Grundhaltung anerkannt und wertgeschätzt werden, sagte Lang. „Immer öfter gehen Organisationen und Politiker auf die Polizei zu, um Sicherheit mitzugestalten." Um GEMEINSAM.SICHER in Österreich flächendeckend umzusetzen, brauche es Geduld und strukturelle Maßnahmen. Lang geht es dabei nicht um die Umsetzung von punktuellen Maßnahmen, sondern um das Schaffen von Strukturen, die die langfristige Verankerung der Initiative ermöglichen. „GEMEINSAM. SICHER soll zeigen, dass nicht nur die Polizei allein für Sicherheit in Österreich verantwortlich ist. Uns geht es darum, dass wir jene einbinden, die betroffen sind", sagt Generalmajor Lang.

„GEMEINSAM.SICHER in Österreich kann nur dann funktionieren, wenn der Gedanke der Bürgerbeteiligung innerhalb der Polizei gelebt wird und die Kolleginnen und Kollegen auch davon überzeugt sind", sagt General Reinhard Schnakl, der als Leiter der Gruppe II/A (Organisation, Dienstbetrieb und Einsatz) in der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit die Initiative übernimmt.

Dr. Michaela Kardeis, die die Initiative als Fachexpertin in der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit begleitet, betont den Mehrwert der Initiative für alle beteiligten Institutionen. Sie unterstreicht die Wichtigkeit von Sicherheitsforen, bei denen die Sicherheitsbeauftragten der Polizei mit ihren Sicherheitspartnern Lösungen erarbeiten. „Das Sicherheitsforum ist ein Instrument, bei dem sich alle an einen Tisch setzen, sich über Sicherheitsthemen Gedanken machen und nachhaltige Lösungen entwickeln." Auch Themen, die nicht in den alleinigen Zuständigkeitsbereich der Polizei fallen, könnten angegangen und damit späteren Amtshandlungen vorgebeugt werden.

„Herausforderungen, vor denen Polizei und Gesellschaft stehen, werden wir nur durch die Beteiligung möglichst vieler Akteure bewältigen", sagt Mag. Mag. (FH) Konrad Kogler, Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, zur Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich". Eine dieser Herausforderungen sei die stark steigende Cyber-Kriminalität. „Im Internet lösen sich Raum und Zeit nahezu vollständig auf. Cyber-Angriffe sind von jedem Ort aus und zu jedem Zeitpunkt möglich." Teil der modernen Polizeiarbeit sei es, für die Menschen in diesem Land ansprechbar zu sein und so das Vertrauen in die Polizei aufrecht zu erhalten bzw. wo nötig zu stärken.

Die Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich" wird laufend auf Wirksamkeit und Schwächen überprüft und auch innerhalb der Polizei ständig weiterentwickelt.

MEHR INFOS

Nähere Informationen zur Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich" erhalten Sie unter **www.gemeinsamsicher.at**.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BM.I

GESTALTEN & ARBEITEN

ENERGIEEFFIZIENZ
Das Interesse ist ungebrochen hoch
Seite 52

TAGUNG
Aufzüge müssen sicher bleiben
Seite 64

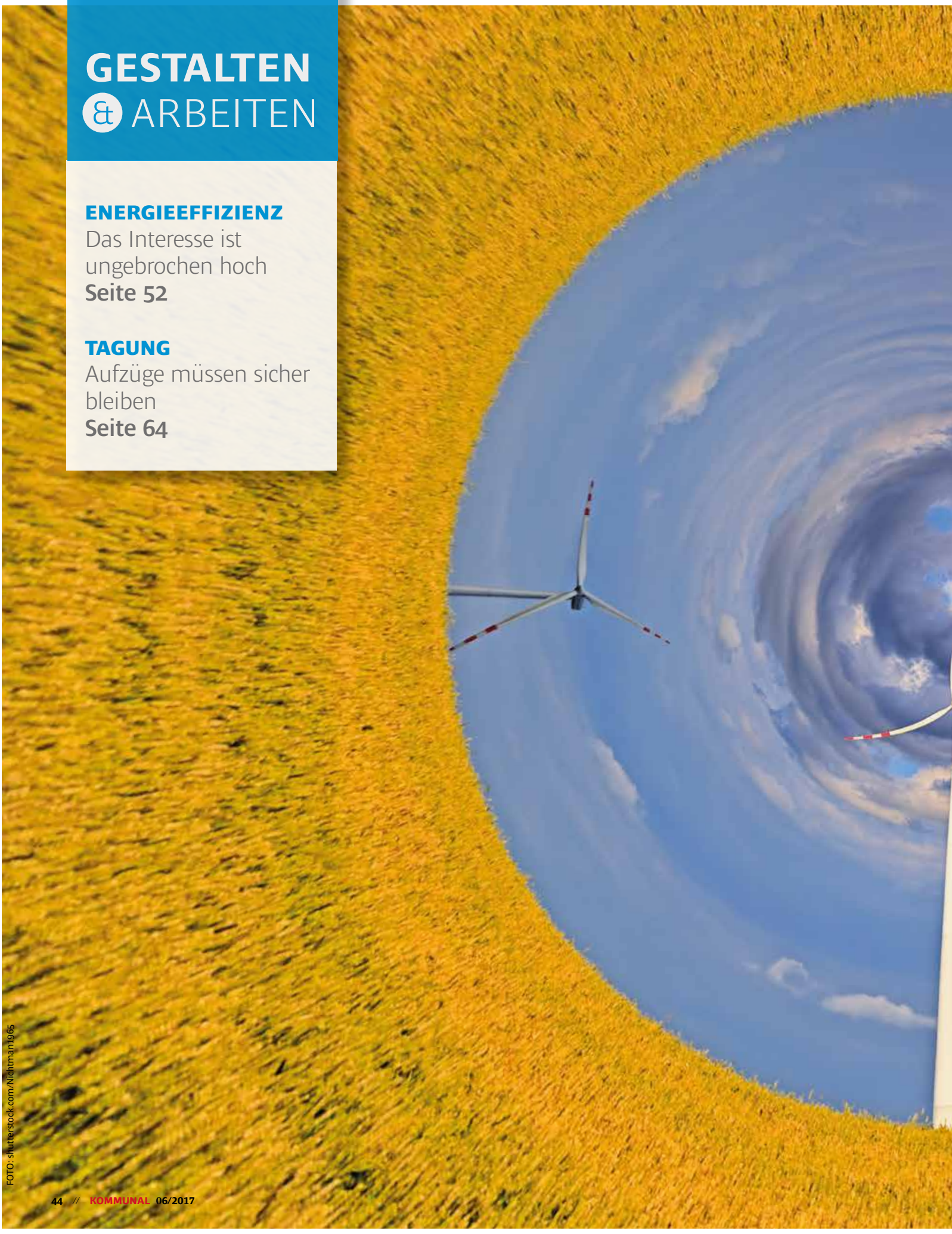


FOTO: shutterstock.com/Nightman1965

ENERGIEEFFIZIENZ

DAS RAD MUSS NICHT NEU ERFUNDEN WERDEN

Knappe Gemeindekassen, Ressourcenverschwendung, Energiepreiserhöhung, Klimawandel- was haben all diese Themen gemeinsam? Der gemeinsame Nenner ist die Energieeffizienz oder anders ausgedrückt das Energiesparen: Und: Wie kann Ihre Gemeinde von disruptiven Technologien profitieren?

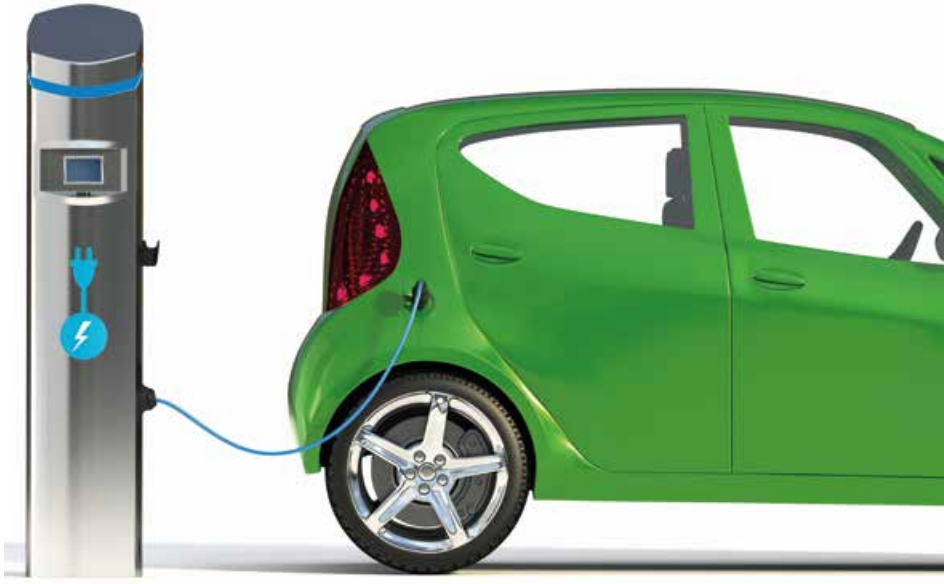
TEXT / Heimo Bürbaumer

Die billigste und nachhaltigste Energie ist die, die man gar nicht benötigt – das schont die Gemeindekassen, vermeidet Ressourcenvergeudung, schützt vor Energiepreiserhöhungen und bremst den Klimawandel, der langfristig wiederum in Form von Maßnahmen zur Klimawandelanpassung Gemeinden und Bürgern viel Geld kostet.

Ein Modewort unserer Zeit ist „disruptiv". Investoren suchen nach Technologien, die gewohnte Businessmodelle auf den Kopf stellen und ganz neue Produkte oder Prozesse ermöglichen. Doch disruptive Technologien gibt es schon lange. In dem visionären Buch „Faktor 4" wurden bereits im Jahr 1995 fünfzig Beispiele von disruptiven Technologien beschrieben, die im Energie- und Ressourcenbereich mindestens einen Faktor 4 weniger benötigen (siehe auch Glossar rechts).

Faktor 4 in der Mobilität. Beginnen wir mit der Mobilität, einem der emotionalsten Themen. Wie bei allen Handlungsfeldern gibt es zwei Möglichkeiten, Energie massiv einzusparen, durch eine disruptive Technologie oder durch Verhaltens- bzw. Nutzungsänderung. Eine disruptive Technologie ist das Elektroauto. Während fossil betriebene Fahrzeuge den Großteil der eingesetzten Energie in Wärme und Schall umwandeln und nur ein knappes Viertel in Antriebsenergie umwandeln, nutzt der Elektromotor ca. 90% der Energie als Antriebsenergie. Zusätzlich ermöglicht ein Elektroauto die Wiedernutzung eines Teils der Bremsenergie. Umsetzungsbeispiele in Gemeinden gibt es mittlerweile zahlreiche. Von der Umstellung des Gemeindefuhrparks auf E-Autos, über das Einrichten von öffentlichen Ladesäulen und speziellen Parkplätzen für E-Autos gehen die möglichen Maßnahmen in einer Gemeinde bis zum E-Carsharing in der e5-Gemeinde Baden.

Die zweite Möglichkeit, im Verkehrsbereich massiv Energie einzusparen, ist die Änderung des Mobilitätsverhaltens. Gemeinden können den Umstieg vom Pkw auf öffentliche Verkehrsmittel, das Fahrrad oder Zufußgehen fördern. Ein Best-Practice-Beispiel von vielen kann man in der e5-Gemeinde Dornbirn in Vorarlberg besichtigen. Mit der Renovierung des Dornbirner Bahnhofareals in Zusammenarbeit mit den ÖBB konnte durch eine Vielzahl von Maßnahmen eine regionale Mobilitäts-Drehscheibe für den Umweltverbund errichtet und die Verbesserung der Erreichbarkeit für Fußgänger- und Radverkehr erzielt werden.



DIESE FRAGEN STELLEN SICH DEN GEMEINDEN

01
Wie kann meine Gemeinde energieeffizient werden und damit mittelfristig Geld sparen?

02
Welche Maßnahmen gibt es und wie kann ich sie umsetzen?

03
Wie kann **die eigene Bevölkerung eingebunden** werden?

Faktor 4 im Wohnbereich. Auch im Wohnbereich gibt es Faktor 4-Technologien. Die wichtigste ist das Passivhaus in Klimaaktiv-Goldstandard oder das Energieplus-Haus. Hierbei wird der Energiebedarf durch Dämmung um ca. einen Faktor 4 reduziert, wodurch man im Extremfall gar kein konventionelles Heizsystem mehr benötigt. Oder im Falle des Energieplus-Hauses reduziert sich der Heizbedarf so stark, dass man durch Nutzung von solarer Wärme, Solarstrom etc. den gesamten Energiebedarf des Hauses erneuerbar und selbst lokal erzeugt stillen kann. Dies funktioniert sowohl im Neubau als auch in der Sanierung.

Der Gemeinderat der e5-Gemeinde Lebring-St. Margarethen hat sich 2010 zu einer energieeffizienten und ökologischen Sanierung der Volksschule entschieden: Durch die Sanierung des Schulgebäudes konnte eine Reduktion des Gesamtenergiebedarfs um 82 Prozent (Faktor 4!) erreicht werden.

Faktor 4 im öffentlichen Bereich. Eine weitere disruptive Technologie ist die LED-Lampe. Auch bei der klassischen Glühbirne wird ähnlich wie beim Verbrennungsmotor ein Großteil der Energie in Wärme umgewandelt, eine extrem teure Form der Heizung, die noch dazu im Sommer

FOTOS // shutterstock, Graphic Compressor, Mrs. Ya; Energieagentur Austria

kontraproduktiv ist. Die Energiesparlampe hatte noch einige ökologische Nachteile, die LED ist nun die disruptive Technologie, die sich durchsetzt. Ein gutes Beispiel, wie eine Gemeinde dies finanzieren kann, ist die e5-Gemeinde Laa an der Thaya. Hier wechselte man in kurzer Zeit über 1500 Lichtpunkte auf LED-Technologie. Finanziert wurde eines der größten Bauvorhaben der Stadtgemeinde der vergangenen Jahre mittels Contracting.

Beschaffungsrichtlinien für Faktor 4. Fast immer gilt: Faktor 4-Technologien kosten mehr im Einkauf, man spart aber einen großen Teil der laufenden Kosten ein. Deswegen ist es sinnvoll, die kommunalen Beschaffungsbestimmungen entsprechend anzupassen, sodass höhere Einkaufskosten bei Faktor 4-Technologien ermöglicht werden. Einen generellen Lösungsansatz dazu hat die deutsche Stadt Ulm durchgeführt. Hier wurde der Beschluss gefasst, dass Investi-

„Faktor-4-Technologien kosten mehr im Einkauf, man **spart aber einen großen Teil der laufenden Kosten ein.“**

Glossar

DISRUPTIVE TECHNOLOGIEN

Unter disruptiven Technologien versteht man Technologien, die potenziell in der Lage sind, bestehende Produkte zu verdrängen, aber noch nicht so weit ausgereift sind, sich in den bestehenden Marktstrukturen gegenüber etablierten Produkten durchzusetzen. Im Zeitverlauf setzen sie sich dann allerdings durch.
Beispiele für diesen Veränderungsprozess sind Digitalkameras statt Analogkameras, DVDs statt Videoband, Smartphones statt Tastaturhandys – oder auch Autos, die Pferdekutschen aus dem Markt gedrängt haben.

„FAKTOR 4“

In dem visionären Buch „Faktor 4“ wurden bereits im Jahr 1995 fünfzig Beispiele von disruptiven Technologien beschrieben, die im Energie- und Ressourcenbereich mindestens einen Faktor 4 weniger benötigen. Es handelt sich also um Technologien, die nicht zehn oder 20 Prozent Energie einsparen, sondern mindestens 80 Prozent. Entsprechend sinken auch die laufenden Energiekosten auf weniger als 20 Prozent, und es ergeben sich gänzlich neue Nutzungsmöglichkeiten – mehr disruptiv geht kaum.

e5

e5 ist Österreichs Bundes- und Landesprogramm für energiebewusste und klimafreundliche Gemeinden. Fachkundige e5-BeraterInnen der Länder unterstützen die Gemeinden bei der Umsetzung. Als Teil von klimaaktiv, der Klimaschutzinitiative des Umweltministeriums, ist e5 zu „dem“ österreichischen Klimaschutz-Standard für Gemeinden und Regionen geworden. Die Geschäftsstelle e5 Österreich wird von der Österreichischen Energieagentur betrieben. Informationen sowie weitere Best-Practice-Beispiele finden Sie unter: **www.e5-gemeinden.at** und **www.klimaaktiv.at/gemeinden**

tionen immer dann durchgeführt werden, wenn die Amortisationszeit innerhalb der technischen Lebensdauer der Technologie liegt, das heißt, man geht weg von der Sichtweise „ Nur was sich schnell rechnet, wird gemacht“ zu einer tatsächlich die gesamte Lebensdauer vergleichenden Sichtweise.

Suffizienz ist die beste Effizienz. Faktor-4-Technologien mit einer Energieeinsparung von 80 Prozent stellen einen großen Fortschritt in der Gemeinde dar. Ist es möglich, noch größere Einsparungen zu erzielen, und das ohne zusätzliche Investitionen? Ja, durch Suffizienz! Das ist die Vermeidung von unnötigen Bauten oder Anlagen bzw. positiv ausgedrückt das Bestreben, Objekte mehrfach zu nutzen. Hier werden 100 Prozent der Ressourcen eingespart, und das ohne Investition.

Ein wunderschönes Beispiel für die Kreativität, die es in Gemeinden gibt, ist die e5-Gemeinde Thüringerberg: Hier gab es den Bedarf nach einem zusätzlichen Kindergarten, einem Feuerwehrhaus und außerdem einen Veranstaltungsraum für die Gemeinde. Normalerweise werden dafür drei Gebäude errichtet und betrieben, die dann jeweils zu großen Teilen des Tages leer stehen. In der Gemeinde Thüringerberg wurde jedoch EIN Gebäude errichtet, welches gleichzeitig als Kindergarten und als Feuerwehrhaus fungiert und auch als Veranstaltungsraum abends genutzt werden kann.

Unterstützung für Gemeinden als Umsetzer. Wenn Faktor 4-Technologien, aber auch Veränderungen im Nutzerverhalten, mittelfristig Geld sparen und Lebensqualität erhöhen können, warum wird das nicht von jeder Gemeinde umgesetzt?

Gründe dafür sind:

- Es fehlt eine ressortübergreifende Struktur in der Gemeinde, die sich mit diesen Themen beschäftigt
- Es fehlt das Expertenwissen über Spezialthemen und neue Technologien
- Es fehlt die Erfahrung, wie etwas umgesetzt werden kann
- Es kostet viel Zeit und Ressourcen, einen mehrjährigen Prozess in der Gemeinde zu etablieren, mit dem die Themen Energieeffizienz und Energiewende vorangetrieben werden können.

Best-Practice-Beispiele

In der e5-Gemeinde Laa an der Thaya und den vier Katastralgemeinden wurde jeder Straßenzug bewertet und mit den optimalen Leuchten inklusive technischer Ausrüstung ausgestattet.

Laa an der Thaya

In der e5-Gemeinde Laa an der Thaya und den vier Katastralgemeinden wurde jeder Straßenzug bewertet und mit den optimalen Leuchten inklusive technischer Ausrüstung ausgestattet. Die Umstellung auf LED-Technologie spart pro Jahr 135 Tonnen CO_2 sowie 50 bis 60 Prozent Stromkosten. Durch die optimierte Beleuchtungssituation wird zudem die Verkehrssicherheit auf Gehwegen und Straßen erhöht. Die Finanzierung beruht auf Einsparungs-Contracting: Die Kosten für die Investition werden über den künftigen Einspareffekt gedeckt. Mit der Umrüstung auf LED wurde ein neues Wartungskonzept mit planbaren Kosten umgesetzt, das in den kommenden Jahren keine größeren Investitionen erwarten lassen.

Dornbirn

Gemeinden können den Umstieg vom Pkw auf öffentliche Verkehrsmittel, das Fahrrad oder Zufußgehen fördern. Ein Best-Practice-Beispiel von vielen kann man in der e5-Gemeinde Dornbirn in Vorarlberg besichtigen, wo durch eine Vernetzung von Stadtbus, Landbus und Bahn das ÖV-Angebot gebündelt und optimale Bedingungen geschaffen wurden.

Durch eine Vernetzung von Stadtbus, Landbus und Bahn wurden das ÖV-Angebot gebündelt und optimale Bedingungen, insbesondere für den Pendlerverkehr aus den Umlandgemeinden durch attraktive Umsteigerelationen geschaffen. Neue Unterführungen und Aufzüge sowie das Fahrradparkhaus, die modernen Fahrradboxen und der Fahrradverleih sind gezielte Verbesserungen für Rad- und Fußverkehr. Weiters hat die erfolgreiche Transformation des Bahnhofsareals von einer städtebaulichen Problemzone in ein attraktives Stadtentwicklungsgebiet mit hoher Aufenthaltsqualität durch Sauberkeit und verbesserte Beleuchtung zur konsequenten städtebaulichen Aufwertung des Bahnhofquartiers beigetragen.

Hittisau

Das Ziel des Projekts wurde in einer schriftlichen Vereinbarung zwischen den Schulerhaltergemeinden und den Direktoren der Schulen festgehalten. Zudem wurde vereinbart, die finanziellen Einsparungen unter den Akteuren aufzuteilen: jeweils ein Drittel erhalten die Schule und der Schulerhalterverband zur freien Verfügung, das restliche Drittel wird in Energieeffizienzmaßnahmen investiert. In allen Klassen wurden „Energiesparbeauftragte" bestellt. Zu deren Aufgaben zählen u.a. Ablesen und Erfassen der Energiedaten, Ablesen der Raumthermometer und gegebenenfalls Anpassung der Raumtemperatur, ihre Klassenkollegen auf „Energiefresser" aufmerksam zu machen und mit offenen Augen durch den Schulalltag zu gehen und „Energiefresser" zu melden. Das Ergebnis spricht für sich. Im Bereich der Wärmeversorgung (Biomasse aus Hackschnitzel) konnten im Schuljahr 2009/10 gegenüber dem festgelegten Vergleichszeitraum 2007/2008 insgesamt 94.434 kWh an Wärmebedarf eingespart werden. Dies sind 22,8 Prozent Einsparung, und auch beim Stromverbrauch konnten insgesamt 4.755 kWh eingespart werden. Das entspricht einer Einsparung von 7,7 Prozent.

Thüringerberg

Best-Practice Mehrzweckgebäude Thüringerberg: Im eigens gegründeten Ausschuss Zentrumsgestaltung und in vier weiteren Arbeitsgruppen brachten rund 30 ThüringerbergerInnen ihr Fachwissen in die Planung und Umsetzung des Bauvorhabens des Objekts ein.

Im eigens gegründeten Ausschuss Zentrumsgestaltung und in vier weiteren Arbeitsgruppen brachten rund 30 ThüringerbergerInnen ihr Fachwissen in die Planung und Umsetzung des Bauvorhabens ein. Im Gebäude sind im Erdgeschoss die Ortsfeuerwehr und ein Mehrzweckraum mit ca. 100 m² untergebracht. Der medienmäßig modern ausgestattete Mehrzweckraum dient als Probelokal für verschiedene Chöre, Musikschule, Vorspielabende, Vorträge und Veranstaltungen. Im Obergeschoss sind der Kindergarten mit zwei Gruppenräumen, ein Bewegungsraum sowie die Spielgruppe „Sunnastrahl" und fünf Nebenräume untergebracht.

Lebring St. Margarethen

Best-Practice Lebring-St. Margarethen: Durch ein innovatives Sanierungskonzept wurde mit Hilfe einer erstklassigen thermischen Sanierung der Gebäudehülle der Heizwärmebedarf um volle 80 Prozent gesenkt.

Ziel des Projektes war es, die 1929 erbaute und 1968/1979 erweiterte Volksschule nicht einfach neu zu verputzen, sondern zum Vorzeigeprojekt für eine ganze Region werden zu lassen. Durch ein innovatives Sanierungskonzept wurde mit Hilfe erstklassiger thermischer Sanierung der Gebäudehülle der Heizwärmebedarf um volle 80 Prozent gesenkt. Statt bisher 135 Kilowattstunden (kWh) pro m² und Jahr braucht man künftig gerade noch 24 Kilowattstunden (kWh). Das macht, ausgehend von derzeitigen Energiepreisen, für die gesamte Volksschule eine Einsparung von rund 10.000 Euro pro Jahr. Im Zuge der Erneuerung wurde ein Pflichtenheft ausgearbeitet, das für alle Beteiligten bindend war. Die Haustechnik – von der Regeltechnik bis zur Lüftung wurde neu gestaltet, die Photovoltaikanlage soll künftig mehr als 38.000 kWh Strom jährlich erzeugen, das ist weit mehr als die Schule selbst verbraucht.

Baden

„bea – das Badener E-Car-Sharing" ist eines der erfolgreichsten Mobilitätsprojekte in der e5-Gemeinde Baden. Seit 24 Monaten gibt es E-Car-Sharing in Baden, und 41 TeilnehmerInnen haben das umweltfreundliche, leise Auto bereits 1700 mal gebucht. Dabei wurden über 40.000 km abgasfrei zurückgelegt. Die anhaltende Nachfrage von BürgerInnen aus Baden und die starke Auslastung von bea waren Grund genug, 2015 den Fahrzeugpool zu erweitern.

Daher die klare Empfehlung: Nicht das Rad neu erfinden! Sondern teilnehmen an einem bestehenden, auf Gemeinden spezialisierten Energie- und Klimaschutzprogramm. Das öffentliche e5-Programm als Teil von klimaaktiv, der Klimaschutzinitiative des Umweltministeriums, berät und qualifiziert engagierte Städte und Gemeinden im Bereich Energiewende und Klimaschutz. Ein Netzwerk hoch qualifizierter BeraterInnen in den Bundesländern sowie ein europaweit standardisiertes Bewertungsschema erleichtern es den e5-Gemeinden, in den sechs zentralen Handlungsfeldern

1. Gemeindeentwicklungsplanung und Baubewilligung
2. Gemeindeeigene Gebäude und Anlagen
3. Versorgung & Entsorgung: Energie, Wasser, Abwasser, Abfall
4. Mobilität
5. Interne Organisation
6. Bewusstseinsbildung, Motivation, Kommunikation und Kooperation

Maßnahmen zu setzen und ihre Fortschritte auch von unabhängigen ExpertInnen bewerten zu lassen.

Ein Energieteam (bestehend aus VertreterInnen von Verwaltung, Politik sowie engagierten BürgerInnen und EnergieexpertInnen der Gemeinde) zeichnet für die Prozesssteuerung und Programmumsetzung in der e5-Gemeinde verantwortlich. Angelehnt an Qualitätsmanagementsysteme, ist e5 als ein Prozess zu verstehen, in dem systematisch gemeinsam mit regionalen e5-BeraterInnen Schritt für Schritt

- Schwachstellen aufgedeckt und Verbesserungspotenziale identifiziert werden,
- eine kontinuierlicher Verbesserungsprozess in Gang gesetzt wird sowie
- Strukturen und Abläufe zur erfolgreichen Umsetzung von Energieprojekten aufbaut oder verstärkt werden,
- die Mitwirkung der Bevölkerung an energiepolitischen Entscheidungen und Aktivitäten ermöglicht wird.

Mindestens alle drei Jahre (ab „eee“ alle vier Jahre) bekommen die e5-Gemeinden auf Basis eines standardisierten Maßnahmenkatalogs ein unabhängiges Audit. So wie Restaurants mit Hauben ausgezeichnet werden, bekommen erfolgreiche e5-Gemeinden dabei – je nach Umsetzungsgrad der möglichen Energieeffizienzmaßnahmen – ein bis fünf „e“ verliehen. Ab einem Umsetzungsgrad von 50 Prozent („eee“) haben sich die Gemeinden zusätzlich für die europäische Auszeichnung European Energy Award qualifiziert und können sich mit anderen europäischen Städten und Gemeinden messen. Erreicht eine Gemeinde „eeeee“ (mehr als 75 Prozent Umsetzung), kann sie sich um den European Energy Award in Gold bewerben und rückt damit in die Liga der europäischen „Energiechampions“ auf.

BürgerInneneinbindung. Die e5-BeraterInnen unterstützen die Gemeinde auch mit Ideen und Aktionen, wie es gelingen kann, die BürgerInnen am besten einzubinden. Dazu ein anschauliches Projekt der e5-Gemeinde Hittisau mit den Hittisauer Schulen, um durch Änderung des Nutzungsverhaltens beim Lehrkörper und bei den Schülern Energie einzusparen. Ziel des Projekts „Schüler sparen Energie“ war es, ohne nennenswerte investive Maßnahmen und allein durch das bewusste Ändern des Nutzerverhaltens den Energieverbrauch in den Hittisauer Schulen zu senken.

> **SUFFIZIENZ IST** DIE VERMEIDUNG VON UNNÖTIGEN BAUTEN ODER ANLAGEN BZW. POSITIV AUSGEDRÜCKT **DAS BESTREBEN OBJEKTE MEHRFACH ZU NUTZEN.“**

DR. HEIMO BÜRBAUMER IST LEITER „KLIMAAKTIV GEMEINDEN & E5 ÖSTERREICH-PROGRAMM FÜR ENERGIEEFFIZIENTE GEMEINDEN“ BEI DER ÖSTERREICHISCHEN ENERGIEAGENTUR
heimo.buerbaumer@energyagency.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

VELUX MODULAR SKYLIGHTS:

MEHR LICHT UND LUFT FÜR GEWERBEBAUTEN

Einfach, genial: Mit Modular Skylights, dem neuen, modularen Oberlicht-System von VELUX, lassen sich großflächige, ästhetische Tageslichtlösungen für öffentliche Gebäude leicht und schnell realisieren!

Mit Modular Skylights eröffnet VELUX völlig neue Wege beim Einbau von Belichtungs- und Belüftungsflächen in Gewerbebauten, Schulen, Büros und Einkaufszentren mit flachen Dächern: Das modulare Konzept besteht aus vollständig vorgefertigten Elementen und beruht auf einem einzigen Grundmodul – alle Bauteile erfordern somit vor Ort keine weitere Anpassung und werden als komplettes System geliefert.

Ein System mit unzähligen Vorteilen

Öffentliche Gebäude, von Tageslicht geflutet, optimal belüftet und zugleich ein ästhetischer Anblick: Sie sind nicht länger Utopie! Das Modular Skylights-System ermöglicht ein elegantes, luftiges Design und bietet viele Vorteile wie niedrige U-Werte, optimiertes Raumklima durch die integrierte Tageslicht- und Belüftungssteuerung, verschiedene Sonnenschutzsysteme und vieles mehr. Alle Infos auf **www.velux.at**

Lichtdurchflutete Gebäude dank VELUX Modular Skylights

VELUX®

IHR PARTNER FÜR PFLEGE- UND GESUNDHEITSEINRICHTUNGEN IN GANZ ÖSTERREICH

GEMEINDEN SETZEN AUF SENECURA

In der Pflege zählt SeneCura zu Österreichs Markt- und Innovationsführern im privaten Bereich.

Neben Einrichtungen für Kurz- und Langzeitpflege ergänzen Appartements für betreutes Wohnen in Kooperation mit Wohnbauträgern das Angebot.

Unter der Marke „OptimaMed“ betreibt die SeneCura Gruppe sowohl ambulante als auch stationäre Rehabilitationszentren, Dialyse- und Kurzentren sowie Physikalische Institute. Nach Übernahme der 18 Standorte der DDr. Wagner Gruppe im Juni 2017 kann SeneCura ein flächendeckendes Netz von Standorten für Pflege und Gesundheitsversorgung anbieten.

KONTAKT
SeneCura Kliniken- und HeimebetriebsgmbH
Lassallestr. 7a, 1020 Wien
Tel: +43 (0) 1 585 61 59 0
office@senecura.at
www.senecura.at

SeneCura
NÄHER AM MENSCHEN

Individuelle Pflege und Betreuung
- Pflegeheime
- Betreutes Wohnen

www.senecura.at

optimamed
Ihr Weg zu bester Gesundheit.

Ihr Weg zu bester Gesundheit
- Rehabilitation
- Kur
- Physikalische Institute
- Dialyse

www.optimamed.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ENERGIEEFFIZIENZ: KEIN WEG FÜHRT DARAN VORBEI

GEEIGNETE FÖRDERMODELLE **SIND DAS UM UND AUF**

Das Interesse an Energieeffizienz durch Umwelt- und Kostenaspekte ist ungebrochen hoch. Österreichs Gemeinden waren und sind in der Umsetzung von Maßnahmen aktiv.

Ende 2016 wurden von Pitters Trendexpert® im Auftrag von Siemens, Raiffeisen und dem Kommunal-Verlag sogenannte Leitfadeninterviews mit zum Thema Energieeffizienz durchgeführt. Die Befragungsdauer betrug durchschnittlich 30 Minuten, die Auswahl an Gemeinden stellt einem Mix aus geografischer Lage sowie städtischen und ländlichen Gemeinden dar. Teilgenommen haben die Gemeinden St. André Wördern, Anif, Bad Pirawarth, Kirchberg am Wagram, Krems und Wiener Neustadt.

Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz spielen in allen befragten Gemeinden eine wichtige Rolle. Dies hat zweierlei Gründe: Einerseits wird auf Umweltschutzaspekte verwiesen, da „Ressourcen nicht unendlich da“ sind. Die Gemeinden wollen in diesem Sinne eine Vorbildwirkung entfalten und „als gutes Beispiel vorangehen“, sodass die Wirtschaft und Privatpersonen „nachziehen“. Andererseits – und dies gilt in besonderem Ausmaß für bevölkerungsstarke Gemeinden – werden ökonomische Aspekte angeführt, da die Gemeinden oftmals eine „namhafte Energieverbrauchssumme haben und damit natürlich große Potenziale zur Einsparung vorhanden sind“.

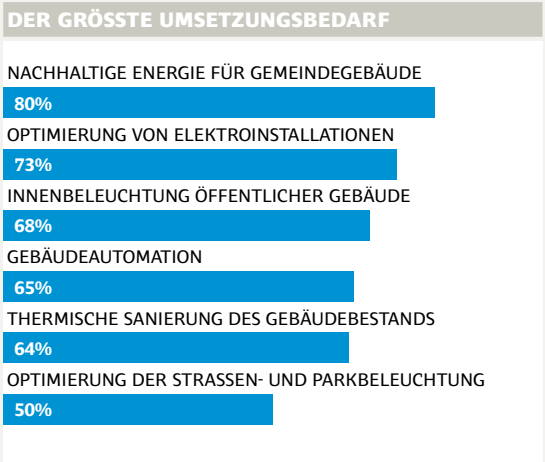
Geplante und bereits umgesetzte Projekte der Gemeinden fokussieren hierbei auf die Bereiche Energiegewinnung (Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden, Geothermalenergie, Nahwärme- und Bürgerbeteiligungskraftwerke), Mobilität (Car-Sharing, Umstellung des öffentlichen Verkehrs auf Erdgas und Gratisparken für Elektroautos), thermische Sanierung (diverse Maßnahmen beim Gebäudebestand und bei Neubauten), Beleuchtung (Straßen- und Gebäudebeleuchtung) und Energie-Monitoring. Die Schwerpunktsetzungen unterscheiden sich hierbei aufgrund der inhomogenen Struktur der befragten Gemeinden (städtische und ländliche Gemeinden). In einer befragten Gemeinde spielt die Stabilitätspakt- bzw. Maastricht-schonende Finanzierung dieser Energieeffizienzprojekte eine wesentliche Rolle.

> **Eine gedeihliche Zusammenarbeit** zwischen Gemeinden mit ihren traditionellen Eigenheiten und privaten Anbietern **ist definitiv kein Selbstläufer.“**

Jedoch verwiesen mehrere Gemeinden auf die angespannte finanzielle Lage und die Notwendigkeit, solche Projekte budgetneutral umzusetzen. Die Lauf- bzw. Vorbereitungszeit von Energieeffizienzprojekten liegt in den befragten Gemeinden zwischen zwei und fünf Jahren.

Die gemeindeinterne Erzeugung von erneuerbaren Energien spielt in allen befragten Gemeinden eine Rolle. Vor allem Photovoltaikanlagen, aber auch Geothermal- und Hackschnitzelheizungen werden hier als Energiequellen angeführt. Windenergie spielt (aus baurechtlichen oder ideologischen Gründen) in keiner der befragten Gemeinden eine Rolle.

Als größte Barrieren bei der Umsetzung von Energieeffizienzprojekten werden fehlende personelle Ressourcen in der Verwaltung, fehlendes Know-how und mangelnde freie Investitionsspielräume genannt. Aber auch interne Widerstände wirken: „Selbst wenn sich Energieeffizienzprojekte wirtschaftlich sehr gut darstellen lassen, ist es schwierig, intern positive Entscheidungen zu bekommen, weil beispielsweise die Budgetkonsolidierung höchste Priorität hat und daher die Einsparung sehr kurz- bis mittelfristig wirken müssen.“



GEMEINDEN UND ENERGIEEFFIZIENZ

91 %

der Gemeinden sind der Überzeugung, dass Energieeffizienz ein wichtiges Thema für die Gemeinde ist.

84 %

der Gemeinden werden in Zukunft die CO_2-Emissionen verringern.

82 %

der Gemeinden setzen laufend Maßnahmen, die die Energieeffizienz erhöhen sollen.

80 %

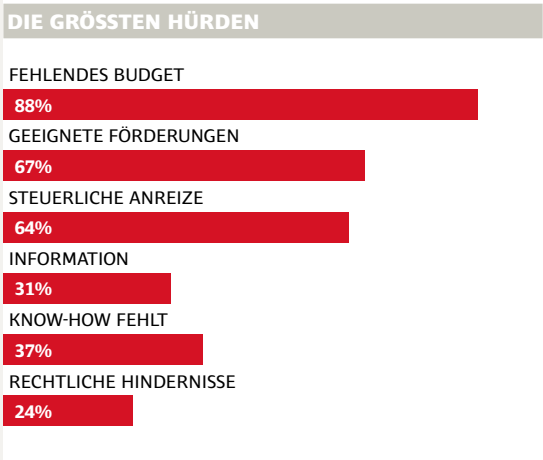
der Gemeinden betreiben aktiven Klimaschutz.

67 %

der Gemeinden halten ihre Mitarbeiter über die Möglichkeiten zur Erhöhung der Energieeffizienz **für gut informiert.**

39 %

der Gemeinden sind der Ansicht, dass sie professionelle Beratung brauchen, um die Energieeffizienz zu verbessern.



Externe Beratung und Unterstützung. Der laufende Betrieb der gemeindeeigenen Gebäude wird überwiegend von internem Personal bewerkstelligt. Vereinzelt werden Teilaufgaben an Dritte ausgelagert, beispielsweise in der Hausbetreuung oder in Belangen der Haustechnik- und Heizungssysteme. Eine systematische Schulung aller Gemeindebediensteten in Hinblick auf Energieeffizienz erfolgt in keiner der befragten Gemeinden. Meist werden im Zuge eines Projekts einzelne Haustechniker und Instanthalter geschult.

Im Rahmen von Energieeffizienzprojekten haben alle der befragten Gemeinden bereits unterschiedliche externe Beratungsleistungen in Anspruch genommen. Eine von uns befragte Person gab dahingehend zu bedenken, dass sie durch das Bundesenergieeffizienzgesetz mittlerweile „schon in der Beglaubigung auf einen externen Audit zugreifen“ müsse. Der Beantragungsaufwand unterscheide sich hierbei vor allem in Hinblick auf die Fördergeber: „Landesförderungen sind in Hinsicht der Komplexität sehr einfach. Bundesförderungen sind tendenziell schwieriger.“

Interessanterweise postulierten vier von sechs Befragten ein grundsätzliches Misstrauen der Verwaltung gegenüber privatwirtschaftlichen Kooperationspartnern. Private Anbieter hätten „logischerweise eine andere Systemphilosophie in sich. Ihnen geht es da um Ertrag und Gewinn und um nackte Zahlen.

Sensibilisierung in Bevölkerung und Verwaltung noch nicht abgeschlossen. Das Thema Energieeffizienz hat in jeder Gemeinde mittlerweile einen hohen Stellenwert. Zum einen sieht man die Chancen, durch effizientere Maßnahmen Geld einzusparen, auf der anderen die Bevölkerung identitätsstiftend einzubinden, wie beispielsweise durch Gratisparkplätze für Elektroautos. Die Inanspruchnahme externer Berater, Contracting-Modelle oder Förderungen wird vor allem dann gebremst, wenn diese kurzfristig Kosten verursachen und Einsparungen erst mittel- bis langfristig zu erwarten sind. Zudem bestehen sowohl in der Bevölkerung emotionale als auch in der Verwaltung finanzielle Vorbehalte gegenüber externen Versprechen. Der wichtigste Abschnitt in der Zusammenarbeit ist die konzeptionelle Phase, „hier entscheidet sich das Gelingen des Projekts in überwiegendem Maße“. Eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Gemeinden mit ihren traditionellen Eigenheiten und privaten Anbietern ist definitiv kein Selbstläufer.

Die Überwindung dieses Misstrauens und die Sensibilisierung von Entscheidungsträgern für die Wichtigkeit des Themas, sowie zusätzliche finanzielle und personelle Kapazitäten werden als zentrale zukünftige Herausforderungen in den Gemeinden identifiziert. „So wie man seinen Privatbetrieb nachhaltig gestaltet, auch wenn es zunächst etwas kostet, muss man auch mit der Gemeinde umgehen.“ Vor allem kleinere Gemeinden könnten durch „Informationen darüber, was sich am Markt tut und was Vorzeigeprojekte im Bundesland oder auch in Österreich sind“ unterstützt werden.

POST

ZÄHLERSTAND EINFACH UND GÜNSTIG ABLESEN

Mit der Selbstablesekarte ist die Erfassung des Energieverbrauchs schnell und einfach möglich. Der bewährte, durchgängige Prozess garantiert eine sichere Erfassung der Daten.

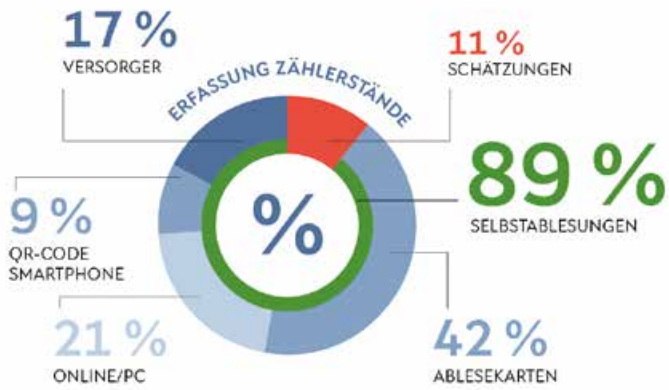
Der Konsument kann seinen Zählerstand auf der Selbstablesekarte eintragen, ihn mittels QR-Code übermitteln oder auf www.zaehlerstand.at bekanntgeben.

Der 2013 in Kooperation mit der Österreichischen Post von der Comm-Unity EDV GmbH eingeführte Service **zählerstand.at** ist ein großer Erfolg. 60.000 Zählerstände – davon 89 Prozent Selbstablesungen – wurden im Vorjahr auf diese bequeme und zuverlässige Art erhoben.

Der Ablauf ist dabei höchst effizient: Der Versorger, z. B. die Stadt, gibt alle relevanten Daten ins Kernsystem ein. Zählerstand.at importiert die Daten, bereitet sie zur Ablesung auf und gibt sie frei. Am ausgesuchten Stichtag erhält die Post den Auftrag, die Selbstablesekarten zu drucken und zuzustellen.
Endkundinnen und Endkunden haben nun drei Möglichkeiten, ihren Zählerstand bekanntzugeben:

- mit dem QR-Code auf der Karte via Smartphone
- über www.zaehlerstand.at
- mittels kostenloser Rücksendung der Antwortkarte.

Zählerstand.at prüft die einlangenden Daten auf ihre Plausibilität und exportiert sie als letzten Schritt ins Kernsystem.



89% der Verbraucher nutzen die Möglichkeit der Selbstablesung.

Das sind die Vorteile der Selbstablesekarte:

- Anbindung an bewährtes, effizientes System
- Zeit- und ressourcenschonende Alternative zu herkömmlicher Ablesung
- Optimales Zusammenspiel zwischen physischer und digitaler Verarbeitung
- Für alle Gemeinden, Verbände, Genossenschaften und Energieversorger
- Offene, selbst konfigurierbare Schnittstellen für die Anbindung beliebiger Systeme
- Unterstützung aller Smartphones und Tablets, unabhängig vom Betriebssystem
- Eine Pauschale für die gesamte Dienstleistung (Druck, Zustellung, Archivieren etc.)
- hohe Akzeptanz dank Kundenfreundlichkeit (z. B. Auswahl der Ableseart, Flexibilität)

INFOS
Mehr Informationen zur Selbstablesekarte erhalten Sie beim Post Business Service unter 0800 212 212.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

DIE FSV BEI DER KOMMUNALMESSE

WIE BAUT MAN KOSTENGÜNSTIG STRASSEN?

Das längste Straßennetz Österreichs ist das der Gemeinden. Dies stellt vor allem die Bürgermeister sowie die Mitarbeiter der kleinen Gemeinden vor personelle, technische und in letzter Zeit immer mehr vor große rechtliche Herausforderungen.

Zudem stellt sich in Zeiten, in denen finanzielle Engpässe herrschen, die Frage: „Wie kann die Kommune kostengünstig bauen und erhalten?“

Diese Frage wird beim Seminar „Kommunale Straßen“ mit Information aus erster Hand beantwortet. Die Veranstaltungsreihe enthält unter anderem Informationen zu den Bereichen Recht, Radverkehr, Begegnungszonen, Winterdienst, Straßenbetrieb, bauliche Straßenerhaltung und vieles mehr.

Die Forschungsgesellschaft Straße – Schiene – Verkehr (FSV) ist als Expertenplattform für Verkehrsfachleute bundesweit tätig und legt den Stand der Technik in Form der Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen (RVS) fest. Viele Praktiker aus den Ländern, Kommunen, aus der Bundesverwaltung, aber auch Infrastrukturbetreiber und Bauwirtschaft arbeiten in der FSV zusammen. Damit ist gewährleistet, dass Regelungen aus der Praxis für die Praxis erstellt werden.

Besuchen Sie den Stand der FSV, um über Neuerungen im Verkehrswesen up to date zu sein. Sprechen Sie mit uns über das neue FSV-Prüfbuch, die neuen RVS oder das Schulungsprogramm mit speziellen Konditionen für Kommunen.

Wir freuen uns schon auf Sie bei der Kommunalmesse 2017!

Wir finden neue Wege.

KONTAKT
Forschungsgesellschaft Straße • Schiene • Verkehr
Tel. 01/585 55 67
www.fsv.at

In guten Händen - Wir überprüfen und warten unsere Leitungen und Anlagen regelmäßig und sorgen so für einen sicheren Betrieb. Gas Connect Austria stellt ein modernes und leistungsfähiges Pipelinesystem bereit, über das schnell, sauber und umweltschonend Erdgas innerhalb Österreichs und nach Europa transportiert wird.

www.gasconnect.at

GAS CONNECT AUSTRIA
Energy. everywhere.

BODENSANIERUNG MIT MÖRTELHARZ

HÄRTER ALS BETON, FÄRBIG UND SCHNELL NUTZBAR

Mit dem Mörtelharz MHF 10 Färbig von Murexin wird aus einem langweiligen oder in die Jahre gekommenen Betonboden in wenigen Handgriffen eine optisch ansprechende und hoch belastbare Fläche. Je nach Bedarf kann das MHF 10 in vier definierten Farben eingefärbt und mit feuergetrocknetem Quarzsand hoch verfüllt werden.

Einfach, schnell – das hält. Im Gegensatz zu Mörtelmischungen auf Zementbasis, bei denen auf die Belastbarkeit meist wochenlang gewartet werden muss, ist das MHF 10 gemischt mit Quarzsand bereits nach 12 Stunden begehbar und nach 3 Tagen mechanisch zu belasten. Mit dieser schnellen Nutzbarkeit gestaltet sich sein Einsatzgebiet vielfältig: Errichtung von begeh- und befahrbaren Belägen wie in Carports oder Einfahrten, Straßenbau bei der Errichtung von Rampen, Arbeiten an Kanaldeckel und diversen Straßenbauarbeiten. Im Sanierungsbereich liegt seine weitere Stärke: Sogar auf minderfesten Schichten ist es bereits ab 15 mm selbsttragend.

PRODUKT-TIPP
Mörtelharz MHF 10 Färbig
- Niedrigviskos
- Universell einsetzbar
- Sehr emissionsarm – EC 1 PLUS R
- Als Grundierung und hoch verfüllbar
- Diffusionsoffen
- Schnell nutzbar
- Abtönbar

www.murexin.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Sicheres Arbeiten in der Nähe von Erdgasleitungen:
Gas Connect Austria INFO-SERVICE

Sie wollen ...

... in der Nähe unserer Erdgasleitung bauen oder graben?
Unsere Planauskunft hilft!
Telefon: 0043-1-27500-0 oder E-Mail: geodata@gasconnect.at

... detaillierte Informationen?
Laden Sie einfach unsere übersichtliche Broschüre zum sicheren Arbeiten im Nahbereich von Erdgasanlagen herunter.

Die Sicherheit der Anlagen und damit die Sicherheit für Mensch und Natur stehen bei Gas Connect Austria an erster Stelle. Wir überprüfen und warten unser Erdgashochdrucknetz sorgfältig und regelmäßig. Bei Bauarbeiten anderer in der Nähe von unseren Erdgasleitungen sind wir jedoch auf die Mithilfe Dritter angewiesen und stellen an diese die gleichen hohen Sicherheitsanforderungen wie an uns selbst. Gemeinden sind für Gas Connect Austria daher besonders wichtige Partner, wenn es um die Sicherheit der Pipelines geht.

Gas Connect Austria hat eine wichtige Rolle in der österreichischen und europäischen Energieversorgung. Als eine der zentralen Drehscheiben Europas transportieren wir rund um die Uhr Erdgas fast unbemerkt über ein modernes und leistungsstarkes Pipelinesystem. Mit unserer Erfahrung und unserem Expertenwissen sorgen wir seit Jahrzehnten für den sicheren und reibungslosen Betrieb unserer Leitungen.

http://www.gasconnect.at/Pipelinesicherheit/

GAS CONNECT AUSTRIA

FORSCHUNG

WISSENSCHAFT ERFORSCHT **PFLASTER**

Das Forum Qualitätspflaster präsentiert die Ergebnisse eines ersten Forschungsprojektes in Form einer Broschüre. „Mit der Publikation der Ergebnisse soll für die gesamte Branche das Bedürfnis nach Sicherheit für Auftraggeber erhöht werden. Und es soll die ordnungsgemäße Funktion gewährleistet und das Preis-Leistungsverhältnis der Realität entsprechend dargestellt werden," erläutert Eduard Leichtfried, Vorstandsvorsitzender des Forums Qualitätspflaster (FQP), die Beweggründe für die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse.

Pflaster als kultureller Fingerabdruck, der wie ein Teppich auf dem WU Campus in Wien liegt.

Mit den jüngsten Neugestaltungen ist ein neues Bewusstsein für öffentliche Stadträume entstanden. Die mit Pflaster neu gestalteten Flächen strahlen ein neues Lebensgefühl und eine Vitalität aus, die bei den Benutzern einen positiven Wahrnehmungs- und Aneignungsprozess bewirken. „Pflasterflächen schaffen einen ökologischen und sozialen Mehrwert, der monetär nur bedingt messbar ist, da die Oberflächengestaltung unmittelbar das Nutzerverhalten beeinflusst. Durch die Strukturen und das Material mit hoher sensorischer Qualität entsteht ein neues Raumgefühl, das die Aufenthaltsbereitschaft erhöht", so Leichtfried weiter.

www.fqp.at

FOTO // © Friedl Steinwerke/Markus Kaiser, Graz

TIPP DES MONATS VON

SIEMENS

Beim Energiesparcontracting Praxiserfahrung nutzen

Energieeinsparungs-Projekte mit Garantie erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Dies sind Vertragsmodelle, bei denen Energiemanagement und Energiesparmaßnahmen durch einen Contractor vorfinanziert werden, und in Folge durch die erzielten Kosteneinsparungen rückbezahlt werden. Zahlreiche Gemeinen haben so bereits ihre Energiekosten gesenkt. Aus ihren Erfahrungen können andere Kommunen profitieren. Im Leitfaden für Gemeinden „Ausschreibung von Einspar-Contracting-Projekten" der Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik finden sich etliche dieser Praxiserfahrungen. So sollte man gleich zu Beginn des Projekts eine unabhängige Beratung suchen - unabhängig von allen, die zu einem späteren Zeitpunkt im Projekt als Auftragnehmer auftreten könnten. Ebenso frühzeitig sollten alle technologischen Optionen wie eine Eigenumsetzung, Nullvariante oder der Abriss und Neubau von Gebäuden ausgelotet werden. Von Anfang an eine professionelle juristische Beratung für Ausschreibung und Vertrag hinzuziehen ist ebenso empfehlenswert, wie sich für die Vertragserrichtung ausreichend Zeit zu nehmen. Zu eng gefasste Contracting-Ausschreibungen behindern die Suche nach optimalen Lösungen seitens des Contractors. Besser ist es, die Erwartungen an das Projekt realistisch zu formulieren, denn Contracting ist nicht nur ein Instrument zur Kostensenkung sondern auch zur Qualitätsverbesserung. In jedem Fall hat es sich bewährt, eine(n) Energiebeauftragte(n) seitens der Gemeinde als Schnittstelle zum Contractor zu definieren. So geht das Wissen und der Überblick über das Projekt nicht verloren, falls politische MandatarInnen ausscheiden. Eine weitere wesentliche Erkenntnis aus den bisherigen Erfahrungen: „Leistungen aus einer Hand" sind zu bevorzugen, denn sie laufen reibungsfreier ab, als wenn Planung und Durchführung aus Stückwerk bestehen.

www.oegut.at
www.siemens.at/ee-studie
www.siemens.at/energieeffizienz

ERFOLGSKURS WIRD FORTGESETZT

MIT K5 FÜR DIE ZUKUNFT GERÜSTET

Der Erfolg von k5 wächst unaufhörlich. Rund 1500 Gemeinden haben sich bis dato für die innovative Kommunalmanagementlösung entschieden und sind damit auch bereit für die VRV 2015.

Die Vorbereitungen für die Erfassung und Bewertung des Vermögens nicht auf die lange Bank schieben. Der Arbeitsaufwand ist nicht zu unterschätzen und ohne ein Werkzeug wie k5 EB ist er kaum zu bewältigen.

Angesichts der Herausforderungen, denen sich die Gemeinden zukünftig stellen müssen, hat sich die Mehrzahl der Kommunen seit der Markteinführung im Jahr 2013 für eine innovative Lösung wie k5 Kommunalmanagement und die Investitionssicherheit einer großen Anbietergruppe mit insgesamt 300 Consultern entschieden. Bei über der Hälfte der österreichischen Gemeinden ist der neue Österreich-Standard bereits erfolgreich im Praxiseinsatz.

Zentrales Thema der nächsten Monate ist natürlich die VRV 2015. Die Planungen laufen auf Hochtouren, denn im Herbst 2018 müssen Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern das Budget 2019 auf Basis der neuen Buchführung erstellen. Die restlichen Gemeinden folgen ein Jahr später. Bei der Entwicklung von k5 waren schon von Beginn an die wesentlichen Elemente des „Drei-Komponenten-Systems" sowie der Doppik implementiert und die Anwender können sich darauf verlassen, dass sie ohne große Aufwände die neue Form der Buchführung umsetzen können.

Vermögenserfassung leicht gemacht. Die größte Hürde auf dem Weg zur Eröffnungsbilanz stellt die Notwendigkeit der vollständigen Erfassung und Bewertung des Gemeindevermögens dar. Die neue Web-Anwendung k5 EB Eröffnungsbilanz nimmt den Gemeinden viel Arbeit ab, trotzdem sollte man die vorbereitenden Tätigkeiten nicht auf die lange Bank schieben, wie einer der ersten Anwender, Günther Radlacher, Finanzverwalter der Marktgemeinde Liebenfels, rät: „Die größte Herausforderung ist die Bearbeitung des Straßennetzes und der Straßenrandflächen sowie der Grundstücksflächen des öffentlichen Gutes. Da kommt auch bei einer mittelgroßen Gemeinde wie Liebenfels recht viel Vermögen zusammen, das es zu klassifizieren und einzupflegen gilt. Dieser Arbeitsaufwand ist nicht zu unterschätzen. Ohne ein Werkzeug wie k5 EB ist das kaum zu bewältigen, denn damit kann man problemlos die zentral gehaltenen Straßen- und Grundstücksdaten importieren."

k5 EB steht allen österreichischen Gemeinden offen, nicht nur k5-Anwendern.

DIE K5-PARTNER:
- gemdat NÖ
- Gemdat OÖ
- Kufgem
- Gemeindeinformatik
- PSC Public Software & Consulting

www. k-5.at

Unabhängig davon, welche Software im Finanzmanagement derzeit in der Gemeinde eingesetzt wird – jede Gemeinde kann mit k5 EB sofort mit dem Erfassungsprozess beginnen.

Plattform für alle Anwendungen. Eine der herausragenden Stärken von k5 ist der Gesamtlösungsansatz aus einem Guss für alle Bereiche des Kommunalmanagements und E-Governments mit einer nahtlosen Integration aller Fachanwendungen bis hin zu GIS und Infrastrukturmanagement, dem ELAK, Personalverrechnung etc.
k5 ist auch offen für die Einbindung externer Datenquellen wie die österreichischen Verwaltungsregister ZMR und AGWR, mit der Möglichkeit der Datenaktualisierung des Adress-GWR direkt aus der k5 Fachapplikation.

„New Style of IT" mit k5 Kommunalmanagement. Bei der Entwicklung von k5 wurde in völlig anderen Denkmustern vorgegangen, um dem Anwender intuitive und effiziente Zugänge zu Programmen und Daten zu eröffnen.
Das Leitmotiv „Der Mensch steht im Mittelpunkt" findet seinen Ausdruck einerseits in der rollenbasierten Benutzeroberfläche, die neue Maßstäbe in Sachen Navigation, Übersichtlichkeit und Arbeitsorganisation setzt, und andererseits in der substanziellen Optimierung der täglichen Arbeitsabläufe der User.
Selbstverständlich wird k5 laufend weiterentwickelt und erweitert, aktuell wurde mit der Version 2.0 die Benutzeroberfläche an Office 2016 angepasst.

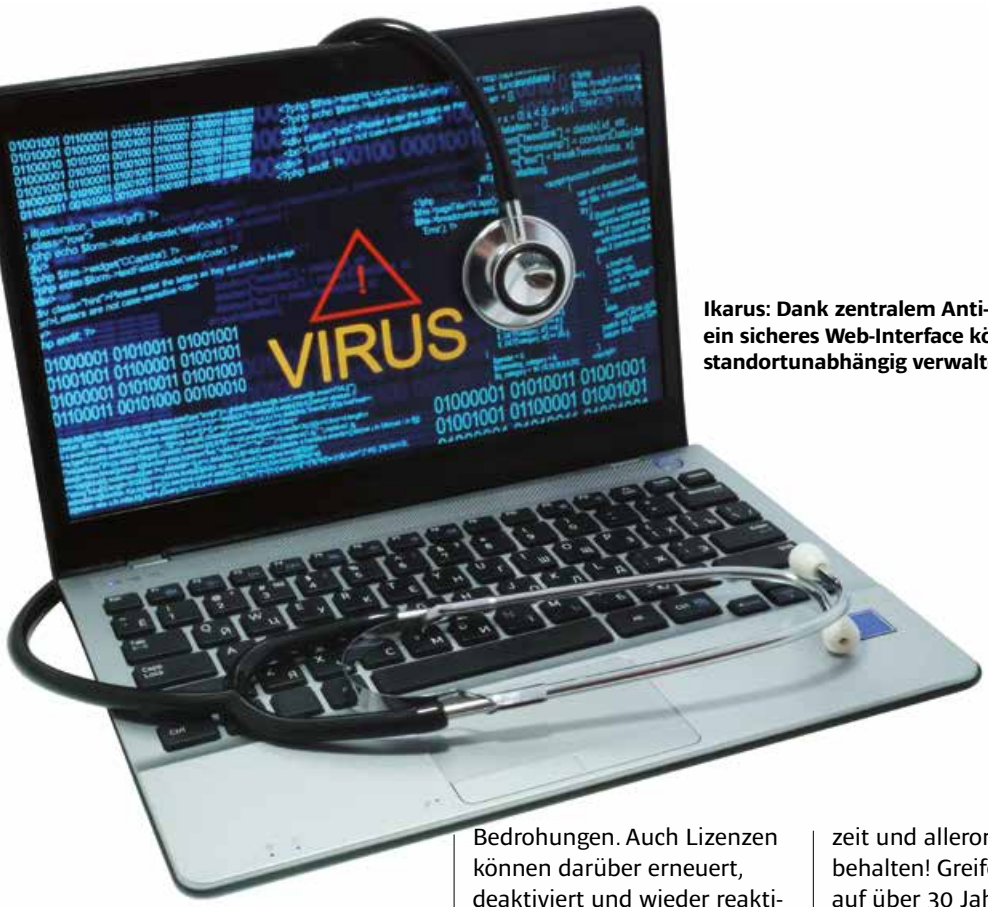
IT-SECURITY „TO GO“

ANTI-VIREN-MANAGEMENT IN DER CLOUD

Ein lokaler Virenscanner ist für Rechner mit Internetanbindung unerlässlich – die laufende lokale Wartung jedoch ist lästig und zeitaufwändig. Größere Unternehmen nutzen professionelle Management-Konsolen wie den IKARUS security.manager, der die zentrale Verwaltung und Überwachung lokaler Geräte ermöglicht.

Kleinbetriebe, IT-Servicepartner oder Administratoren, die mehrere voneinander unabhängige Geräte professionell schützen und verwalten wollen, finden mit IKARUS anti.virus in the Cloud das perfekte Werkzeug für ihre tägliche Arbeit. Dank zentralem Anti-Viren-Management über ein sicheres Web-Interface können beliebig viele Geräte standortunabhängig verwaltet und überwacht werden.

Wie mit dem „klassischen“ Virenschutz IKARUS anti.virus, können auch mit der Cloud-Version sowohl PC und Laptops, als auch Server geschützt werden. Zusätzlich zu den bewährten Sicherheits- und Erkennungsleistungen bietet das Web-Interface von



Ikarus: Dank zentralem Anti-Viren-Management über ein sicheres Web-Interface können beliebig viele Geräte standortunabhängig verwaltet und überwacht werden.

IKARUS security software

IKARUS anti.virus in the Cloud einen zentralen Überblick aller Geräte, Updates und Bedrohungen. Auch Lizenzen können darüber erneuert, deaktiviert und wieder reaktiviert werden.

Genießen Sie die Sicherheit, Ihre Geräte und Daten jederzeit und allerorts im Auge zu behalten! Greifen Sie dabei auf über 30 Jahre Erfahrung des österreichischen Software Pioniers in der Viren- und Malware-Bekämpfung zurück.

INFORMATIONEN

Besuchen Sie uns für weitere Informationen zur Absicherung Ihrer Geräte und Netzwerke auf unserer Website **www.IKARUSsecurity.com** sowie an unserem Messestand NR 229 bei der Kommunal-Messe!

Auf gesunde Nachbarschaft!

Fotowettbewerb

Fonds Gesundes Österreich

Gute Nachbarschaften sind wichtig für unsere Lebensqualität und unsere Gesundheit. Deshalb sucht der Fonds Gesundes Österreich die besten Fotos guter Nachbarschaften!

Sie kennen Engagierte, die in Ihrer Gemeinde Nachbarschaftsaktionen durchführen? Bitte informieren Sie diese über den laufenden Fotowettbewerb. Alle die beim Fotowettbewerb mitmachen und uns die schönsten Seiten ihrer Nachbarschaft zeigen, können gewinnen!

Und so funktioniert's:
Bilder (max. 2) auf **www.gesunde-nachbarschaft.at** hochladen.
Einsendeschluss ist der 22. September 2017!

Besuchen Sie unseren Messestand beim 64. Österreichischen Gemeindetag, wir informieren Sie gerne persönlich über

- den im Rahmenarbeitsprogramm 2017-2020 definierten Förderschwerpunkt „Kommunales Setting – Soziale Unterstützung und Teilhabe in Nachbarschaften".
- die Möglichkeinen zur Projektförderung im Rahmen der Förderschiene „Gemeinsam gesund in ….
- die Seminare für Bürgermeister/innen, bei denen Sie erfahren, wie Gesundheitsförderung in Ihrer Gemeinde umgesetzt, finanziert und nachhaltig verankert werden kann.
- die Initiative „Auf gesunde Nachbarschaft!", mit der der Zusammenhalt im unmittelbaren Lebensumfeld gestärkt werden soll.
- die Initiative „50 Tage Bewegung", die vom 7.9. bis hin zum traditionellen Fit-Wandertag am 26. Oktober mehr Menschen zu mehr Bewegung animieren soll.

Das Team des Fonds Gesundes Österreich freut sich auf Ihr Kommen.

Gesundheitsförderung in Gemeinden, Stadtteilen und Regionen
Dieser Leitfaden wurde als Unterstütungshilfe entwickelt um den Einstieg in die kommunale Gesundheitsförderung zu erleichtern. Zielgruppe des Leitfadens sind vor allem Personen,Gruppen und Institutionen die vorhaben, ein Projekt zu initiieren und damit einen langfristigen Prozess zu starten. Der Leitfaden kann kostenlos beim Fonds Gesundes Österreich bestellt werden.
Telefonisch 01/895 04 00 oder per mail an: fgoe@goeg.at

KOMMUNALE BESCHAFFUNG

SO WIRD IHR ORT ZUR **ONLINE-MARKT-GEMEINDE**

Das Recht, einen Markt abzuhalten, war jahrhundertelang für die Ortsentwicklung entscheidend. Im digitalen Zeitalter ist das nicht anders. Ein Online-Marktplatz hilft der Gemeinde, die Wertschöpfung in der Region zu halten, und macht sie fit für das 21. Jahrhundert.

Ein Markt gilt seit jeher als Garant für den Aufschwung von Wirtschaft und Handel, vereint er doch ein paar unschlagbare Vorteile für Käufer und Verkäufer: Anstatt beschwerliche Wege auf sich zu nehmen, findet der Konsument alle Waren an einem zentralen Platz. Konkurrenz belebt das Geschäft, und die unmittelbare Anwesenheit mehrerer Anbieter erlaubt den Vergleich der Waren, sowohl hinsichtlich der Qualität, als auch in Bezug auf den Preis. Durch den Wettbewerb sind die Anbieter gefordert, diesen kundenoptimiert anzupassen, was wiederum den Konsumenten zugute kommt.

Im Gegenzug profitieren die Anbeiter von einer ansonsten unerreichbaren Kundenfrequenz. Kurz gesagt, ein Markt ist ein Erfolgsmodell, das sich seit der Antike bewährt und behauptet hat. Das heißt aber nicht, dass das Konzept Markt unveränderlich ist. Auch Märkte unterliegen einem Wandel. Spätestens seit Amazon, Geizhals und Co. ist einzusehen, dass sich Handel und Wirtschaft zusehends in den virtuellen Raum verlagern.

> „**Nicht der Stärkste** wird überleben, sondern derjenige, der sich am Besten anpassen kann."
>
> Frei nach **Charles Darwin,** Begründer der Evolutionstheorie

Wie begegnet man als Gemeinde dieser Entwicklung am besten? Das ist die entscheidende Frage. Darwin gibt die Anwort darauf: Nicht der Stärkste wird überleben, sondern derjenige, der sich am besten anpassen kann. Das heißt mit der Zeit zu gehen, und anstatt gegen den Lauf der Entwicklungen anzukämpfen, ihn zu nutzen.

Kommunalbedarf.at ist ein derartiger virtueller Marktplatz. Kein Shop wohlgemerkt, sondern ein zentraler Platz, an dem Anbieter von Nah und Fern in fairem Wettbewerb ihre Produkte anbieten. Die Vorteile dieses Marktes sind

Ihre Gemeinde - Service - App
schon ab € 799,-

Ihre Smartphone App für iOS und Android mit **12 Grundfunktionen,** angepasst an die Bedürfnisse Ihrer Gemeinde und deren Bürger!

Gleich weitere Infos holen!

+43 1 945 90 62
office@yourapps.at

your Apps .at

Märkte sind ein Gewinn für alle, auch im virtuellen Raum. Kommunalbedarf.at ist das beste Beispiel dafür.

die gleichen wie eh und je: Kein mühevolles Herumsuchen, sondern die besten Anbieter auf einem Fleck mit Preisen, mit denen sie aufgrund des Umsatzvolumens den Kunden entgegenkommen können. Die Käufer können schnell und einfach vergleichen und den Anbieter ihres Vertrauens unterstützen, denn Kommunalbedarf.at ist offen für alle.

Internationale Firmen haben hier nicht mehr Raum und Rechte als der kleinste regionale Anbieter. Der Tischler aus dem eigenen Ort kann seine Produkte ebenso anbieten wie der multinationale Großkonzern. Sie entscheiden, bei wem sie kaufen. So liegt es in der eigenen Macht, die heimische Wirtschaft zu unterstützen und die Wertschöpfung in der Region zu halten. Jede Firma kann unter dem Link lieferant.kommunalbedarf.at ihren eigenen Marktstand eröffnen, ohne Kosten und ohne Risiko. Als Kunden erwarten Sie unter anderem hunderte österreichische Gemeinden, aber auch Unternehmen.

Kommunalbedarf.at ist der moderne Marktplatz von heute und kreiert als socher die gleiche Win-win-Situation, wie es Märkte seit eh und je tun. Den örtlichen Betrieben, die womöglich nicht die Ressourcen für einen eigenen Online-Shop haben, eröffnet sich schlagartig ein breites Kundenpotenzial, und den Gemeinden bieten sich jene Produkte, die sie zur Erledigung ihrer Aufgaben benötigen, unter einem Dach. Fragen kostet nichts, und im Fall von kommunalbedarf.at kostet selbst das Mitmachen und Nutzen nichts. Warum also diese Möglichkeit auslassen?

Stefanie Zöchmann, Marketing-Chefin von Kommunalbedarf, übergibt den neuen Monitor an Thomas Speigner, Bürgermeister von Spillern, und Michaela Weigensam.

GEMEINDE GEWINNT 24-ZOLL-MONITOR

UNVERHOFFT KOMMT OFT

Eigentlich, so erzählt Dipl.-Ing. Thomas Speigner, Bürgermeister von Spillern bei Stockerau in Niederösterreich, war es „ein Zufall, dass wir beim Preisausschreiben mitgemacht haben.“ Wir sind immer auf der Suche nach Möglichkeiten, wie wir der Gemeinde Geld sparen können und daher haben wir uns auf Kommunalbedarf.at registriert und mal geschaut, was es so alles gibt. „Ich, beziehungsweise Michaela Weigensam, die bei uns den Einkauf managt, haben uns durch alle Sektionen durchgeklickt und gleich gemerkt, dass uns das gefällt“, so der Bürgermeister. Obwohl noch unklar ist, wie die künftige Nutzung sein könnte, war Speigner, der seit 2010 der 2200-Einwohner-Gemeinde vorsteht, doch angetan vom Angebot auf Kommunalbedarf. Vor allem die Preisvergleiche bei Produkten und das flexible Freigabeverfahren bringen den Gemeinden viel. Flexibles Freigabeverfahren ist die Funktion, wonach einzelne Gemeindemitarbeiter ein gewisses Budget für Einkäufe zur Verfügung haben. Die Gemeinde vergibt dabei die Rechte und erspart sich dadurch die oft überbordende Bürokratie bei kleineren Einkäufe. Eine Idee, von der der gelernte technische Einkäufer Speigner sehr angetan ist. Sehr gut gefällt ihm auch die Möglichkeit, dass die regionalen oder lokalen Lieferfirmen ihr Sortiment auf Kommunalbedarf listen können und dadurch zwei Effekte erzielen: Erstens bekommen sie ein viel größeres Einzugsgebiet und zweitens – wenn die Angebote passen – bleibt die Wertschöpfung in der Region.

www.kommunalbedarf.at – ein Blick lohnt sich immer.

16. TÜV AUSTRIA AUFZUGSTAG

AUFZÜGE MÜSSEN SICHER BLEIBEN

Die TÜV AUSTRIA Gruppe bietet in mehr als 40 Ländern Lösungen in den Bereichen Sicherheit, Technik, Umwelt, Qualität sowie Aus- und Weiterbildung an. In diesem Rahmen fand Ende April im Wiener Rathaus der TÜV AUSTRA Aufzugstag 2017 statt, bei dem Experten über Neuerungen bei Normen, Antriebstechnologien und Sicherheit informierten.

Der Aufzugstag dient Fachleuten aus der Immobilienwirtschaft, von Aufzugsherstellern, Behörden sowie Aufzugsbetreibern als bewährte Plattform für Informations- und Erfahrungsaustausch. Demenstprechend gut besucht war die heuer bereits zum sechzehnten Mal stattfindende Veranstaltungsreihe, bei der neben den aktuellen Entwicklungen im Aufzugsbereich detailliert auf spezifische Aspekte eingegangen wurde, wie zum Beispiel die Ergänzungen zur Önorm EN 81-20, auf bauphysikalische Aspekte und Probleme beim Aufzugsbau, auf Schutzmaßnahmen gegen unbeabsichtigte Bewegung des Fahrkorbs, Erfahrungen der Aufzugsprüfer oder aktuelle landesrechtliche Bestimmungen für Aufzüge in Niederösterreich. Thomas Maldet, der Chef der Aufzugstechnik beim TÜV AUSTRIA, beantwortete KOMMUNAL gegenüber jene Fragen, die in diesem Zusammenhang speziell für Gemeinden von Bedeutung sind.

Herr Maldet, zum Stichwort Barrierefreiheit: Verzeichnet der TÜV AUSTRIA ein gesteigertes Interesse an Aufzugsumrüstungen?
Bei Umrüstungen gibt es tatsächlich ein ansteigendes Interesse, noch stärker ist es allerdings bei neuen Anlagen. Diese werden allein schon aufgrund der Gesetzeslage zumindest rollstuhltauglich gemacht, darüber hinaus werden sie auch oft für sensorische Behinderungen, wie etwa für Hör- oder Sehbehinderte, adäquat umgesetzt. Bei bestehenden Anlagen ist oft nicht (nur) der Aufzug das Problem, sondern der Zugang. Es nützt der beste Aufzug nichts, wenn sich davor drei Stufen befinden.

FOTO: TÜV AUSTRIA

„Zum Selbstschutz der Bürgermeister sollten Überprüfungen unbedingt durchgeführt werden."

Ing. Thomas Maldet, Leiter TÜV AUSTRIA Infrastructure & Transportation

Welche Fehler werden am häufigsten im Zusammenhang mit Aufzugsbauten gemacht?
Dass die Aufzüge an der falschen Stelle des Gebäudes situiert sind und dadurch kein barrierefreier Zugang gegeben ist. Oft sind auch nicht alle Geschosse stufenfrei erreichbar, vor allem Garagen, Kellerabteile, Waschküchen oder Maisonette-Wohnungen.
Aufzugsbau ist in vielen Fällen ein Kompromiss, zum Beispiel wenn für den Fahrkorb Glaswände verwendet werden. Natürlich sind sie einerseits gut, weil transparent, und Panik, Klaustrophobie und sogar Verbrechen vermeidend. Andererseits sind sie für Sehbehinderte ein Problem, weil der Reflexionsgrad hoch, der Kontrast hingegen kaum vorhanden ist. Was viele nicht wissen: Blindenhunde, die dazu erzogen werden, Türen zu finden, interpretieren Schachttüren aus Glas nicht als Aufzug. Bei der Nachrüstung sind technisch zwar einige Dinge möglich, aber leider nicht alle.

FOTO // shutterstock.com, yourli; TÜV

Großer Andrang bei den Vorträgen des 16. TÜV AUSTRIA Aufzugstags im Festsaal des Wiener Rathauses.

Alle Unfälle mit Aufzügen müssen vom Betreiber gemeldet werden. Wo muss man das tun?
Beim zuständigen Aufzugsprüfer bzw. Sachverständigen. Unfälle, aber auch außergewöhnliche Vorfälle. Dabei muss nicht einmal jemand zu Schaden gekommen sein.

Was passiert, wenn man es verabsäumt, eine solche Meldung zu tätigen?
Die Baubehörde kann diesbezüglich Strafen aussprechen. Wir helfen unseren Kunden dabei, die Gesetze einzuhalten, um Strafen zu vermeiden, aber in den Aufzugsgesetzen steht unter anderem, dass man die Nichteinhaltung von Vorschriften als Sachverständiger, der ja im wesentlichen Erfüllungsgehilfe der Behörde ist, zu melden hat. Wirklich grimmig wird es für einen Aufzugseigentümer, wenn ein Unfall passiert, er diesen nicht meldet, und vierzehn Tage später passiert aus gleicher Ursache, die man hätte beseitigen können, der gleiche Unfall noch einmal. Dann kommt es nämlich zu einem zivilrechtlichen Verfahren. Gerade Gemeinden haben sehr viele technische Anlagen, die zu überprüfen sind. Die Verantwortlichen sind sich darüber oft nicht im Klaren und vernachlässigen daher die Kontrollen. Ich spreche jetzt nicht nur von Aufzügen, sondern auch von Spielplätzen, von Hallen- und Freibädern, bei denen es um die Wasserhygiene geht, um Rutschen und Chlorierung, aber auch von kommunalen Fahrzeugen wie z. B. der Schneeräumung, Staplern, Kränen und so weiter. All diese Dinge gehören laut Arbeitsmittelverordnung bzw. den entsprechenden Gesetzen wiederkehrend überprüft. Zum Selbstschutz der Bürgermeister sollten diese Überprüfungen unbedingt durchgeführt werden. Große Gemeinden haben eigene Magistratsabteilungen oder Bauämter, die das wissen. Vor allem kleine Gemeinden benötigen hier Unterstützung.

Österreichweit werden täglich mit über

100.000

Aufzugs-Anlagen Millionen von Personen befördert.

Im Jahr 2016 gab es in Österreich insgesamt

109

gemeldete Unfälle mit Aufzügen. Im Jahr 2013 waren es gar nur 61.

Statistisch gesehen fährt jeder Mensch auf der Welt binnen

72

Stunden einmal Aufzug. Der Aufzug gilt somit noch vor dem Flugzeug als sicherstes Massentransportmittel.

Wie findet man heraus, was zu überprüfen ist, beispielsweise nach Anschaffung eines neuen Geräts?
Im Zweifelsfall, indem man bei uns anruft: 50454-1300. Gerade weil wir diese Unsicherheiten als Mangel erkannt haben, haben wir eine Informationsoffensive gestartet, bei der wir die Gemeinden einladen und ihnen die Vorschriftenlage erklären. In Tirol waren wir bereits. Die nächste Station ist die Steiermark. Darüber hinaus können Gemeinden bei uns auch ein Prüfmanagement beziehen. Im Klartext heißt das, sie zeigen uns ihr technisches Equipment, und wir kümmern uns darum, dass es auch tatsächlich zu den notwendigen Terminen überprüft wird. So nehmen wir den Verantwortlichen ein gewisses Maß ihrer Verantwortung ab.

Der 16. TÜV AUSTRIA Aufzugstag wurde veranstaltet vom Bildungsinstitut der Unternehmensgruppe, der TÜV AUSTRIA Akademie. Details zu Veranstaltungen und Lehrgängen erhält man auf **www.tuv-akademie.at**. Einen Gesamtüberblick über das breite Leistungsspektrum des TÜV AUSTRIA findet man auf **www.tuv.at**. Weitergehende umfassende Informationen zum Thema Aufzug bietet die TÜV AUSTRIA Aufzugstechnik unter **www.tuv.at/aufzug.**

NEUE WEGE FÜR DEN WOHNBAU

ALL-IN99: BAURECHT MACHT WOHNEN LEISTBAR

Das Welser Unternehmen wert.bau errichtet mit seinen all-in99-Wohnanlagen leistbaren Wohnraum. Eine zentrale Säule des Konzepts ist die 99-jährige Grundstückspacht auf Baurechtsbasis.

all-in99-Wohnanlagen werden auf Baurechtsbasis errichtet.

„Das Baurecht ist die moderne Form des Grundstückerwerbs und europaweit, beispielsweise in der Schweiz oder in Finnland, bereits weit verbreitet," weiß wert.bau-Geschäftsführer Mario Deuschl. „Leider orten wir dem Baurecht gegenüber immer noch etwas Skepsis zu, was wahrscheinlich auch an den mangelnden Informationen darüber liegt." Die Vorteile liegen aber auf der Hand: Durch den Baurechtszins wird der Grundkaufpreis „scheibchenweise" auf einige Jahrzehnte verteilt bezahlt. Dazu kommt noch der Wegfall von Finanzierungskosten, außerdem wird kein Gewinnaufschlag auf das Grundstück gemacht. Somit können auch Personen, die über nicht so viel Kapital verfügen, Wohnungseigentum erwerben bzw. die Mietkosten fallen für den Mieter niedriger aus.

Ein Praxisbeispiel

Durch ein Baurecht wird eine 50-m²-Wohnung – abhängig vom Verkehrswert der Liegenschaft – um mind. EUR 20.000,- günstiger. Für Mietwohnungen bedeutet das eine Reduktion der Nettomiete um ca. EUR 2,-/m² im Vergleich zum ortsüblichen Preis von Neubauwohnungen.

Für Investoren in all-in99-Wohnungen ergibt sich ein weiterer Vorteil: „Der Baurechtszins kann als Aufwand abgeschrieben werden – ähnlich wie die Zinsen bei einer Fremdfinanzierung," erläutert Deuschl. Das gilt jedoch nur für Kapitalanleger, die ihre Wohnung vermieten.

wert.Bau-Geschäftsführer Mario Deuschl

Eigentum bleibt in der Familie oder dem Betrieb

Viele Eigentümer wollen ihre Grundstücke nicht verkaufen, sondern sehen diese als Kapitalanlage für Generationen. „Speziell Klerus, Bundesforste, Gemeinden, aber auch Landwirte verpachten Grundstücke eher, als dass sie auch nur einen Quadratmeter verkaufen." Somit können auch etwaige Baulücken geschlossen werden. Grundstückseigentümer stellen sich in Zeiten der Nullzinspolitik berechtigterweise auch die Frage, wie der Verkaufserlös werterhaltend wieder veranlagt werden kann. Der Baurechtszins von 3% des Verkehrswerts einer Liegenschaft liefert auf alle Fälle höhere Erträge als derzeit viele Sparformen oder Versicherungen.

Die wert.bau als Spezialist für leistbares Wohnen berät Gemeinden und Grundstückseigentümer gerne zu den Möglichkeiten des Baurechts und den innovativen all-in99-Projekten.

wert.bau

KONTAKT

wert.bau Errichtungs GmbH
Pfarrgasse 15/107
4600 Wels
Tel.: 07242 55 666 – 33

www.wert-bau.net

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

EXKLUSIVUMFRAGE

LEISTBARES WOHNEN IN ÖSTERREICHS GEMEINDEN

Gemeinsam mit der wert.bau Errichtungs GmbH, einem Spezialisten für leistbares Wohnen hat KOMMUNAL eine österreichweite Umfrage in den Amtsstuben durchgeführt. Nun liegen die Ergebnisse vor und zeigen eine deutliche Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage bei kleineren Wohneinheiten.

Wenig überraschend herrscht bei den politisch verantwortlichen Kommunalpolitikern in der Alpenrepublik Einigkeit darüber, dass leistbares Wohnen ein äußerst wichtiges Thema ist. Es sind hier weder regionale noch parteipolitische Unterschiede festzustellen.

Die Nachfrage nach leistbarem Wohnraum ist deutlich höher als das aktuelle Angebot. Gerade für junge Menschen und Familien ist es schwierig, in der Heimatgemeinde etwas Passendes zu finden. „ Die Umfrage hat bestätigt, was wir mit unserem all-in99-Konzept forcieren: Kleinere Wohneinheiten bis 60 m² werden am meisten nachgefragt, sind aber gleichzeitig am Markt kaum erhältlich“, erläutert wert.bau-Geschäftsführer Mario Deuschl die Problematik.

Gründe, warum leistbares Wohnen zwar von allen politischen Seiten gewünscht, aber in der Praxis noch zu wenig realisiert wird, sehen die Befragten vor allem in den hohen Baukosten und den immensen Grundstückspreisen. Letztere führen in manchen österreichischen Regionen zu einer für viele Gemeinden unerfreulichen Abwanderung junger Generationen. Für knapp 60% der österreichischen Gemeinden ist daher der Grundstückserwerb auf Baurechtsbasis eine sehr gute bis gute Idee.

> **Kleinere Wohneinheiten** bis 60 m² werden am meisten nachgefragt.“
>
> **Mario Deuschl,**
> wert.bau-Geschäftsführer

„Wir mussten aber auch feststellen, dass es sowohl in den Gemeinden als auch bei Grundstückseigentümern noch Skepsis und eine Fülle offener Fragen gibt. Die meisten Einwände oder Befürchtungen lassen sich aber durch eine ordentliche Informationen über Vor- und Nachteile aus der Welt schaffen.“ Erfreulich ist, dass bei der überwiegenden Anzahl der Befragten, die bereits Erfahrungen mit Baurechtsprojekten haben, die Einstellung dazu eine positive ist.

Alle, die mehr zum Thema Baurecht, leistbares Wohnen und all-in99-Projekten wissen möchten, sind herzlich eingeladen, den Stand der wert.bau Errichtungs GmbH bei der Kommunalmesse zu besuchen. Diese findet am 29. und 30. Juni auf dem Messegelände in Salzburg statt.

DER ONLINE MARKTPLATZ FÜR GEMEINDEN

KOMMUNALBEDARF.AT

GENUG PAPIER IM DRUCKER?

A4

80 g/m²

ab €2,22* pro Paket

Profitieren Sie von **besonders attraktiven Staffelpreisen** bei Kopierpapier.

KOMMUNALBEDARF.AT ist der Online Marktplatz für Gemeinden und ermöglicht es in nur einer Bestellung Waren von unterschiedlichen Lieferanten zu beschaffen.

* exkl. MwSt., bei Bestellung ab 2 Paletten (entspricht 480 Paketen)

ENERGIENAHE LÖSUNGEN SCHONEN GEMEINDEBUDGET

ENERGIE EFFIZIENTER NUTZEN

VERBUND ist Österreichs führendes Stromunternehmen und einer der größten Stromerzeuger aus Wasserkraft in Europa. Mit über 70 Jahren Erfahrung im Energiebereich – vom Anlagenbau bis zur Elektromobilitätsdienstleistung – ist VERBUND ein verlässlicher Partner für innovative Lösungen und unterstützt kommunale Organisationen mit neuen Energiedienstleistungen, um Kosten zu sparen.

Sie sind auf der Suche nach innovativen und kostensparenden Lösungen zu Energie- und Umweltfragen für Ihre Gemeinde? VERBUND unterstützt mit einem kommunalen Angebot, bestehend aus energienahen Dienstleistungen wie Photovoltaik, Contracting und alles rund um E-Mobilität:

Energiecontracting
VERBUND entwickelt maßgeschneiderte Energieversorgungskonzepte, von der Entwicklung über Planung und Finanzierung bis hin zu Bau und Betrieb von Wärme-, Kälte-, Dampf-, Strom-, Druckluft- oder anderen Energieerzeugungsanlagen. VERBUND übernimmt dabei alle Dienstleistungsschritte individuell auf die Bedürfnisse Ihrer Gemeinde abgestimmt.

E-Mobilität
Steuerliche Impulse sorgen für Wachstum bei Elektromobilität – dementsprechend sollten auch Gemeinden dafür gewappnet sein. Während 2015 knapp 2000 Elektroautos neu zugelassen wurden, stieg die Zahl der Neuzulassungen in 2016 auf 4275. Das VERBUND Tochterunternehmen SMATRICS betreibt als erster Anbieter ein flächendeckendes Hochleistungs-Ladenetz in Österreich mit Ladestationen im Umkreis von 60 km.

Photovoltaik
Die Installation einer Photovoltaik-Anlage senkt die Energiekosten nachhaltig und leistet gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz. VERBUND bietet individuelle Komplettlösungen für Photovoltaik und Speicher. Die technische Umsetzung von der Planung bis Inbetriebnahme und Förderabwicklung der Projekte übernimmt das Tochterunternehmen SOLAVOLTA, führender Spezialist im Photovoltaik-Sektor.

Besuchen Sie den VERBUND Messestand in der Halle 10, Stand 15 und holen Sie sich innovative Ideen & Perspektiven sowie konkrete Angebote für Ihre Gemeinde.
Wir freuen uns auf den Dialog mit Ihnen!

KONTAKT

Christian Höfer
VERBUND Solutions GmbH
Tel: +43 664 828 759 5
E-Mail: christian.hoefer1@verbund.com

Besuchen Sie uns bei der Kommunalmesse
29.-30. Juni 2017
Messezentrum Salzburg
Standnummer: 15

Verbund

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

STRASSENLEUCHTEN UND LADESTATIONEN MIT MEHRWERT

MEHR ALS LICHT UND LADEN

Energieeffiziente Lösungen für die Verkehrsinfrastruktur sind ein Kernanliegen für den Verkehrstechnologiekonzern SWARCO. Besondere Bedeutung kommt hier stromsparenden Straßenleuchten in LED-Technik sowie der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge zu.

Sicher unterwegs zu sein bedeutet in Städten und Kommunen auch, nachts gut beleuchtete Straßen auf dem neuesten Stand der Technik zu haben. Mit der FUTURLUX LED-Leuchten-Familie von SWARCO ist dies sehr energieeffizient umsetzbar. Zudem amortisiert sich die Investition auch in designerisch ansprechende Straßenlampen schon nach wenigen Jahren und sorgt nachhaltig für die Budgetschonung von Kommunen und Privatunternehmen.

Sowohl die Erweiterung des Straßenleuchten-Angebots als auch die Konzeption neuer Produktvarianten finden bei Architekten und Stadtplanern großen Anklang. Dank der unter www.swarcofuturit.com herunterladbaren Datenblätter, Light Files und neuerdings auch des DIALux-Plugins können Lichtplaner mit der DIALux-Planungssoftware alle FUTURLUX Leuchten direkt und unkompliziert in ihre Lichtberechnungen einbeziehen.

Die EVOLT PUBLIC 46-Ladesäule

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Das UFH ist Umweltpionier und Vorzeigeunternehmen in Sachen Klimaschutz. Unsere Kunden können darauf vertrauen, dass ihre Elektroklein- und Großgeräte, Kühlgeräte, Bildschirme, Batterien, Lampen und Photovoltaikmodule umweltschonend und ressourceneffizient entsorgt werden.

SAGEN SIE JA ZUM UFH!

www.ufh.at Entsorgen mit gutem Wissen.

UFH

Das erweiterte FUTURLUX LED-Leuchten-Programm

Damit die Elektromobilität weiter Fahrt aufnehmen kann, bietet SWARCO die geeigneten Produkte für die Lade-Infrastruktur. Dies reicht von Ladesäulen für den öffentlichen Raum für Pkw und Fahrräder bis hin zu Wallboxes für daheim.
Die Ladesäulen sind durch die Betreiber personalisierbar im Hinblick auf grafische Gestaltung und Branding. Neben dem Green Energy Center in Innsbruck haben sich nun auch die Muttereralm Bergbahnen für die Aufstellung einer EVOLT PUBLIC 46 Ladesäule entschieden. Diese kombiniert die Ladefunktion mit einem 46-Zoll-Display, das für Ortsmarketingzwecke, Infotainment und Werbung genutzt werden kann. Die Ladesäule wird so multifunktional zu einer Art digitaler Litfaßsäule.

Überzeugen Sie sich von SWARCOs Kompetenz und besuchen Sie uns auf Stand 244/245 während der KOMMUNALMESSE in Salzburg

IHR KONTAKT FÜR EVOLT UND FUTURLUX:

OSTÖSTERREICH:
SWARCO TRAFFIC AUSTRIA GmbH
Mühlgasse 86
2380 Perchtoldsdorf
T. +43-1-983 57 63-0
E. info.sta@swarco.com

WESTÖSTERREICH:
SWARCO TRAFFIC AUSTRIA GmbH
Blattenwaldweg 8
6112 Wattens
T. +43-5224-52800
E. service.austria@swarco.com

www.swarco.com/austria

REPORTAGE
Wir haben ein Gefängnis im Ort
ab Seite 74

EINLADUNG
Was die Wiener Wies'n für Gemeinden bietet
Seite 80

Er ist mit gerade einmal 26 Jahren nicht nur Niederösterreichs jüngster Landesparteiobfrau-Stellvertreter, sondern auch jüngster Bürgermeister. KOMMUNAL gegenüber erklärt Michael Wurmetzberger, was ihn zu diesem Amt motiviert.

NAME:	**MICHAEL WURMETZBERGER**
ALTER:	**26**
GEMEINDE:	**KAUMBERG**
EINWOHNERZAHL:	**1024** (1. Jänner 2016)
BÜRGERMEISTER SEIT:	**10. März 2017**
PARTEI:	**ÖVP**

NAHAUFNAHME: MICHAEL WURMETZBERGER

MIT GANZER KRAFT GEGEN ABWANDERUNG

Herr Wurmetzberger, wie kamen Sie in die Politik?
Mein Großvater war selbst Kommunalpolitiker und als ich 19 Jahre alt war, bin ich einmal zum ÖVP-Parteitag mitgegangen. Ich wurde dann gefragt, ob ich für den Gemeinderat kandidieren wolle, und habe im folgenden Wahlkampf über Vorzugsstimmen den Einzug geschafft. So hat alles angefangen.

Sie sind Niederösterreichs jüngster Bürgermeister. Gibt es Skepsis wegen des Alters?
Nein. Speziell die älteren Bürger freuen sich, dass jemand Junger gekommen ist. Viele Junge fragen eher, weshalb ich das in diesem Alter mache.

Was motiviert Sie zu einer derartigen Verantwortung in so jungen Jahren?
Zu einem gewissen Teil ist es sicher Idealismus. Die Pflicht, für die Gesellschaft etwas beizutragen, ist meines Erachtens noch wichtiger als alle Rechte, die uns zustehen.

Was war Ihre eigentliche Lebensplanung?
Ich habe Bankkaufmann gelernt, war in sehr jungen Jahren Filialleiter einer Sparkasse und habe eigentlich nicht damit gerechnet, dass ich in der Politik so schnell so eine große Herausforderung habe und Bürgermeister werde.

Wie sieht Ihr Arbeitsalltag aus?
Neben dem Bürgermeisteramt bin ich auch in der Gemeinde angestellt und zu neunzig Prozent den ganzen Tag da. Auch abends habe ich viele Termine. Die sind für mich nicht so das Problem, aber in der Früh aufkommen ist mein großes Laster. Aber ich bemühe mich. (lacht)

Was hat Sie in Ihrem Leben geprägt?
Ich habe ein sehr gutes Verhältnis zu meinen Eltern und speziell mein Vater hat mich sehr geprägt. Er war mein Trainer im Fußballverein, hat mich immer unterstützt, und ist in gewisser Weise das Gegenstück zu mir, denn er ist sehr ruhig und nimmt alles gelassen. Meine Eltern wenden viel ihrer Freizeit für die Gesellschaft auf und bringen sich stark ins Gemeindeleben mit ein. Das hat auf mich abgefärbt und sich übertragen.

> „MAN KANN NICHT IMMER NUR **VOLLGAS GEBEN.**“

Sind Sie impulsiv und extrovertiert?
Naja, als Bürgermeister sollte man nicht unbedingt der Introvertierteste sein. Ich geh schon manchmal impulsiv voran, wobei ich von Jahr zu Jahr immer ruhiger werde. Man kann nicht immer nur Vollgas geben, sondern muss oft ruhiger an die Sache herangehen.

Welche Schwerpunkte haben Sie sich vorgenommen?
In der letzten Zeit war das Wichtigste, dass ich mich sehr gut einarbeite und ein paar Dinge aufarbeite, die liegen geblieben sind. Das Spektrum ist extrem vielfältig und herausfordernd. Vieles ist für mich das erste Mal. Wichtig ist, dass wir den ländlichen Raum nicht aussterben lassen und die Abwanderung verhindern. Das ist ein großes Ziel von mir. Man muss da immer auf Zack sein. Ich möchte die Leute bei uns halten, und gleichzeitig einen Zuzug schaffen, weil es bei uns einfach wunderschön ist.

Der **Mensch** hinter dem Bürgermeister

ZUHAUSE IST FÜR MICH:
Meine Familie

DAS WILL ICH UNBEDINGT NOCH ERLEBEN:
Nach Amerika fliegen und ein NBA- und ein NFL-Match anschauen.

HABEN SIE EIN LEBENSMOTTO?
Irren ist menschlich, Vergeben ist göttlich.

WIE WÜRDEN SIE SICH SELBST MIT EINEM WORT BESCHREIBEN?
Ehrgeizig

http://kommunal.at/artikel/mit-ganzer-kraft-gegen-abwanderung/

EINE KLEINE „HÄFN-ELEGIE"

WIR HABEN EIN GEFÄNGNIS IN DER GEMEINDE

Wer will in seiner Gemeinde schon ein Gefängnis haben? KOMMUNAL hat sich auf Spurensuche in vier österreichische Gemeinden begeben, in denen Haftanstalten liegen. Wie gehen die Bürgermeister mit diesen Einrichtungen um? Und wie lebt die Bevölkerung damit?

TEXT / Carina Rumpold

27 Justizanstalten (JA) gibt es in ganz Österreich, wobei es in den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Tirol und Vorarlberg jeweils nur eine einzige gibt. Große Gefängnisse gehören im allgemeinen Verständnis nicht zu jenen Gebäuden, in deren unmittelbarer Nachbarschaft man leben möchte. Dementsprechend groß sind die Widerstände, wenn es darum geht, wo eine Justizanstalt angesiedelt wird. In der Praxis zeigt sich aber, dass diese ein wichtiger Impuls für die jeweilige Standortgemeinde sind und auch die Gemeindebewohner vom Gefängnis selbst nichts oder nur wenig mitbekommen.

Im Mai 2017 gab es 8286 Gefängnisinsassen, 529 davon sind weiblich. Die überwiegende Mehrheit befindet sich in Strafhaft (5937), 1871 in U-Haft und 859 Personen sind sogenannte „geistig abnorme" sowie entwöhnungsbedürftige Rechtsbrecher. Die meisten sitzen dabei eher „kurze" Haftstrafen ab: 41 Prozent haben eine Strafdauer von null bis einem Jahr, 43,8 Prozent „sitzen" ein bis fünf Jahre. Eine Strafdauer von fünf bis zehn Jahren liegt bei zehn Prozent der Insassen vor, alle Strafdauern darüber hinaus machen etwas mehr als fünf Prozent aus.

Männliche, weibliche und jugendliche Untersuchungshäftlinge sowie rechtskräftig verurteilte Strafgefangene mit einer Strafdauer von bis zu 18 Monaten sitzen zum Teil in Leoben ein. Damit sind sie in einem der modernsten Gefängnisse Europas untergebracht, denn es wurde 2005 völlig neu gebaut und bietet viel Freiheit nach innen und maximale Sicherheit nach außen. Davor war es im Ortszentrum in einem ehemaligen Dominikanerkloster untergebracht. Als eine umfassende Modernisierung wegen zu großer Fluchtmöglichkeiten und Renovierungsbedürftigkeit nicht mehr vermeidbar war, brach eine Diskussion um den Standort aus. „Es bestand damals die Gefahr, dass wir das Landesgericht verlieren", erinnert sich Leobens Bürgermeister Kurt Wallner. Die freie, große Wiese neben der Autobahn, die sein Vorgänger dem damaligen Justizminister anbot, überzeugte aber. „Der damalige stellvertretende und heutige Leiter der Justizanstalt hat das so gut organisiert, dass die Bevölkerung vom Umzug der Insassen nichts mitbekommen hat", betont Wallner. Heute befinden sich am Rande des Murtals in einem großen Komplex das Bezirks- und Landesgericht, das gerichtliche Gefangenenhaus sowie die Staatsanwaltschaft. Die Zuständigkeit erstreckt sich über die gesamte Obersteiermark. Der moderne Strafvollzug wird hier praktiziert, um möglichst vielen Straftätern einen guten Einstieg ins hoffentlich straffreie Leben zu ermöglichen.

Der Gemeinde bringt die Justizanstalt in Le-

„Ich spüre die Haftanstalt nicht, wenn ich in der Gemeinde bin, sondern eher, wenn ich auf Urlaub fahre."

Josef Reinwein, Bürgermeister von Göllersdorf

„Der Leiter der Justizanstalt hat das so gut organisiert, dass die Bevölkerung **vom Umzug der Insassen nichts mitbekommen hat.“**

Kurt Wallner,
Bürgermeister von Leoben, über „seine“ neue Justizanstalt, die eine der modernsten Europas ist (großes Bild)

oben viele Vorteile: „Das Gefängnis hat rund 200 Insassen und über 100 Bedienstete haben in Leoben ihren Hauptwohnsitz. Mit der Justizanstalt konnten wir in Leoben auch das Landesgericht halten und durch die Umwegrentabilität wird die Wirtschaft gestärkt, abgesehen davon, dass im Justizzentrum auch viele Leute Beschäftigung gefunden haben.“

Göllersdorfer Gefängnis seit Erstem Weltkrieg. Gutes Einvernehmen mit dem Leiter der Justizanstalt gibt es auch im niederösterreichischen Göllersdorf. In einem ehemaligen Schloss der Grafen Schönborn-Buchheim befindet sich die österreichweit einzige Justizanstalt für geistig abnorme unzurechnungsfähige Rechtsbrecher. Schon im Ersten Weltkrieg wurde das Schloss als Internierungslager genutzt, die weitere Nutzung als Gefängnis rief daher in der Gemeinde keine besonderen Widerstände hervor. Eine kurze Welle der Aufregung gab es Anfang der 1990er-Jahre, als die geistig abnormen Rechtsbrecher Freigang bekamen. „Das hat sich aber wieder gelegt, weil die Leitung der Justizanstalt das sehr verantwortungsvoll macht“, berichtet Bürgermeister Josef Reinwein. Auch im Alltag gibt es wenige Berührungspunkte mit der Anstalt: „Das ist wie extraterrestrisches Gebiet. Von der Gemeinde her haben wir nur mit der JA im Bereich der feuerpolizeilichen Pflichten und der Notfallpläne zu tun. Ich spüre die Haftanstalt nicht, wenn ich in der Gemeinde bin, sondern eher, wenn ich auf Urlaub fahre und sage, wo ich herkomme. Dann verbindet jeder Göllersdorf mit dem Häfn.“ Finanziell bringen die 100 bis 200 Insassen der Gemeinde wenig, da viele in ihren jeweiligen Heimatorten hauptgemeldet sind. „Natürlich haben wir Vorteile durch die Zuzüge der Beschäftigten in der JA. Auch der Nahversorger profitiert vom Gefängnis. Ich bin auch froh, dass das Schloss Schönborn durch diese Maßnahmen erhalten, saniert und erweitert wird“, erzählt der Bürgermeister von den Vorteilen. Und die Nachteile? „Da fällt mir keiner ein“, so der Bürgermeister lapidar und verweist auf das gute Einvernehmen mit der Anstaltsleiterin.

„Der Vollzug ist sehr autonom und nicht sehr öffentlich, obwohl das Gebäude mitten im Ort steht.“

Anton Silber,
Bürgermeister von Garsten

Garsten: Keiner bekam Vereitelung des Massenausbruchs mit. Auch in der oberösterreichischen 6650-Einwohner-Gemeinde Garsten ist ein besonderes Gefängnis angesiedelt. „Bei uns sitzen die sogenannten schweren Jungs“, fasst Bürgermeister Mag. Anton Silber die Hauptgruppe bildlich zusammen. Das ehemalige Stift, in dem fast 400 männliche Strafgefangene, geistig abnorme zurechnungsfähige Rechtsbrecher und Untersuchungshäftlinge untergebracht sind, ist schon seit 1859 eine Justizanstalt. „Das Kloster stammt noch aus dem Barock. Hier wird permanent investiert, um einen zeitge-

mäßen Vollzug zu garantieren. Der Vollzug ist sehr autonom und nicht sehr öffentlich, obwohl das Gebäude mitten im Ort steht", weiß Anton Silber. Die Bürger haben selbst den erst kürzlich vereitelten Massenausbruchsversuch nur im Nachhinein mitbekommen. „Wir leben hier mit einem Gefühl der Sicherheit und nicht mit einem der Angst. Da gibt es keine große Emotionalität", erzählt Silber. „Früher hat man mehr mitbekommen, dass man hier in einem Ort mit so großem Gefängnis wohnt, denn da haben die Straftäter noch heraußen gearbeitet. Heute gibt es das fast nicht mehr", weiß der Ortschef. Die Beschäftigungsmöglichkeiten haben sich ins Gebäude verlagert und bieten dort mit insgesamt 18 Arbeitsbetrieben und Werkstätten ein umfangreiches Beschäftigungsangebot. Viele Insassen verlassen die Anstalt mit einem Lehrabschluss oder einem Schulabschluss.

Dass die Bevölkerung so entspannt mit dem Gefängnis umgeht, mag auch daran liegen, dass viele dort ihren Arbeitsplatz haben. „Die Justizanstalt hat 150 Beschäftigte. Viele ziehen auch deswegen nach Garsten. Die lokalen Unternehmen profitieren, wenn sie Dienstleistungen erbringen, die die Anstalt in ihren Werkstätten selbst nicht leisten kann, und auch die Gemeinde profitiert. Zwei Drittel der Beschäftigten haben in Garsten den Hauptwohnsitz und auch die Gebühreneinnahmen sind nicht zu vernachlässigen. Die Kommunalsteuer ist hingegen ein eher vernachlässigbarer Faktor", weiß der Bürgermeister. Was man aus seiner Sicht noch verbessern könnte, ist der Informationsweg vom Ministerium und umgekehrt. „Ich würde mir wünschen, über zukünftige Entwicklungen informiert zu werden und würde mich umgekehrt über einen direkteren Draht ins Justizministerium freuen. Mit der Leitung der Justizanstalt gibt es hingegen eine gute Ansprechbasis vor Ort."

Sonnberg: 400 Straftäter bei insgesamt 470 Einwohnern. Etwas mehr Aufregung in der Bevölkerung gab es anfangs im 470-Einwohner-Örtchen Sonnberg. 1955 wurde das Schloss vom damaligen Eigentümer Anton Habsburg-Lothringen an die österreichische Justizverwaltung verkauft. Damals war die Lage alles andere als einfach, erinnert sich der heutige Bürgermeister Erwin Bernreiter: „Die Bevölkerung Sonnbergs hatte natürlich Bedenken und hätte dort lieber das Projekt der Caritas, mit einem Kinder- und Seniorenheim gesehen. Allerdings gab es ein medinisches Gutachten, wonach das sumpfige Gelände ums Schloss (der Göllersbach war noch nicht reguliert) als ungeeignet für ein Erholungsheim gewesen wäre. Auch die damals noch eigenständige Gemeinde Sonnberg hätte den Kauf und die Sanierung des Schlossobjektes mit 25 Hektar Grund nicht finanzieren können." Im ersten Schritt errichtete die Justizverwaltung ein „Arbeitshaus", eine Gärtnerei und Ähnliches, das der Justizanstalt Göllersdorf eingegliedert war. Erst in den 1970er Jahren wurde Sonnberg zu einer eigenständigen Justizanstalt. Um dem bis dahin in der Bevölkerung immer noch bestehenden Gefühl des „Unbehagens" entgegenzuwirken, wurde eine hohe Mauer rund um die JA errichtet. „Damit kehrte Beruhigung und ein Gefühl der Sicherheit ein", so Bernreiter.

Rund 400 erwachsene männliche Strafgefangene mit Freiheitsstrafen von 18 Monaten bis zu zehn Jahren sind seither in dem Ortsteil von Hollabrunn untergebracht. „Die Auswirkungen sind im Nachhinein durchwegs positiv. Im Gegensatz zu den Befürchtungen kam es beispielsweise durch Freigänger zu keinem Anstieg der Einbrüche. Im Gegenteil: Viele Bewohner finden dort einen sicheren Arbeitsplatz." Die Haftanstalt, in der beispielsweise auch Tony Wegas zu Abbüßung seiner Straftat saß, ist heute ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für die Gemeinde Hollabrunn, denn viele Güter des täglichen Bedarfs und Lebensmittel werden in der Region gekauft. „Außerdem konnte durch den Erwerb des Schlosses durch die Justizverwaltung dieses historische Gebäude vor dem Verfall gerettet werden – auch wenn es nicht öffentlich zugänglich ist", betont Bernreiter. Negative Erfahrungen in der Zusammenarbeit gibt es keine, wie der Bürgermeister erzählt: „Kommunikation und Gesprächsbasis sind hervorragend. So können alle relevanten Fragen rasch gelöst werden. Ich wünsche mir, dass es so bleibt. Die Gemeinde Hollabrunn und die JA Sonnberg sind auch Wirtschaftspartner – so liefert etwa die JA täglich Essensportionen, die von der Gemeinde an die Bezieher der Aktion „Essen auf Rädern" zugestellt werden. Auch sind sogenannte Freigänger etwa im Bereich der Stadtwerke für die Stadtgemeinde tätig."

„Die Auswirkungen sind im Nachhinein durchwegs positiv. Im Gegensatz zu den Befürchtungen kam es beispielsweise durch Freigänger zu keinem Anstieg der Einbrüche."

Erwin Bernreiter, Bürgermeister von Hollabrunn, in dessen 470-Einwohner-Ortsteil Sonnberg die mit 400 Männern belegte Haftanstalt liegt.

MAG. CARINA RUMPOLD IST REDAKTEURIN IN DER ABTEILUNG „KOMMUNIKATION & MEDIEN" DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
carina.rumpold@gemeindebund.gv.at

FOTO // Gemeindebund

SALZKAMMERGUT-TROPHY

3. ÖSTERREICHISCHE MOUNTAINBIKE-MEISTERSCHAFT

Die 3. Österreichische Mountainbike-Meisterschaft mit großer Beteiligung aus den Gemeinden findet Mitte Juli wieder in Bad Goisern statt.

Vor 20 Jahren klein und bescheiden, aber mit einer Vision und viel Leidenschaft ins Leben gerufen, feiert die Salzkammergut-Trophy 2017 ihren 20. Geburtstag. Im Laufe der Jahre hat sich dieses Sportevent zum größten MTB-Marathon Österreichs entwickelt. Für alle Gemeindebediensteten, Bürgermeister und Gemeindefunktionäre, die sich am Samstag, den 15. Juli 2017 nicht schon um 5 Uhr an den Start der 210 Kilometer-Distanz stellen wollen, gibt es die immer noch äußerst herausfordernden 37,9 Kilometer der 3. Österreichischen Mountainbike-Meisterschaft und für alle oberösterreichischen Gemeindebediensteten die Distanz über 22,1 Kilometer bei der OÖ Mountainbike-Meisterschaft.

Jede Gemeinde erhält bei Anmeldung vor dem 30. Juni drei Startplätze gratis. Alle Teilnehmer der offiziellen Gemeindemeisterschaft bekommen als Erinnerung ein schönes Radtrikot vom Sponsor ARA, und Energie AG Umwelt Service. Die drei schnellsten Damen und Herren sowie das schnellste 3er-Team – natürlich sind auch Mixed-Teams möglich – gewinnen eine Trophäe. Der Start erfolgt in einem eigenen Startblock um 11.55 Uhr (37,9km-Distanz) und um 12.20 Uhr (22,1km-Distanz). Die Siegerehrungen finden ab 17 Uhr im Festzelt am Goiserer Marktplatz statt.

„Für alle Bürgermeister, Gemeindefunktionäre und Gemeindebediensteten gilt es, die äußerst herausfordernden **37,9 Kilometer der 3. Österreichischen Mountainbike-Meisterschaft** zu bestehen."

Die Anmeldung erfolgt über **www.trophy.at.** Zusätzlich ist es notwendig, ein Mail mit der gewünschten Trikotgröße bzw. das Teamanmeldeformular mit dem Betreff „Österreichische Gemeindemeisterschaften" bzw. „OÖ Gemeindemeisterschaften" an gemeindemeisterschaften(at)trophy.at zu senden.

An diesem dritten Juli-Wochenende werden auch wieder zahlreiche Events rund um die eigentlichen Rennen stattfinden. Wieder veranstaltet wird beispielsweise auch der Jugendwettbewerb. Den Kindern stehen dabei zwei Bewerbe zur Auswahl: der Parcours-Wettbewerb und der „XS Race", bei dem es mehr um die Schnelligkeit geht. Veranstaltet wird auch ein Einrad-Downhiller, eine neue Wertung für Gravel-Bikes, die Bosch eMTB-Trophy und Österreichs größter eMTB-Text sowie die Bikermesse. Über 1100 Freiwillige werden wieder für eine gelungene Veranstaltung und einen reibungslosen Ablauf des Kräftemessens sorgen.

Alle Infos zur Salzkammergut-Trophy unter www.trophy.at

SICHERHEIT

KURVEN. **SICHER**

Dank der speziellen Bodenmarkierungen wählen Motorradlenker eine sicherere Kurvenfahrlinie. Ein Pilotprojekt des KFV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) zeigt positive Ergebnisse.

In einer unübersichtlichen Linkskurve nähert sich der Motorradfahrer in gewohnter Schräglage zu nah der Mittellinie und plötzlich Gegenverkehr – der Motorradfahrer reagiert mit einem Ausweichmanöver und stürzt. Das sind Szenen von Unfallhergängen, die für viele Motorradfahrer schwere Verletzungen zur Folge haben oder sogar tödlich enden. Viele Biker lassen sich durch die Mittellinie zu einer falschen Kurvenlenkung verleiten. Studien aus den vergangenen Jahren zeigen, dass 95 Prozent der analysierten Fahrer eine zu enge Kurvenlinie wählen. In einem Pilotprojekt des KFV wurden deshalb auf beliebten Motorradstrecken in unübersichtlichen Linkskurven zusätzliche Bodenmarkierungen angebracht, welche das Kurvenfahrverhalten von Motorradfahrern sicherer gestalten sollen – mit Erfolg: Nach einer Evaluierungsphase konnten Experten des KFV feststellen, dass die ellipsen- und balkenförmigen Bodenmarkierungen ihren Zweck erfüllten. Nach Aufbringung der Markierungen wählten beinahe doppelt so viele Motorradlenker als bisher eine sichere Kurvenfahrlinie. Und: Während zuvor jeder Vierte ganz besonders nah an der Mittelinie fuhr, wählten nach Anbringung der Markierungen nur noch etwa 9 Prozent der Motorradlenker diese besonders gefährliche Kurvenfahrlinie.

„Unsere Ergebnisse zeigen, dass sowohl die Ellipsen- als auch die Balken-Markierungen einen positiven Einfluss auf die Fahrlinienwahl haben. Bei Streckenabschnitten, in welchen bei besonders vielen Motorradlenkern ein gefährliches Kurvenfahrverhalten zu erkennen ist, kann das Kurvenverhalten durch die Anbringung der Markierungen deutlich verbessert werden“, so Dipl.-Ing. Klaus Robatsch, Forschungsleiter im KFV.

> „Dank der speziellen Bodenmarkierungen **wählen Motorradlenker eine sicherere Kurvenfahrlinie.“**
>
> **Klaus Robatsch,** Forschungsleiter im KFV

An folgenden Straßenabschnitten und Gemeinden konnten Balken- oder Ellipsenmarkierungen bisher erfolgreich getestet werden:

Kärnten
- B69 Südsteirische Grenzstraße: Gemeinde Wolfsberg – Bezirk Lavamünd
- B87 Weissenseestraße: Gemeinde Gitschtal – Bezirk Hermagor
- B91 Loiblpaß Straße: Gemeinde Ferlach – Bezirk Klagenfurt Land
- B70 Packer Straße: Gemeinde Griffen – Bezirk Völkermarkt

Niederösterreich
- B25 Erlauftalstraße: Gemeinde Göstling/Ybbs – Bezirk Scheibbs
- B21 Gutensteiner Straße: Gemeinde St. Aegyd am Neuwalde – Bezirk Lilienfeld

Burgenland
- L213 Lorettoer Straße: Gemeinde Eisenstadt – Bezirk Eisenstadt
- B25 Geschriebensteinstraße: Gemeinde Lockenhaus – Bezirk Oberpullendorf

Sicherheitstipps für Motorradfahrer
- Ein großes Risiko für Motorradunfälle besteht am Anfang der Motorradsaison, wenn sich der Fahrer erst wieder auf die Maschine einstellen muss. Auch die anderen Verkehrsteilnehmer müssen sich daran gewöhnen, dass wieder mehr Einspurige unterwegs sind. Selbst wenn das Freiheitsgefühl noch so verlockend ist, sollte immer der Situation, dem Können und der Übung entsprechend gefahren werden.

- Nach einer mehrmonatigen Fahrpause muss man erst das richtige Gefühl für ein Fahrzeug wiedererlangen. Die Blicktechnik in der Kurve und das richtige „Lesen der Straße“

In einem Pilotprojekt des KFV wurden auf ausgewählten, beliebten Motorradstrecken in unübersichtlichen Linkskurven zusätzliche Bodenmarkierungen angebracht, welche das Kurvenfahrverhalten von Motorradfahrern sicherer gestalten sollen.

müssen wieder auf Motorradbetrieb umgestellt werden. Das heißt Gefahrenquellen in der Straßenbeschaffenheit, wie z. B. Rollsplitt, müssen rechtzeitig erkannt werden. Übungsfahrten auf geschütztem Gelände helfen dabei, sich wieder auf das Fahrzeug einzustellen. Durch ausreichende Sicherheitsabstände zu anderen Fahrzeugen können Motorradfahrer von anderen Verkehrsteilnehmern besser wahrgenommen werden.

- KFV-Studien zeigen: Obwohl Motorräder etwa gleich gut bremsen wie Pkw, bremst der Durchschnittsbiker aus Angst oft sogar schlechter als ein Lastauto. Richtiges Bremsen muss trainiert werden. Wer das beherzigt, hat im Ernstfall die besten Karten in der Hand, wenn es darum geht, noch möglichst viel vom Tempo loszuwerden.

- Rund zwei Drittel der verletzten Motorradfahrer erleiden Beinverletzungen, etwa die Hälfte der Verletzungen betrifft die oberen Extremitäten. Da Biker im Fall eines Unfalls ohne Knautschzone auskommen müssen, ist eine robuste Schutzbekleidung wichtig.

- Der Helm muss fest sitzen, sodass er gerade nicht drückt. Zu empfehlen ist ein abklappbarer Sonnenschutz. Halbschalen sind leicht und luftig, dafür schützen sie Gesicht und Gebiss kaum. Systemhelme sind im Komfort spitze, aber meist deutlich schwerer als Integralhelme. Für alle gleich: Ob Brille oder Visier, das Sichtfeld muss stimmen, Kratzer sind hinderlich, optische Verzerrungen tabu.

- Um das Risiko zu verringern, übersehen zu werden, sollte auffällige und reflektierende Sicherheitskleidung getragen werden.

FOTOS // BMLFUW/Strasser Robert // KFV

ALPENKONVENTION: DER ÖSTERREICHISCHE VORSITZ

SCHÜTZEN & NÜTZEN

Das internationale Übereinkommen zum Schutz der Alpen – die Alpenkonvention – wurde am 7. November 1991 in Salzburg unterzeichnet. 25 Jahre später erfolgte am selben Ort die Vorstellung des Programms der österreichischen Alpenkonventionspräsidentschaft 2016–2018.

Drei Wochen zuvor hatte Österreich im Rahmen der im bayerischen Grassau abgehaltenen XIV. Tagung der Alpenkonferenz turnusmäßig von Deutschland den Vorsitz in der Alpenkonvention übernommen. Vorsitzender der Alpenkonferenz und somit auch der Alpenkonvention insgesamt ist Umweltminister Andrä Rupprechter. Planung und Durchführung der Aktivitäten und Veranstaltungen liegen primär im Verantwortungsbereich der Abteilung I/9 (Internationale Umweltangelegenheiten) des BMLFUW.

Neben der Koordination und Abhaltung der routinemäßigen Sitzungen und der Fortführung von Initiativen und Aktivitäten vorangegangener Präsidentschaften erfolgte auch eine eigene thematische Schwerpunktsetzung seitens Österreichs. Das Motto der österreichischen Präsidentschaft lautet „Schützen und Nützen“. Dies bringt zum Ausdruck, dass Schutz und Entwicklung des Alpenraums sich nicht ausschließen, sondern vielmehr zusammenspielen und Hand in Hand gehen (sollen).

Konkret liegen die thematischen Schwerpunkte unter anderem in den Bereichen Berglandwirtschaft, Naturschutz, Wasser, Klimawandel und -schutz, Risiko-Governance im Naturgefahrenkontext (siebenter Alpenzustandsbericht) sowie nicht zuletzt auch der Rolle von Frauen in Bergregionen (im Speziellen in den Alpen).

In Ergänzung dazu fand auf Initiative von Rupprechter am 18. und 19. April 2017 in Alpbach in Tirol eine internationalen Konferenz zur „Rolle der Frauen in Bergregionen“ statt. Das kann als erstes großes öffentliches „Highlight“ der österreichischen Präsidentschaft gesehen werden .

Um die Vielfalt der Herausforderungen zu unterstreichen, wurden dazu Sprecherinnen aus drei Kontinenten – Südamerika, Afrika und Asien –, ergänzt durch Akteurinnen aus den Alpen, eingeladen. Eine bei dieser Gelegenheit verabschiedete Deklaration mit dem Titel „Regionale Lösungen für globale Herausforderungen“ strebt u. a. eine stärkere Vernetzung der vielfältigen Initiativen von Frauen an.

Mehr Infos auf www.alpenconv.org

EINLADUNG

GEMEINSAM MIT IHRER GEMEINDE AUF DIE WIENER WIESN

Ein ganz besonderes Willkommensgeschenk und zahlreiche Vorteile erwarten heuer Ausflugsgruppen aus den Gemeinden bei der Wiener Wiesn.

Zum siebten Mal findet das Wiener Wiesn-Fest von 21. September bis 8. Oktober 2017 auf der Kaiserwiese im Wiener Prater statt und steht auch heuer wieder ganz im Zeichen von regionalen Schmankerln, gepflegtem Brauchtum, zeitloser Tradition und einem hochkarätigen Live-Musik-Potpourri mit heimischen Musikern.

Für alle Bürgermeister/innen, die gemeinsam mit ihren Bürger/innen einen Ausflug zur Wiener Wiesn machen, gibt es heuer ein ganz besonderes Angebot: Verbringen Sie einige unvergessliche Stunden auf einem der eindrucksvollsten Feste Österreichs.

Bei Ihrem Besuch am Wiener Wiesn-Fest gibt es exklusiv für Sie als Bürgermeister/in und Ihre Gemeinde folgende Vorteile:

- Ihr personalisiertes Lebkuchenherz mit dem Namen Ihrer Gemeinde
- Garantierte Sitzplatzreservierung in Ihrem Wunschzelt tagsüber (11.30 bis 17.00 Uhr)
- Zehn Prozent Preisnachlass auf die Party-Tickets für die Live-Konzerte (Mittwoch bis Samstag ab 18.30 Uhr in den Festzelten)
- Das Gutscheinheft mit zahlreichen Vergünstigungen zum Download auf der Homepage der Wiener Wiesn (Link siehe unten).
- Gruppenfoto mit Ihrer Gemeinde als Andenken an den Besuch beim Wiener Wiesn-Fest, das schon in Ihrem E-Mail-Posteingang ist, noch bevor Sie wieder zu Hause sind

Genießen Sie mit Ihrer Gemeinde und Ihrem Team ein stimmungsvolles Fest, wo Gaudi und gute Unterhaltung garantiert sind!

Bei Fragen und Wünschen steht Ihnen das Team der Wiener Wiesn jederzeit gerne unter **01/503 08 77 10** oder unter **office@wienerwiesnfest.at** zur Verfügung. Das Team freut sich auf Ihre Rückmeldung.

www.wienerwiesnfest.at

DIE BUNDESLÄNDERTAGE IN DER ÜBERSICHT

22. 9. 2017	
	Burgenland-Tag
23. 9. 2017	
	Niederösterreich-Tag
24. 9. 2017	
	Oberösterreich-Tag
27. 9. 2017	
	Wien Tag
29. 9. 2017	
	Kärnten-Tag
30. 9. 2017	
	Steiermark-Tag
1. 10. 2017	
	MondSeeLand-Tag
6. 10. 2017	
	Vorarlberg-Tag
7. 10. 2017	
	Tirol-Tag
8. 10. 2017	
	Salzburg-Tag

SÜDTIROL

BÜRGERMEISTERRENTE **RÜCKT NÄHER**

Die Forderung der Südtiroler Bürgermeister nach einer sozialen Absicherung ist nicht neu. Bereits seit Jahren setzen sie sich für dieses Anliegen ein.

Nun sollen endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. In einer außerordentlichen Vollversammlung hat der Präsident des Gemeindenverbandes den Auftrag erhalten, einen entsprechenden Gesetzesvorschlag im Regionalrat einzubringen.

Mit großer Mehrheit stimmten die versammelten Bürgermeister dem Modell des Südtiroler Gemeindenverbandes für eine gerechtere soziale Absicherung zu. Das Modell orientiert sich an der Rentenregelung der Landtags- und Regionalratsabgeordneten. Für die Amtsdauer soll für jeden Bürgermeister ein prozentueller Anteil seiner Amtsentschädigung in einen Zusatzrentenfonds eingezahlt werden.

Insgesamt sollen 33 Prozent in einen Zusatzrentenfonds einfließen. 24,2 Prozent davon sollen von der Gemeinde kommen, 8,8 Prozent vom Bürgermeister selbst. Während der Anteil zu Lasten des Bürgermeisters von seiner Amtsentschädigung abgezogen wird, zahlt die Gemeinde ihren Teil zusätzlich zur normalen Amtsentschädigung. Für den Bürgermeister einer mittleren Gemeinde mit einer Amtsentschädigung von 3800 Euro würde dies bedeuten, dass 334 Euro seiner monatlichen Amtsentschädigung in den Rentenfonds einfließen. Die Gemeinde ihrerseits würde monatlich weitere 920 Euro an den Rentenfonds überweisen.

Mit der neuen Regelung soll erstmals auch für Freiberufler, Handwerker und Landwirte eine soziale Absicherung geschaffen werden. Diese schauten bisher durch die Finger. Aufrecht bleibt dagegen die Regelung des politischen Wartestandes für öffentliche und private Angestellte.

„Es handelt sich um kein Privileg, sondern um eine soziale Absicherung, wie sie jeder anderen Berufsgruppe im Lande auch zusteht.“

Andreas Schatzer,
Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes

Mehr Infos beim Südtiroler Gemeindenverband unter **www.gvcc.net**

Für diese zahlt die Gemeinde während ihrer Amtsdauer auch weiterhin die Sozialbeiträge ein. Dafür wird der Anteil, den die Gemeinde an den Zusatzrentenfonds einzahlt, auf 12,1 Prozent reduziert.

Der Vorschlag des Gemeindenverbandes kostet eine Gemeinde je nach Einwohnern jährlich 6000 bis 30.000 Euro mehr. Für ganz Südtirol rechnet man mit zusätzlichen Ausgaben von rund 1.000.000 Euro. Laut Verbands-Präsidenten Andreas Schatzer sollten uns die Bürgermeister dies wert sein. Zumal diese im Gegensatz zu ihren Kollegen im restlichen Italien keine Mandatsabfertigung bekommen, ganz zu schweigen von den Pensionen der Kollegen in Deutschland. Schatzer ist auch überzeugt, dass die Bürger das Anliegen ihrer Bürgermeister verstehen. Es handelt sich um kein Privileg, sondern um eine soziale Absicherung, wie sie jeder anderen Berufsgruppe im Lande auch zusteht.

Sowohl der zuständige Regionalassessor Dr. Sepp Noggler als auch Landesrat Arnold Schuler haben den Bürgermeistern ihre volle Unterstützung zugesagt. Nun gilt es im Regionalrat eine entsprechende Mehrheit zu finden. Dafür ist die Zustimmung der Trentiner Abgeordneten notwendig. Mit dem Gemeindenverband von Trient haben bereits erste Gespräche stattgefunden.

Nach den Vorstellungen des Gemeindenverbandes soll der Vorschlag in wenigen Wochen zu Papier und dann im Regionalrat eingebracht werden. Mit etwas gutem Willen könnte das entsprechende Gesetz dann innerhalb des Jahres, aber jedenfalls noch in dieser Legislatur, vom Regionalrat verabschiedet werden, ist Schatzer zuversichtlich.

FOTOS // rawpixels, shutterstock.com

BURGENLAND

Landesrätin Astrid Eisenkopf mit den Teilnehmern und Vortragenden des Lehrgangs.

Experten in Sachen **nachhaltige Mobilität**

Der erste Lehrgang zur Ausbildung von kommunalen Mobilitätsberaterinnen und -beratern startete an der Fachhochschule Eisenstadt.
Die Mobilitätsbeauftragten sollen die Gemeinden in allen Mobilitätsbelangen beraten. Weiters sollen sie als Schaltstelle zu den wichtigsten Akteuren in diesem Bereich – wie VOR, der Abteilung für Verkehrsplanung oder Förderabwicklungsstellen – fungieren.
Der von der Akademie Burgenland durchgeführte Lehrgang ist eine von mehreren Aktivitäten im Rahmen des burgenländisch-ungarischen Interreg-Projekts „SMART Pannonia“, das Gemeinden die Möglichkeit bietet, kostenlos ein maßgeschneidertes Mobilitätskonzept erstellen zu lassen. Als erstes hat die Stadtgemeinde Neufeld davon Gebrauch gemacht.

Seniorentaxi macht mobil

Die burgenländischen Taxiunternehmer starteten im Jahr 2008 mit Unterstützung der Landesregierung die Aktion „60plusTaxi“.
Mit der Marktgemeinde Siegendorf sind mittlerweile 66 Gemeinden des Burgenlandes an diesem Projekt beteiligt.
Die Ausgabe der mit fünf Euro dotierten „60plus-Schecks“ übernimmt die Gemeinde, die durch einen Gemeindestempel den Scheck quasi aktiviert. Dieser dient dann als Zahlungsmittel für die Fahrt mit einem burgenländischen Taxiunternehmen.
Der Scheck ist für Taxifahrten im ganzen Bundesland gültig. Abgerechnet wird zwischen Taxiunternehmern und Gemeinden.

KÄRNTEN

Gesundheitspreis ging nach Lendorf

Beim heuer zum 13. Mal verliehenen Gesundheitspreis des Landes Kärnten gewann die Gemeinde Lendorf die Kategorie „Allgemeine Gemeindeprojekte“ und kassierte dafür 2000 Euro. Mit dem Projekt „Evolutionspädagogik – Unsere Kinder sind es uns wert“ konnte sich Lendorf gegen 21 Mitbewerber durchsetzen.
Im Mittelpunkt des neuen Beratungs- und Trainingskonzepts, das in Lendorf umgesetzt wurde, steht die Förderung der sieben Gehirn-Entwicklungsstufen bei Kindern. Dazu wurde ein Indoor-Parcours für Evolutionspädagogik installiert und in den Schulalltag integriert.
Rang zwei errang die Gemeinde Ferndorf mit dem Projekt „Lebenswelt Familie: Wohlbefinden und Lebensfreude für Jung und Alt“.
Platz drei ging an die Marktgemeinde St. Paul im Lavanttal mit dem Projekt „1, 2, 3 – Bambini sei dabei“.

Landeshauptmann Peter Kaiser und LH-Stellvertreterin Beate Prettner (re.) mit den Vertreterinnen der Gemeinde Lendorf.

Digitaler Maßanzug für Gemeinden

Das Land Kärnten stellt die Weichen für den Ausbau der Digitalisierung der 132 Kärntner Gemeinden. Vorrangiges Ziel einer derzeit anlaufenden Digitalisierungsoffensive ist es, ein einheitliches EDV-System zu entwickeln, das von allen Gemeinden genutzt wird. Durch Zeitersparnisse in Verwaltungsroutinen soll Zeit für mehr Bürgerkontakte und interkommunale Kooperationen gewonnen werden. Die Basissoftware verfügt über offene Schnittstellen.
Pilotkommunen sind die Gemeinden Villach, Nötsch und Finkenstein.

NIEDERÖSTERREICH

Der designierte SPNÖ-Vorsitzende Franz Schnabl, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und NÖ GVV-Präsident Rupert Dworak im neuen NÖ GVV-Quartier.

Ein neues Büro **zum Jubiläum**

Der Verband sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in NÖ wird am 11. Oktober 70 Jahre alt. Bereits Anfang Mai wurde dieses Jubiläum mit einem Festakt begangen.
NÖ GVV-Präsident Rupert Dworak konnte dabei unter zahlreichen Ehrengästen auch die neue Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und den neuen SPNÖ-Vorsitzenden Karl Schnabl begrüßen, die bei diesem Termin zum ersten Mal aufeinandertrafen. Im Zuge der Feierlichkeiten wurden auch die neuen Büroräumlichkeiten in St. Pölten mit einem Tag der offenen Tür eröffnet.

Abfallwirtschaftsgesetz novelliert

Der Landtag hat die Novellierung des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes 1992 beschlossen.
Eine wesentliche Änderung gibt es bei der Definition von Abfall. Hier gilt ab Inkrafttreten nur noch die Art und Zusammensetzung des Abfalls und nicht mehr wie in der Vergangenheit die Menge eines einzelnen Haushalts.
Somit unterliegen nun auch alle Nichthaushalte (Betriebe, Anstalten und sonstige Einrichtungen), wo haushaltsähnlicher Abfall anfällt, der Anschlusspflicht an die kommunale Müllabfuhr. Betriebe sind nur bis zu einer Jahresmenge von 3120 Liter Restmüll pro Jahr verpflichtet, am kommunalen Abfallwirtschaftssystem teilzunehmen.
Die Mengen, welche darüber hinaus anfallen, können aber freiwillig über die Umweltverbände verwertet werden.

OBERÖSTERREICH

Salzkammergut-Gemeinden gründeten **neuen Verband**

Sieben Gemeinden aus Oberösterreich und zwei aus Salzburg bündeln ihre Ressourcen für die gemeinsame Standortentwicklung und Betriebsansiedlung. Dazu wurde der österreichweit ersten bundesländerübergreifenden Gemeindeverband „Inkoba“ (Interkommunale Betriebsansiedlung) gegründet. Der Verband soll sich für die Sicherung bestehender Betriebe und Arbeitsplätze, die Ansiedlung neuer Betriebe, die Erweiterung des Arbeitsplatzangebots und für Wachstumschancen durch erhöhte Wirtschaftskraft in der Region einsetzen.

1. Reihe: Horst Gaigg, Bgm. Markus Siller (Ebensee), Bgm. Peter Ellmer (Bad Goisern), Bgm. Egon Höll (Obertraun); 2. Reihe: Bgm. Friedrich Posch (Gosau), VizeBgm. Alfred Gamsjäger (Hallstatt), Bgm. Josef Weikinger (Strobl); 3. Reihe von links: Bgm. Franz Eisl (St. Wolfgang), Bgm. Otto Kloiber (St. Gilgen), Franz Tauber (Business Upper Austria)

Bürgerbeteiligung für junge Erwachsene

Zwei oberösterreichische Agenda 21-Projekte zeigen, wie moderne Beteiligungsformate genutzt werden können, um junge Erwachsene für die Mitgestaltung von Zukunftsthemen ihrer Gemeinden zu begeistern: In Michaelnbach bietet die App „Bürgercockpit“der Gemeinde verschiedene Möglichkeiten, mit Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten. Mit professioneller Begleitung werden dann die (virtuell) gesammelten Ideen in realen Workshops bearbeitet. In der Leader-Region „Nationalpark oö. Kalkalpen“ steht den Gemeinden nun ein Online-Instrument zur Verfügung, das hilft, zu erkennen, wie attraktiv sie für junge Erwachsene im Alter zwischen 20 und 35 Jahren sind.

FOTOS/Landesmedienservice Burgenland, LPD Kärnten/Augstein, NÖ GVV/Werner Jäger, TZ Inneres Salzkammergut

SALZBURG

Der selbstfahrende Minibus soll die „letzte Meile" überbrücken.

Selbstfahrende Busse für den ländlichen Raum

In der Gemeinde Koppl im Flachgau wird ein selbstfahrender Minibus im öffentlichen Verkehr getestet. Unter der Leitung von Salzburg Research werden mit dem Minibus wichtige Fragen rund um automatisierte Mobilität für die „letzte Meile" erforscht. Diese letzte Meile – der Weg von der Haltestelle zum Wohn- oder Zielort – ist ein kritischer Aspekt für die Akzeptanz von bestehenden öffentlichen Verkehrsmitteln. Automatisierte Fahrzeuge könnten in Zukunft diese Lücke schließen. In Koppl hat man in einem Workshop über Befürchtungen der Bevölkerung gesprochen.

Feuerwehrleute per Video gesucht

In St. Johann mangelt es der Feuerwehr an Nachwuchs. Gesucht werden 20 bis 30 neue Mitglieder. Mit einem Video macht man auf die drastische Situation aufmerksam.
„Wir sind eine große Gemeinde mit vielen Einsätzen, sodass wir oft an die Grenze kommen – mit 72 Leuten kann man nicht wirklich alles abdecken. Die Jugend deckt immer nur das ab, was eigentlich automatisch durch das Alter immer wieder herausfällt", sagt Feuerwehrkommandant Johann Überbacher auf ORF-online.
In dem Video macht sich ein Feuerwehrmann für den Einsatz bereit und steigt ins Feuerwehrauto. Dort muss er feststellen, dass er der Einzige ist.
Der Clip ist nun schon einige Zeit online. Gebracht hat er laut Kommandant Überbacher noch nicht viel, „aber wir sind in aller Munde".

www.ff-stjohann.at

STEIERMARK

Spielzeug-Ausleihen auf dem Spielplatz

Auf acht Grazer Spielplätzen gibt es Plastikboxen, die mit Bällen und Sandspielzeug bestückt sind. Kinder dürfen die Dinge ausleihen und damit spielen.
Eltern sollen sich dadurch Geld ersparen und müssen die Spielsachen auch nicht mehr herumtragen. „Man muss nicht immer alles besitzen, man kann teilen, und teilen lernt man im Sandkasten", meint Ernst Muhr, Initiator und Geschäftsführer des Vereins „Fratz Graz". Der Verein wird die Spielplätze regelmäßig besuchen, um die Spielgeräte zu reinigen oder zu ergänzen. Es wird aber klargestellt, dass Eltern und Kinder verantwortlich für die Spielgeräte sind.

www.fratz-graz.at

Teilen lernt man in der Sandkiste.

Ex-Bürgermeister wehrt sich

Der frühere Bürgermeister von Hart bei Graz, Gerhard Payer, gegen den ein Verfahren wegen Amtsmissbrauchs läuft, kann viele der Vorwürfe nicht nachvollziehen. So sei etwa der Vorwurf, dass eine Umfahrungsstraße ohne Gemeinderatsbeschluss errichtet worden war, falsch. Auch dass Barvorlagen gegenüber dem Land Steiermark unrichtig verbucht worden seien, stimme nicht, sagte der Anwalt des Ex-Bürgermeisters gegenüber ORF-online.
Nach der Korruptionsstaatsanwaltschaft hat sich nun auch der Rechnungshof mit der Überschuldung von Hart bei Graz beschäftigt. Kritisiert wird unter anderem die Führung des Gemeindeamtes. Es habe kein Personal mit profunder Gemeindeverwaltungspraxis gegeben, heißt es.

TIROL

Zersiedelte Gemeinden haben höhere Aufwendungen für Straßenerhaltung und Abwasserbeseitigung, aber auch für Schülertransporte.

Land fördert **Gemeinde-zusammenarbeit**

Die Tiroler Landesregierung hat Förderungen für interkommunale Zusammenarbeit beschlossen. Damit soll der Abwanderung aus ländlichen Regionen entgegengesteuert werden. Ziel ist es, Synergien zu nutzen sowie Verwaltung und Daseinsvorsorge möglichst kosteneffizient zu gestalten. Auch Fusionen von Gemeinden soll es geben, allerdings nur freiwillig, nicht zwangsweise, wie dies in der Steiermark der Fall war.

Bei neu entstandenen Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern will das Land innerhalb von vier Jahren insgesamt 2,5 Millionen Euro auf den Tisch legen. Bei einer Einwohnerzahl von bis zu 1000 werden einer Gemeinde über diese Zeit insgesamt 850.000 Euro gewährt
Für das Jahr 2017 sind zudem sechs Millionen Euro für Gemeinden vorgesehen, die von Abwanderung bedroht oder zersiedelt sind.

Digitaler Flächenwidmungsplan

Im September 2013 wurde erstmals der Flächenwidmungsplan von sieben Tiroler Gemeinden in digitaler Form veröffentlicht. Anfang Mai waren 175 Gemeinden umgestellt, weitere 21 kommen bis September dazu. Die digitale Abwicklung von Widmungen reduziert Kosten und Zeitaufwand. Die Planungsqualität wird erhöht, der Zugang zu wichtigen Informationen für Bürgerinnen und Bürger erleichtert. Zudem tritt die Rechtswirksamkeit der Flächenwidmung zugleich mit der digitalen Veröffentlichung in Kraft.

VORARLBERG

Befristete Widmung soll kommen

Bei der geplanten Raumplanungsnovelle soll eine befristete Widmung eingeführt werden, berichtet Landesstatthalter Karlheinz Rüdisser. Überlegt wird auch die Schaffung eines Bodenfonds. Außerdem soll in einer Novelle des Grundverkehrsgesetzes, an der gerade gearbeitet wird, die Position der Gemeinden gestärkt werden. Damit seien wesentliche Forderung der Initiative „vau/hoch/drei“ berücksichtigt. Eine Infrastrukturabgabe für unbebautes gewidmetes Bauland kommt für Rüdisser indes nicht infrage.

Die Novelle zum Grundverkehrsgesetz soll eine stärkere Rolle der Gemeinden bringen (Symbolbild).

Geld für die Abwasserbeseitigung

Die Vorarlberger Landesregierung entlastet Kommunen bei den Kosten, die beim Betrieb von Abwasserbeseitigungsanlagen anfallen.
Heuer werden 15, vor allem kleinere, Gemeinden mit insgesamt 840.000 Euro unterstützt. „Im Mittelpunkt steht die Sicherung von gleichwertigen Lebensbedingungen auch abseits der großen Ballungszentren“, erklärt Landeshauptmann Markus Wallner. Indem das Land diesen Gemeinden dabei hilft, ihre vielfältigen Aufgaben zu erfüllen, steigt die Lebensqualität vor Ort und die Bevölkerung profitiert.
Gleichzeitig wirkt sich die von Landesseite bewilligte Unterstützung auch bei den Kanalgebühren positiv aus. „Die Preise werden durch die Förderung für die Menschen auf einem leistbaren Niveau gehalten“, meint Landesrat Erich Schwärzler. Klein- und Streusiedlungsgemeinden würden durch Kanalgebühren überdurchschnittlich stark belastet.

FOTOS: wildbild, www.BilderBox.com, Shutterstock/franco luctao, Shutterstock/Volker Rauch

PERSONALIA

TODESFALL

Gründer des **„Weltparlaments der Bürgermeister“** verstorben

Benjamin Barber 2014 im Gespräch mit KOMMUNAL-Chefredakteur Hans Braun.

NEW YORK // Am 24. April erlag der Gründer des „Parlaments der Bürgermeister“ einer Krebserkrankung. Er wurde 77 Jahre alt. Geboren 1939, war Barber unter anderem Professor für Zivilgesellschaft an der University of Maryland und einer der einflussreichsten Politikwissenschaftler der USA. Barber wuchs in New York auf. Im Alter von 18 Jahren ging er zum Studium an das Albert Schweitzer College in Graubünden. 1958 setzte er sein Studium an der London School of Economics und Political Science fort. Nach seinem Diplom 1963 folgte 1966 die Promotion im Fach „Government“ an der Harvard University. 2001 wurde er Professor für Zivilrecht an der Universität von Maryland.
Barber war innenpolitischer Berater der Regierung von US-Präsident Bill Clinton und beriet zahlreiche andere Körperschaften und Politiker. Als seine „zentrale“ Leistung wird die Gründung des „Weltparlaments der Bürgermeister“ in Erinnerung bleiben. Weder die Nationalstaaten noch die UNO haben sich als fähig erwiesen, Herausforderungen wie Migration, Klimawandel, die Erhaltung des sozialen Friedens und die Sicherung des Wohlstandes zu bewältigen. Der US-amerikanische Politologe Benjamin R. Barber ist der Ansicht, dass Kommunen Probleme wesentlich besser lösen können. In seinem Buch „If Mayors Ruled the World“ hat er 2014 die Idee eines globalen Parlaments der Bürgermeister entworfen. Mittlerweile wurde sie in die Tat umgesetzt. In einem Interview in KOMMUNAL 11/2014 und in einem Beitrag in der Festschrift, die anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Niederösterreichischen Gemeindebundes herausgegeben wurde, erläuterte Barber die Hintergründe.

Martin Almstädter ist neuer Bürgermeister

PETRONELL-CARNUNTUM // Nachdem Ingrid Scheumbauer vor wenigen Wochen ihr Amt aus gesundheitlichen Gründen niederlegte, wurde der Sozialdemokrat und bisherige geschäftsführende Gemeinderat Martin Almstädter vom Ortsparlament zum neuen Bürgermeister der 1250-Einwohner-Gemeinde gewählt. Almstädter setzt sich damit mit 11:8 Stimmen gegen seinen Mitstreiter Christoph Reithofer von der ÖVP durch.

Almstädter stammt aus einer politisch stark interessierten Familie: Während die eine Seite der SPÖ zugewandt ist, tendiert die andere zu den Freiheitlichen. Folglich lauschte der aus Bad Deutsch-Altenburg stammende Politiker bereits in Kindheitstagen familiären Diskussionen, die oftmals um politische Themen kreisten. „Vor allem mein Opa war ein großes Vorbild“, erinnert sich Almstädter zurück.
Im Jahr 2000 wurde Martin Almstädter in die Gemeindepolitik Bad Deutsch-Altenburgs gewählt. Als er und seine Lebensgefährtin im Ort keine Wohnung fanden, allerdings gut geförderte in Petronell-Carnuntum bestanden, fand nicht nur der persönliche, sondern gleichsam der politische Umzug statt.
2005 kam Almstädter in den Gemeinderat und avancierte gleich zum Klubsprecher. Zwei Jahre später bis 2015 folgte die Obmannschaft des Prüfungsausschusses, zudem stellt er seit 2015 den geschäftsführenden Gemeinderat und ist überdies als Obmann des Schulausschusses und Zivilschutzverantwortlicher tätig.
Den Höhepunkt seiner politischen Laufbahn bildet nun die Wahl zum Bürgermeister.

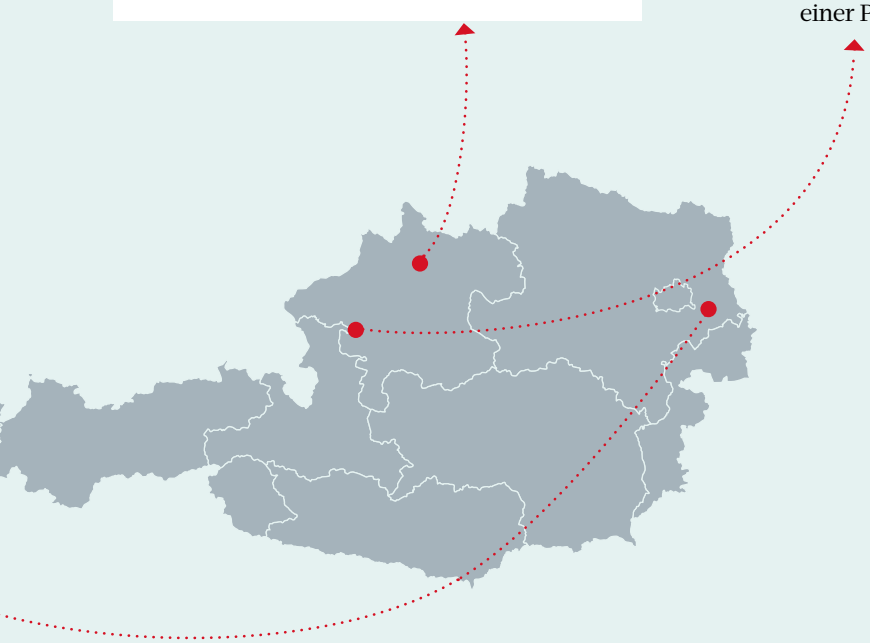
Manfred Hadinger
hört auf

FRANKENMARKT // Nach mehr als 14 Jahren an der Spitze von Frankenmarkt in Oberösterreich trat Manfred Hadinger am 30. April 2017 von seinem Amt als Bürgermeister zurück. Bis zur Neuwahl im Herbst 2017 wird Vizebürgermeister Helmut Wesenauer die Amtsgeschäfte leiten. „Ich habe aus beruflichen Gründen meine Tätigkeit als Bürgermeister frühzeitig beendet“, erklärt Hadinger seinen Entschluss .
Der langjährige Bürgermeister von Frankenmarkt im Bezirk Vöcklabruck war knapp 20 Jahre für die Gemeinde tätig.

Franz Weissenböck
geht in Pension

ST. AGATHA // Franz Weissenböck, politisches Urgestein aus St. Agatha, wird am 17. August 2017 als Bürgermeister zurücktreten. Zwei Jahre nach seiner Rückkehr als UNO-Blauhelm aus Zypern stellte Weissenböck in seinem 2130 Einwohner starken Heimatort den Obmann der jungen ÖVP und wurde später in den Gemeinderat und in Folge zum Bürgermeister gewählt.

Die 28-jährige Amtszeit von Franz Weissenböck war besonders von einem großen Strukturwandel geprägt: Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ging zugunsten einer Pendlerbewegung zurück.



LINKS ZUM THEMA

Mehr Personalia gibt es auch auf

gemeindebund.at
kommunalnet.at

FOTOS/ Österreichischer Gemeindebund

EHRUNGEN

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 4. APRIL 2017 HAT BUNDESPRÄSIDENT ALEXANDER VAN DER BELLEN VERLIEHEN:

Das Silberne Verdienstzeichen der Republik an

Roland Höllinger, ehem. Vizebürgermeister der Gemeinde Vichtenstein, Oberösterreich,

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 19. APRIL 2017:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

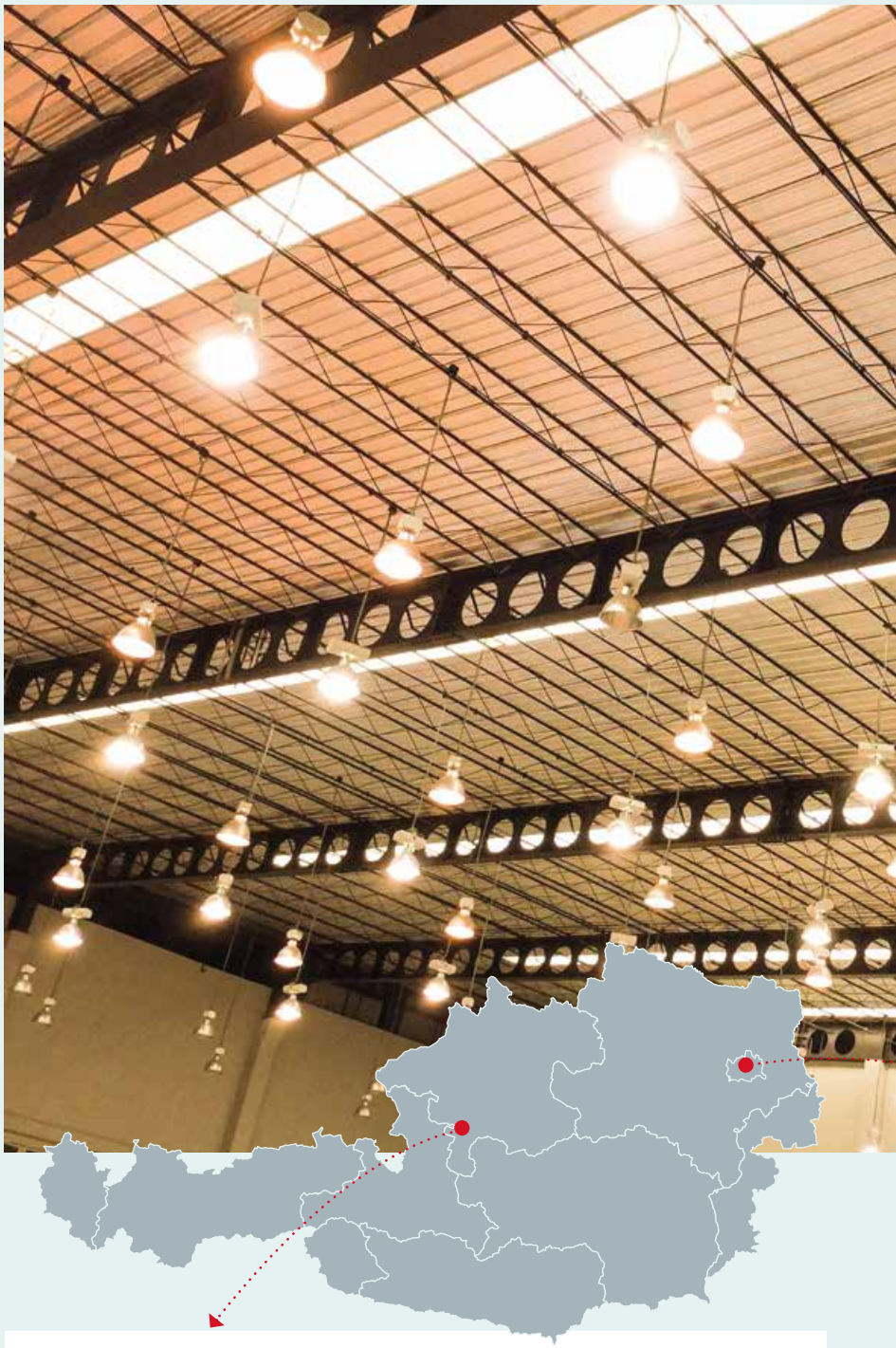
Alois Aigenstuhler ehem. Bürgermeister der Gemeinde Pfaffing, Oberösterreich

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 25. APRIL 2017:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

Dr. **Brigitta Braunsperger-Lechner,** ehem. Gemeinderätin der Statutarstadt Steyr, Oberösterreich

TERMINE FÜR SOMMER & HERBST



11/ Oktober

Das ABC des Wasserrechts

Der Kurs vermittelt den TeilnehmerInnen ein rechtliches Basiswissen im Bereich des Wasserrechts. Behandelt werden die wesentlichsten Genehmigungstatbestände des Wasserrechtsgesetzes genauso wie die Grundzüge der für ein Verfahren vor der Wasserrechtsbehörde relevanten verfahrensrechtlichen Bestimmungen. Als Besonderheit bietet der ÖWAV-Kurs „Das ABC des Wasserrechts – Wasserrecht für PlanerInnen und TechnikerInnen" einen Praxis-Workshop an. Der Kurs richtet sich an ZiviltechnikerInnen, Planungsbüros, WasserbautechnikerInnen und KulturtechnikerInnen sowie Betriebs- und ProjektleiterInnen und leitende Angestellte von Unternehmen der Wasser- und Energiewirtschaft, die sich rechtliche Grundkenntnisse im Bereich des Wasserrechts aneignen wollen.

www.oewav.at
Ort: Wien

27-29/ September

Stadtmarketing: Warum Menschen **nicht in unser Stadtzentrum wollen**

Generalthema der Tagung sind Geschichten der Stadt, die auf die Marke abzielen. Aufbauend auf Leitbild und Marke wird die Stadt als Geschichte erzählt. Es geht um die Geschichte hinter der Geschichte – von der Ereigniskommunikation zur Beziehung. Netzwerke, Hubs und Storytelling.

http://stadtmarketing.eu
Ort: Nußdorf am Attersee

FOTOS//Landluft // shutterstock/DreamLand Media

04/ Oktober

Beleuchtung und Belichtung von Schulen und Sporthallen

Die ÖISS-Fachtagung (Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau) „Licht Indoor" informiert zum Thema Beleuchtung und Belichtung von Schulen und Sporthallen:

* Wirtschaftlichkeit von Beleuchtungsanlagen
* Tageslichtplanung im Schulbau
* Beleuchtungsanlagen in Multifunktionssportanlagen
* Aktuelle Anforderungen an Kunstlicht in Bildungsbauten
* Neue Normen und Richtlinien
* TV-Tauglichkeit von Sporthallen

www.oeiss.org
Ort: Wien

31/ Oktober

NATURSCHUTZPREIS

100.000 Euro für Naturschutz und unsere natürliche Vielfalt

Blühendes Österreich – REWE International gemeinnützige Privatstiftung prämiert mit seinem Partner, dem Österreichischen Gemeindebund, 2017 mit dem Naturschutzpreis „Die Brennnessel – Naturschutz is ka gmahde Wies'n" Projektideen und umsetzungsorientierte Konzepte, die zum Schutz und Erhalt unserer natürlichen Vielfalt beitragen.

Wer kann einreichen: Gemeinden, gemeinnützige Organisationen, Unternehmen, Einzelpersonen sowie Schulen und Kindergärten.
Welche Projekte suchen wir: Praxisorientierte Naturschutzprojekte, die einen Beitrag zu Schutz, Aufwertung und Erhaltung von natürlichen Lebensräumen leisten.

Bis zum 31. Oktober 2017 können Sie online unter www.diebrennnessel.at einreichen.

www.diebrennnessel

DIE BRENNNESSEL 2017

„UNNÜTZES“ WISSEN

WAS SIE NOCH NIE WISSEN WOLLTEN

Menschen mit blauen Augen **haben eine höhere Alkoholtoleranz**

Es gibt viele Klischees über blaue Augen. Einige haben einen wissenschaftlichen Hintergrund. Wer blaue Augen hat, besitzt eine höhere Schmerztoleranz. Das haben Forscher der University of Pittsburgh School of Medicine (medpagetoday.com) festgestellt. Blauäugige vertragen mehr Alkohol als Braunäugige. Generell reagieren Menschen mit dunklen Augen intensiver auf Rauschmittel und Medikamente. Aber Vorsicht: Wissenschaftler erkennen einen Zusammenhang zwischen blauen Augen und erhöhtem Alkoholkonsum beziehungsweise Alkoholismus. Es ist nicht der Rausch, der süchtig macht. Der Körper gewöhnt sich an die Droge und beginnt Alkohol als körpereigenen Stoff wahrzunehmen. Aber die Augenfarbe ist für eine Sucht nicht ausschlaggebend. Dr. Vinita Mehta (in einem Beitrag auf Psychology Today) kennt noch einen Vorteil für Menschen mit blauen Augen: Sie sind nicht so leicht mit sich selbst zufrieden wie andere, sie sind ehrgeiziger. Es ist möglich, dass diese Eigenschaft den blauen Augen zum genetischen Überleben verholfen haben.

Vor zirca 10.000 Jahren gab es sie noch nicht. Sie sind eine rezessive Genmutation und jeder Blauäugige hat den selben Vorfahren. Die Mutation ist hauptsächlich in Nordeuropa verbreitet. Blauäugige produzieren mehr Vitamin D, was ein existenzieller Vorteil im lichtarmen Norden ist.

Und vermutlich trifft das Posting eines Lesers auf Facebook auf die meisten Männer zu: „Meine Frau hat blaue Augen, und die toleriert es gar nicht wenn ich saufe.“

www.businessinsider.de
www.psychologytoday.com
www.medpagetoday.com

IM NÄCHSTEN **KOMMUNAL** *

IT- und e-Government

Mobile Office-Lösungen für die Gemeinden werden immer wichtiger. Aspekte wie Bauverhandlungen vor Ort mit allem Drum und Dran – also Ergebnisse gleich ausdrucken oder zustellen – spielen dabei wie die Datensicherheit eine wesentliche Rolle.

KOMMUNAL 7&8/2017 erscheint am 14. Juli 2017

* Angekündigte Themen können sich aufgrund aktueller Entwicklungen ändern.

IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at **Geschäftsführung** Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak - DW 37 andreas.hussak@kommunal.at;
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at
oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten:
http://kommunal.at/leserservice/

Grafik Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at
Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at;
Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28, martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11, martin.pichler@kommunal.at;
Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Johann Drabek (BM für Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Michael Kallinger (Bundeskanzleramt), Daniel Kosak (Österreichischer Gemeindebund), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alexander Marakovits (BM für Inneres), Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen), Prof. Dietmar Pilz (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alfred Riedl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Dominik Rumler (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft), Mag. Christian Rupp (IKT-Board im Bundeskanzleramt), Mag. Brigitte Trinkl (BM für Europa, Integration und Äußeres), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunalverlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at
Druckauflage KOMMUNAL: 35.116 (2. Halbjahr 2016)
Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

FOTOS // Screenshot/KOMMUNAL // shutterstock / Eric Isselee / arhendrix

KOMMUNALMESSE
29.–30. JUNI 2017
SALZBURG-MESSEZENTRUM

unicope
independent communication solutions

MITGLIED DER LEITBETRIEBE AUSTRIA

www.mobilesFestnetz.com

mobiles Festnetz

Die Gemeindelösung für Ihre Bürgerkommunikation

- Erhebliche Kostenreduktion
- Festnetz auch am Smartphone
- Ihr regionaler Partner für eine perfekte Gemeinde-Kommunikation

Besuchen Sie uns auf der **Kommunalmesse** und holen Sie für Ihre Gemeinde einen **500€**-Gutschein.
Sie finden uns am Messestand **Nr. 60**

UNICOPE GmbH, 5202 Neumarkt am Wallersee, Tel. 05 06216-500

www.integrative-betriebe.at

Integrative Betriebe
Österreich

MIT SOZIALER VERANTWORTUNG

KOMPETENZ & QUALITÄT

MIT SOZIALER VERANTWORTUNG

IN GANZ ÖSTERREICH

Profis
mit sozialer
Verantwortung

- » Montage & Assembling
- » Holzbe- und -verarbeitung
- » Metallbe- und -verarbeitung
- » Kunststoffbe- und -verarbeitung
- » Textilbe- und -verarbeitung
- » E-Technik & Elektromontage
- » Schilder/Druck/Werbetechnik
- » Facility Service & Renovierung
- » Kommunalwaren
- » E-Mobilität
- » Werbemittel & Souvenirs
- » Verpackung & Versand
- » Büro & IT Dienstleistungen
- » Gastronomie & Catering

wienwork Integrative Betriebe und AusbildungsgmbH · TEAMwork Holz- u. Kunststoffverarbeitung GesmbH · GW St. Pölten Industriell. Integrativ. Innovativ. · GWS Integrative Betriebe · Team Styria GmbH Werkstätten · Geschützte Werkstätte Integrative Betriebe Tirol GmbH · GW Wiener Neustadt · ABC Service&Produktion

» Wir sind auf der Kommunalmesse 2017 in Salzburg. Besuchen Sie uns auf den Ständen 160-163!